

Renten à la Rumänien oder die düstere finanzielle Zukunft der unvorbereiteten deutschen Rentner und Pensionisten in der Großen Wirtschaftsdepression – Update 1

Robert Klima (robert-klima@t-online.de)

13.02.2010

Gliederung

0. Vorbemerkung
1. Die Ausgangslage der DRV (= Deutsche Renten-Versicherung)
2. Die mögliche Situation der DRV nach dem Crash und dem vollen Einsetzen der Großen Depression
3. Die Situation der Zusatzversorgungswerke, Betriebsrenten- und Privatrentenversicherer
4. [Die kommende Hyperinflation – der Superduper-Rentenkiller](#)
5. Die Pensionen der Beamten nach der Währungsreform
6. Was können Sie als Rentner(in) zur gezielten Krisenvorsorge tun?
7. [Der Wert des Kollektivs als beste und effizienteste Abwehrmaßnahme](#)
8. [Ihr persönlicher Rettungsanker – Ihr Nutzgarten](#)
9. Ihr Edelmetallinvestment als finanziell notwendiger Baustein Ihres Überlebens
10. Die Problematik von fragwürdigen früher getätigten Investments
11. [Die weitreichenden Risiken von valuierten und non-valuierten Grundschulden für alle Immobilieneigentümer in der BRD](#)
12. Die Problematik von noch schuldenbelasteten eigengenutzten, älteren Immobilien mit einem potentiellen Renovierungsstau
13. Ihr persönlicher, von keiner Gegenpartei abhängiger „Rentenersatz“ mittels Ihres klug getätigten Investments am Höhepunkt der Großen Depression
14. Ein kurzer Reformentwurf für die bisher alleinig umlagefinanzierte DRV nach der Währungsreform
15. Die überlebenden Überreste des heutigen Sozialstaates: Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung
 - 15.1 Die Auswirkungen der radikalreformierten Steuer- und Sozialabgabensätze auf den Bürger und sein Einkommen
 - 15.2 Die Arbeitslosenversicherung
 - 15.3 Hartz IV Leistungen ohne erbrachte Gegenleistung – ein Auslaufmodell?

- 15.4 Der gewandelte Arbeitsmarkt als Auffangbecken für Niedrigqualifizierte
16. Aus einem gesundem menschlichen Sozialverhalten erwachsende gemeinschaftliche Autarkiebestrebungen und die dafür notwendigen staatlichen Minimalvorgaben
17. Unsere erforderlichen Änderungen in der geistigen Einstellung und in der daraus resultierenden persönlichen Lebenspraxis

0. **Vorbemerkung**

Dieser Artikel versucht so behutsam wie möglich, aber dennoch so offen und wahrheitsgemäß wie nötig die künftige desolate Lage der DRV und damit die desolate Zukunft Ihres Lebens als unvorbereitete(n) Rentner(in) in der Großen Depression und in der Hyperinflation aufzuzeigen. Seien Sie aber dennoch ob der Brisanz gewarnt! Sie brauchen starke Nerven bei der Lektüre!

Die Lage der österreichischen Pensionistinnen und Pensionisten dürfte ähnlich katastrophal werden. Allerdings ist die Eigenheimquote am Land und in kleineren Städten Österreichs viel größer als in Deutschland. Und die „Gemeindebauten“ in Wien und anderen Städten sind im allgemeinen auch günstiger als die Sozialwohnungen in der BRD. Lebensmittel sind in Österreich jedoch im allgemeinen teurer als in der BRD. Wenn mir jemand die entsprechenden Infos bzw. links zu den 3 größten wichtigsten österreichischen Pensionsversicherungen freundlicherweise zukommen lassen könnte, könnte ich versuchen, zu einem nicht näher genannten späteren Termin die entsprechenden Infos zu Österreich komparativ in einem Artikel Update einzuarbeiten.

1. **Die Ausgangslage der DRV (= Deutsche Renten-Versicherung)**

„Die Renten sind sicher“ – mit diesem Slogan warb der damalige CDU Arbeits- und Sozialminister Norbert Blüm etwa Mitte der achtziger Jahre für die CDU und half dieser, Bundestags- und sonstige Wahlen zu gewinnen. Leider „vergaß“ er anzufügen, wie lange die Renten angesichts des sogenannten „demographischen Wandels“ mit zu wenig jungen, nachrückenden Beitragszahlern und immer mehr und immer länger lebenden „Rentenbeitragsempfängern“ (lies: Rentner(innen)!) mit entsprechenden, im Systemaufbau eigentlich nicht berücksichtigten politischen Eingriffen wie z.B. Rentenzahlungen an NS-Kriegsopfer, an DDR-Bürger und Spätaussiedler ab 1990, die so gut wie keinen Pfennig in die BfA und LVAs (heute zusammengefasst in der DRV = Deutsche Rentenversicherung!) eingezahlt hatten, denn „sicher“ seien.

Da sich keiner von uns mit dem eigentlich so langweiligen Thema wie der „Rentenversicherung“ (lies bitte: Renten-Zwangs-Versicherung) für fast alle abhängig Beschäftigte außer den in ihren jeweiligen „Versorgungswerken“

organisierten Ärzten, Apothekern, Architekten, Notaren, Rechtsanwälten etc.) beschäftigt hat, seien ein paar Zahlen zum Einstieg genannt:

Zum Stichtag 31.12.2008 / 01.07.2008 gab es ca. 19,613 / 20,307 Millionen Rentner und Rentnerinnen ohne die ca. 380.000 Waisenrenten. Insgesamt wurden 24 Millionen Renten an diese ca. 20 Millionen Rentner ausbezahlt. D.h. jede(r) 5. Rentner(in) bezog noch eine Witwer- oder eher Witwenrente zusätzlich!

Der durchschnittliche Rentenzahlbetrag betrug im Westen nach Abzug des Krankenkassen- und Pflegeversicherungsanteils 970 Euro für Männer und 473 Euro für Frauen. Im Osten (Ex-DDR) war der durchschnittliche Wert für Männer 1044 Euro und 676 Euro für Frauen infolge der längeren, von keiner Periode der Arbeitslosigkeit unterbrochenen Berufstätigkeit in der ehemaligen DDR.

Leider differenzierte das öffentliche Zahlenwerk der DRV nicht genauer, wer alles zum Beispiel als ehemaliger „Werkstätiger der DDR“ heute Rente von der DRV erhält.

Dank einer freundlichen Zuschrift erhielt ich folgende Informationen, die ich ohne Überprüfungsmöglichkeit hinsichtlich der Gewichtung der Rentenzahlen weitergebe: In die Ost-Rentenberechnungen werden nämlich Berufsgruppen wie DDR-Hochschulprofessoren, Akademiker, Ärzte, Apotheker, Architekten, Lehrer etc. wie „normale“ Arbeiter und Angestellte mit hereingerechnet, die im Westen als Beamte oder als bestimmte Berufsgruppen besonderen Versorgungswerken angehören und somit in der normalen Rentenstatistik NICHT erscheinen. Dadurch wird der Ostrentendurchschnitt mathematisch hochgetrieben. In der DDR gab es nämlich Renten-Sonderregelungen nur für die höchsten Funktionäre der „Blockflöten“ (Ostparteien) und für Mitglieder der „Akademie der Wissenschaften der DDR“ (Danke, liebe sozialistische Akademiker des Volkes! Ihr habt die DDR wissenschaftlich gemäß den Grundsätzen des wissenschaftlichen Marxismus-Leninismus zugrunde gerichtet!)

Es gab in der DDR noch eine „Freiwillige Zusatzrentenversicherung der Werkstätigen“, deren Zusatzrentenauszahlungen jedoch laut meines Zusenders NIE an die der westdeutschen Betriebsrentenwerke und Zusatzversicherungen heranreichten.

Dennoch sind meines Erachtens die DDR-Rentner im Vorteil: Erstens bekommen Mann und Frau jeweils eine eigenständige Rente, weil die DDR-Regierung bereits sehr früh „im Rahmen der sozialistischen Aufbauarbeit“ die annähernd gleichwertige und gleichbezahlte Erwerbstätigkeit von Mann und Frau förderte und einforderte, während die Regierung Adenauer ab 1949 eine rückwärtsgewandte gesellschaftliche Restaurationspolitik – unter Ausblendung der NS-Periode – und der Zurückdrängung der Stellung der Frauen raus aus der Berufswelt, in die die Frauen im Rahmen der Speerschen Rüstungsmobilisationsanstrengungen ab 1943 notgedrungen Fuß gefasst hatten, zurück zu Küche, Kinder und Kirche betrieb.

Damit konnten die meisten westdeutschen Frauen unserer Mütter- und Großmüttergeneration sich KEINEN eigenen Rentenanspruch oder nur einen sehr kümmerlichen mittels der geringen Anrechnung von „Kindererziehungszeiten“ erarbeiten.

Weiters waren viele westdeutsche Männer ab 1948 nach der Währungsreform bis zum Beginn des Koreakrieges 1951 arbeitslos, weil die westdeutsche Wirtschaft Schwierigkeiten hatte, sich von der Planwirtschaft mit Rationierungen etc. auf die soziale Marktwirtschaft mit Freiheit, aber auch dem Zwang, am Markt bestehen zu müssen, umzustellen.

Infolge des Koreakrieges waren dann die westdeutschen Produkte als Ersatz für das ausgefallene US-Warenangebot wegen der Teil-Umstellung der US-Wirtschaft auf Kriegsproduktion gefragt. Erst dann ging die hohe westdeutsche Arbeitslosigkeit spürbar zurück und das sogenannte „Wirtschaftswunder“ begann.

Infolge dieser „Lücke in ihrer Erwerbsbiographie“ fehlten vielen alten westdeutschen Männern oft mehrere Jahre und entsprechend geringer fielen deren Renten aus. Auch ab dem Anstieg der Arbeitslosigkeit nach der Ölkrise 1973 sind Millionen von westdeutschen Bürgern von Arbeitslosigkeit betroffen gewesen und ihnen fehlen eben diese Jahre Erwerbstätigkeit für die Rente.

In der DDR herrschte bis zum Schluss Vollbeschäftigung. Von vorübergehender Arbeitslosigkeit waren höchsten Regimegegner betroffen. Darin sehe ich das wesentliche Moment für eine höhere Rente der ehemaligen DDR-Werktätigen. Im Laufe der nächsten Jahre dürfte aber eine Angleichung entstehen.

Laut ZDF Länderspiegel vom 09.01.2010 „Sozialpolitik. Alt und arm. Wenn Rentner dazu verdienen müssen“ beträgt die Durchschnittsrente in (ganz?) Deutschland für Männer 963 Euro und für Frauen 526 Euro im Monat.

Die Gesamteinnahmen der Rentenversicherung betragen 244,208 Milliarden Euro. Davon entfielen auf die Beitragseinnahmen ca. 180 Milliarden und auf die Bundeszuschüsse aus dem Bundesetat auf 63,261 Milliarden Euro (vgl. Rentenversicherung in Zahlen 2009, Seite 20). Der Rest entfiel auf kleinere Vermögenserträge. Mit der Knappschaftsversicherung für die ehemaligen Bergleute betragen die Gesamtbeitragseinnahmen sogar inklusive Ausgleichszahlungen zwischen RV und KnV knapp 259 Milliarden Euro, wovon insgesamt aber 76,885 Milliarden Euro auf den Bundeszuschuss entfielen! D.h. knapp 30 % (29,68 %) entfielen 2008 allein auf den Gesamtbundzuschuss für die allgemeine RV und die KnV! Und nur etwas mehr als 70 % (70,32 %) konnten aus Beitragseinnahmen bestritten werden!

Jetzt zu der Ausgaben-Seite der RV und der KnV.

Die Rentenausgaben für die Rentenzahlungen der RV und KnV betragen 2008 ca. 229 Milliarden Euro (ca. 216 Milliarden für die DRV alleine).

Die Leistungen zur Krankenversicherung der Rentner betragen ca. 15,70 Milliarden Euro. Die Kosten für Reha-Maßnahmen zur Wiederherstellung der Arbeitskraft betragen 5,156 Milliarden Euro. Die Verwaltungs- und Verfahrenskosten betragen 3,693 Milliarden Euro, d.h. ca. 1,425 Prozent der Einnahmen!

Das Personal der DRV in Vollzeitbeschäftigte umgerechnet betrug am 30.06.2008 63.000 Beschäftigte. Wie viel bei den Knappschaftsversicherungen insgesamt beschäftigt sind, konnte ich nicht in Erfahrung bringen.

Selbst wenn man nur die Personalkosten in Höhe von 3,579 Milliarden Euro für die 63.000 umgerechneten Vollzeitbeschäftigten der DRV in Bezug zu den Gesamteinnahmen der DRV in Höhe von ca. 244 Milliarden Euro setzt, beträgt der Prozentsatz erst 1,466 Prozent! Keine Privatrentenversicherung kann so günstig mithalten!

Und umgerechnet 63.000 Vollzeitbeschäftigte verwalten ca. 20 Millionen Rentner(innen) mit ca. 24 Millionen Renten und die Rentenkonten etc. der ca. 35 Millionen Beschäftigten! Und kein kostenträchtiger, provisionsgeiler Außendienst muss bezahlt werden!

FAZIT: Besorgniserregend sind 3 Faktoren:

- a) Die DRV und die KnV können ihre Ausgaben nicht mehr alleine aus Beitragseinnahmen der Beitragszahler bestreiten, sondern sind mittlerweile auf knapp 30 Prozent Bundeszuschuss in Höhe von ca. 76,885 Milliarden Euro angewiesen (= ca. 23 % des gesamten Bundesetats).
- b) Auf 35 Millionen Beitragszahler kommen ca. 20 Millionen Rentenempfänger. D.h. knapp 2 (= 1,75) Beitragszahler müssen eine(n), Rentner(in) derzeit unterhalten.

2. Die mögliche Situation der DRV nach dem Crash und dem vollen Einsetzen der Großen Depression

Jetzt stellen Sie sich vor, die Weltwirtschaftskrise 2.0 setzt mit voller Wucht ein und folgende Faktoren treten binnen Kürze ein:

- a) Die Steuereinnahmen des Bundes brechen wirtschaftskrisenbedingt so ein, dass der Bund seine 30 Prozent Bundeszuschuss an die DRV und die KnV NICHT mehr leisten kann.

Folge:

Alle bestehenden Renten müssen um 30 Prozent gekürzt werden, selbst wenn andere Leistungen wie Anrechnung von Kindererziehungszeiten und Reha-Maßnahmen massiv gekürzt werden müssen.

- b) Innerhalb eines Jahres maximal verlieren ca. 50 Prozent aller bisherigen Erwerbstätigen ihren Arbeitsplatz und somit ihr Erwerbseinkommen.

Folge:

die auf 70 Prozent des heutigen Niveaus durch den Wegfall des Bundeszuschusses abgesenkten Renten müssen halbiert werden. Die Renten werden also nur noch ca. 35 Prozent des heutigen Niveaus betragen! Und das bei massiv steigenden Preisen für Lebensmittel, Energie und andere lebensnotwendige Produkte

- c) Die am Markt verbliebenen Firmen werden verzweifelt versuchen, Kosten abzusenken. Wir halten eine Absenkung der tatsächlichen Netto-Reallohne um bis zu 50 Prozent bei Streichung aller „freiwilligen Extras“

wie Weihnachts- und Urlaubsgeld etc. und bei Aushebelung aller bestehenden Tarifverträge für durchaus denkbar.

Folge:

Die auf 35 Prozent abgesenkten Renten müssen nochmals halbiert werden und es verbleiben Ihnen als betroffener Rentner von Ihrer heutigen Rente von 100 Prozent effektiv nur noch ca. 17,50 Prozent!

Wenn Sie ein statistischer männlicher West-Durchschnittsrentner mit heute ca. 970 Euro sind, verbleiben Ihnen gerade noch ca. 170 Euro!

Wenn Sie eine statistische weibliche West-Durchschnittsrentnerin mit heute 676 Euro sind, verbleiben Ihnen gerade noch 118 Euro!

Willkommen in Rumänien!

Damit haben Sie endlich das Rentenniveau von Rumänien, Bulgarien oder eines anderen fortschrittlichen Balkan-Neu-EU-Landes erreicht! Und das bei vielleicht um 50 oder gar 100 oder 200 Prozent höheren Lebensmittelpreisen von heute!

Aber im Gegensatz zu den meisten Ihrer rumänischen, bulgarischen oder auch russischen Altergenossen werden Sie leider über wenig Familienanschluss und über KEINEN produktiven Garten zur Selbstversorgung verfügen, denn Sie haben entweder gar KEINEN Garten oder nur einen pflegeleichten „Wellness-Garten“ im Feng Shui Stil, damit der Drache besser fliegen kann! Viel Spaß beim Hungern!

- d) Vielleicht führen viele Kleinunternehmer und mittelständische Unternehmer aus finanzieller Notlage oder „Steuerprotest“ Abgaben an die DRV nur noch unregelmäßig, sporadisch oder gar nicht mehr ab?

Folge:

Die Einnahmehasis der DRV schmälert sich noch mehr und die Renten werden deshalb nochmals gekürzt werden müssen.

- e) Die Hauptfolgen von a bis d werden schließlich sein
1. eine Massenverarmung der meisten Rentner(innen) binnen kürzester Zeit, weil diese armen Menschen kaum mehr an ihre eigentlich meist gut vorhandenen Rücklagen und Ersparnisse bei Banken etc. kommen können. Bank Runs, Bank Holidays und dergleichen werden das zunichte machen.

2. der Versuch einer Massenrückkehr der noch halbwegs Gesunden und Fitten auf den Arbeitsmarkt, um dort irgendeine Arbeit von (Teilzeit-)Arbeit um jeden Preis bekommen zu können? Ca. 55 Millionen Erwachsene zwischen 15 und ca. 70 werden um die knapp wie Diamanten vorhandenen wenigen Arbeitsplätze konkurrieren! Ihre einzige Chance könnte darin liegen, dass die Bundesregierung die fehlenden Beitragseinnahmen per Notenpresse „deckt“ und so die Verelendung der Renter(innen) und deren Massenzustrom auf den ohnehin umkämpften Arbeitsmarkt „abfedern“ hilft. Dennoch das Endergebnis wird später in der Hyperinflation dasselbe sein: die Verarmung der Rentner(innen) auf wenigen Prozent Rente von heute. Und nach dem Neustart nach der Währungsreform mittels einer gedeckten Bi-Edelmetall-Währung mittels eines Lastenausgleichs etc. wird das Rentenniveau vielleicht auf ca. 10 Prozent des Niveaus von heute sein. Aber das Lohnniveau wird auch gewaltig zurückgegangen sein und zwar auf vielleicht nur noch ca. 20 bis 30 Prozent des heutigen Lohnniveaus!

Noch schlechter könnte es den Ostrentnern ergehen, die HEUTE im Durchschnitt MEHR Rente bekommen als ihre Westkollegen. So könnten aus den durchschnittlichen Altersrenten für Ostmänner von ca. 1044 Euro und für Frauen von ca. 676 Euro schnell noch viel weniger als die anvisierten 17,5 Prozent werden, wenn die neue Bundesregierung aus Angst vor der Majorität der Westwähler einen „Rentenabschlag Ost“ in Höhe von vielleicht mindestens 10 bis 20 Prozent beschließen sollte?

Oder wenn die Rentenauszahlungen für die mehrheitlich in der Ex-DDR und in Neufünfland tätigen Ostbürger auf das tatsächliche Niveau abgesenkt wird, das der Osten ALLEINE OHNE Westzuschüsse aller Art und ohne „Soli“ erwirtschaftet? Angeblich soll die Wirtschaftsleistung bei ca. 70 Prozent der Westleistung liegen!

Und was wird erst geschehen, wenn es zu einer Sezession des vergleichsweise leistungsschwachen und auf westliche Transferleistungen angewiesenen „Roten Preussens“ kommt?

Werden die westlichen Beitragszahler dann überhaupt noch bereit sein, die östlichen Rentner und Rentnerinnen dauerhaft zu subventionieren? Wir glauben nicht!

Und wenn erst ein findiger Rechenkünstler vorrechnet, um wieviel die West-Renten steigen könnten, wenn nicht die Ost-Rentner eines dann wieder eigenständigen „DDR 2.0-Staates“ subventioniert werden müssten?

Der Aufschrei beiderseits der unsichtbaren mentalen Mauer wird gewaltig sein und irgendeine NEUE politische Gruppierung im Westen wird sich diese Forderung nach einem sofortigen „Stopp der Ostrenten zugunsten der Erhöhung der Westrenten“ zu eigen machen. Viele Westbürger sind es bereits HEUTE leid, dass nach mehr als 20jährigen Subventionen und Investitionen in den Osten im Billionenbereich immer noch KEINE GROSSEN VERWERTBAREN Ergebnisse vorzuweisen sind.

Die Ostrentner(innen) könnten die größten Verlierer in der Rentnergeneration in der Großen Depression und Hyperinflation sein!

3. Die Situation der Zusatzversorgungswerke, Betriebsrenten- und Privatrentenversicherer

Die Situation vieler Betriebsrenten- und Privatversicherer ist heute schon äußerst prekär: viele Betriebsrentenwerke haben eklatanten Kapitalmangel. Und viele Privatrentenversicherer, sprich Lebensversicherungen, leiden an zu vielen Stornos, zu vielen fällig werdenden Versicherungspolice und vor allem an zu geringen erwirtschaftbaren Renditen am Kapitalmarkt und zu wenigen Neuzugängen. Sogar der Bafin-Chef J. Sanio warnte Anfang Januar 2010 vor den auf die Lebensversicherungen zukommenden Rentenproblemen. Viele „Crash-Experten“ wie M. Grandt sehen internationale Versicherungskonzerne weit stärker und eher von Bankrott bedroht als viele Banken. Ich persönlich sehe es genauso. Denn die Portfolios vieler Versicherer enthalten (vom Staat erzwungen) einen hohen Anteil an Staatspapieren aller Art, diverse moderne Produkte des internationalen Finanzkasinos, Aktien und auch viele Gewerbeimmobilien national und international, die in der Weltwirtschaftskrise 2.0 kaum mehr Erträge erwirtschaften können!

Detaillierte Informationen entnehmen Sie bitte Michael Grandts vorzüglichem Buch „Der Crash der Lebensversicherungen. Die enttarnte Lüge von der angeblich sicheren Vorsorge“, 2009. Während der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre ging nur e i n e Versicherung bankrott, weil Versicherungs- und Bankgeschäfte strikt g e t r e n n t waren. Aber heute sind Versicherungen oft mit Banken verbunden, „dass Schieflagen ‚ihrer‘ Banken gleichzeitig auch Auswirkungen auf die eigenen Kapitalanlagen haben werden“ (Grand, Crash der Lebensversicherungen, S. 155). Meiner groben Einschätzung nach könnte der größte Teil der Versicherer schlichtwegs krisenbedingt zusammenbrechen und vom Markt verschwinden.

Könnten es 80 oder gar 90 Prozent sein? Und welche Zusatzrentenversorgungswerke, Versorgungswerke, Betriebsrentenwerke und Privatrentenversicherer werden dann überhaupt noch übrig bleiben?

Und wie viel Prozent der ursprünglichen Rente werden sie überhaupt noch auszahlen können angesichts des allgemeinen Desasters aller Papiergeldanleihen wie Staatsanleihen, „Kasino-Papiere“, Aktien nach dem Börsen-Crash und angesichts zehntausender leerstehender Wohn- und Gewerbeimmobilien ohne Mieter? 5 %? 10 %?

Um es kurz zu sagen, ich halte alle Formen der Privatrenten für viel gefährdeter ob ihrer im wesentlichen Kapitalgebundenheit als die umlagenfinanzierte und staatlicherseits bisher mit 30 Prozent bezuschusste so viel geschmähte Rente der DRV!

Vielleicht können Sie noch aus der einen oder anderen Sache „aussteigen“? Oder zumindest weitere Einzahlungen stoppen? Hier besteht Beratungsbedarf für Sie!

Martin Jetter, der Deutschland-Chef von IBM, warnte am 21. Jänner 2010 im Manager Magazin Artikel „IBM Chef warnt vor Kollaps“ vor den Folgen einer weiteren Insolvenzwellen von Unternehmen mit Pensionsverpflichtungen. Gemäß Jetter habe die Wirtschaftskrise gezeigt, dass die Auffangsysteme für Betriebsrenten „im Extremfall kollabieren können“. Bisher ist es so, dass bei der Insolvenz eines Betriebes in der BRD der sogenannte Pensionssicherungsverein (PSV) für die Betriebsrentenansprüche der betroffenen Arbeitnehmer einspringt. Die Kosten werden dann auf alle 73.000 PSV-Mitglieder übertragen. 2009 war ein Rekordschaden von 4 Milliarden Euro

für den PSV entstanden. Daraufhin schossen die Mitgliedsbeiträge entsprechend hoch, was wiederum eine Gefahr darstellt, weil viele kapitalschwache Unternehmen u.U. diese Mitgliedsbeiträge nicht mehr erbringen können. Und Sie glauben immer noch, Ihre Betriebsrente sei 100 % sicher?? Wachen Sie endlich auf!

4. Die kommende Hyperinflation – der Superduper-Rentenkiller

Solange es sich nur irgendwie finanziell ausgeht, wird die Deutsche Bundesregierung nominale Rentenkürzungen zu vermeiden versuchen. Dazu muss aber der Bundeszuschuss in Höhe von derzeit knapp 80 Milliarden Euro jährlich für die ca. 20 Millionen Rentner und Rentnerinnen mit ihren ca. 25 Millionen Renten, der bekanntlich aus einem Teil der Umsatzsteuer (= MWSt)-Aufkommens finanziert wird, um jeden Preis aufrecht erhalten werden. Wenn jedoch aufgrund der in 2010 (rasant!) steigenden Arbeitslosigkeit, teilweise noch versteckt in einem Millionenheer von bereits staatlich subventionierten Kurzarbeitern, das Renten-Beitragsaufkommen erheblich zurückgehen wird, muss es zwangsläufig zu einem zusätzlichen Anwachsen des Bundeszuschusses aus dem Bundeshaushalt zur DRV kommen!

Heißt dies in logischer Konsequenz, dass die Umsatzsteuer erheblich erhöht werden müsste, um angesichts der kürzlich grundgesetzverankerten „Schuldenbremse“ im Bundeshaushalt den Schuldenberg durch den notwendigen erhöhten Bundeszuschuss an die DRV nicht noch weiter aufzuhäufen? Vielleicht ja. Aber um wieviel Punkte müsste die MWSt angehoben werden, um überhaupt eine annähernde Deckung herbeiführen zu können? Und was wird geschehen, wenn dann der Inlands-Konsum erst recht einbricht und das Umsatzsteuergesamtaufkommen im Vergleich zum heutigen Stand sogar erheblich zurückgeht? Und wieviel Vorlaufzeit braucht es, eine massive MWSt-Erhöhung durchzubekommen? Von daher, glaube ich, wird die Regierung auf dieses unsichere Instrument verzichten. Überdies befinden sich die westlichen Länder im letzten oder vielleicht vorletzten Jahr vor dem Einsetzen der Hyperinflation aufgrund ihrer Staatsdefizitquote nahe an der 50 Prozent-Marke! Dies gilt auch für die BRD, die (Stand Jahresanfang 2010!) für den Bund alleine ca. 100 Milliarden Euro Neuschulden bei einem projektierten Haushalt für 2010 von ca. 327 Milliarden

Euro (ohne Banken-Bailout, ohne evtl. Griechenland-Bailout in Höhe von vielleicht 100 Milliarden, ohne zusätzliche Zahlungen an die DRV, ohne zusätzliche Schulden infolge geringerer Einnahmen etc. etc.) braucht!

Dies entspricht jetzt bereits einer Budget-Defizitquote von ca. 30 Prozent!

Gleichzeitig muss die BRD in 2010 ca. 400 Milliarden Euro Altschulden „überrollen“, die Länder und Gemeinden ca. 44 Milliarden Euro Schulden NEU aufnehmen und die deutschen Unternehmer um die 350 Milliarden Euro Altschulden überrollen! Das ergibt bereits ca. 900 Milliarden Euro, die an den Kapitalmärkten aufgetrieben werden müssten! (Konjunktiv wurde bewusst gewählt!)

Glauben Sie wirklich, es finden sich noch genug Käufer für all die Bunds und Anleihen am Markt? Ich nicht, denn ich glaube auch NICHT an den Weihnachtsmann!

Zum Vergleich: Die gesamten Spareinlagen betragen um die 2000 Milliarden Euro!

Und wohlgemerkt, wenn das Staatsbudgetdefizit 50 und mehr Prozent erreicht, stellt sich im Jahr darauf der Beginn der Hyperinflation ein:

1920 betrug das österreichische Staatsdefizit 63 Prozent und 1921 war die Inflationsrate 1042 Prozent.

1920 betrug das ungarische Staatsdefizit 48 Prozent und 1921 die Inflationsrate 1544 Prozent.

1921 betrug das deutsche Staatsdefizit 63 Prozent und 1922 die Inflationsrate 7475 Prozent (vgl. The Casey Report 11/2008 von Bud Conrad in: Walter K. Eichelburg Outlook 2010, Seite 31).

Die USA haben 2009 bereits 35 Prozent Staatsdefizitquote erreicht. Wenn es in der BRD 2010 nur moderat schlecht läuft mit erhöhtem Bundeszuschuss an die DRV und die Arbeitslosenversicherung bei gleichzeitigem stärkeren Einbruch der Steuereinnahmen, könnten weitere 20 Prozent Staatsdefizit (= ca. 65 Milliarden Euro) auch ohne schlagend werdende Bankgarantien etc. schnell erreicht sein! Damit wäre die kritische 50 Prozent-Staatsdefizitquote als volkswirtschaftliche „Einstiegsbedingung“ für den Beginn der Hyperinflation im nächsten Jahr erreicht! Mit dem Beginn der Hyperinflation werden sich die finanziellen Umstände für Rentner und Rentnerinnen und andere Bezieher fixer staatlicher Transferleistungen wie „Hartzler“, Studenten, Arbeitslose und auch

all der Staatsangestellten und der unselbständigen Beschäftigten insgesamt sofort extrem verschlechtern. In der frühen Inflationsphase werden Lebensmittel voraussichtlich um ca. das 15fache zum Geldwert von heute steigen, Erdöl um etwa das 18fache, Gold um das ca. 50fache, Silber um das ca. 250fache. Die Löhne wichtiger Berufe z.B. aus dem Versorgungssektor könnten um das ca. 6fache steigen, hingegen die Löhne unwichtiger Berufe und staatliche Transferleistungen nur um das ca. 3fache zum Geldwert von heute. Das heißt effektiv sinken die Renten und Arbeitslosengeldzahlungen aus frisch gedrucktem Geld auf etwa 20 Prozent des tatsächlichen Wertes im Vergleich zu den Lebensmittelpreisen. Selbst diverse Renten- und Lohn- und Inflations-Indexierungen werden in ihrer Anpassung weit hinter den Hyperinflationspreisen herhinken – so wie das der Fall in jeder Hyperinflation ist! Ich habe diese Zahlenschätzungen dem Aufsatz „Preisrelationen in der Hyperinflation“ von 2009-6-30 von Walter K. Eichelburg entnommen, weil ich im wesentlichen mit seinen Einschätzungen übereinstimme, solange die Versorgung mit Nahrungsmitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs nicht vorübergehend kollabieren wird! Im Falle des Versorgungskollapses gehe ich bei Lebensmittel- und Energiepreisen mindestens von dem gleichen Preisanstieg wie bei Gold aus! D.h. der Wert Ihrer Rente würde dann auf etwa 2 Prozent von heute sinken!

In der späten Phase der Hyperinflation könnte sich uns dann folgendes Preis-Lohn-Relationsgefüge bieten: Die Lebensmittel steigen auf das 1.500fache von heute, Erdöl auf das 2.000fache, Gold auf das 5.000fache und Silber auf das 30.000fache. Hingegen die Löhne wichtiger Berufe steigen nur auf das 600fache des heutigen Geldwertes. Die Löhne „unwichtiger“ Berufe und Renten steigen nur auf das 200fache und betragen somit in Relation zu Lebensmitteln nur noch ein Siebtel, d.h. ca. 13 Prozent.

Wie Sie allerdings davon leben sollen, wird ein Wunder sein. Noch schlimmer wird es alle erwischen, wenn es infolge des Bankrottes von vielleicht ca. 50 Prozent aller deutschen Landwirte in den nächsten zwei/drei Jahren dem Kollaps der globalen Nahrungsmittelströme und betriebsbedingten Störungen wie Sprit-, Dünger- und Ersatzteilmangel, verstärkt durch negative klimatische Bedingungen, zu einem dauerhaft erheblich reduzierten Lebensmittelangebot am Markt kommen könnte?!?!

Darum ist Bevorratung und Eigenversorgung so wichtig für Sie als Renter(in)!

Und natürlich inflationsresistente Vermögensumschichtung!

FAZIT:

Die Lage für Rentner und Rentnerinnen während der Hyperinflation kann gar nicht eindringlich und ernst genug beschrieben werden. Ihnen droht Hunger und Verelendung! Ziehen Sie Ihre Konsequenzen und handeln Sie HEUTE!

5. Die Pensionen der Beamten nach der Währungsreform

Um den Staatsbankrott im letzten Moment noch abwenden zu können, könnte der Staat auf allen drei Ebenen Bund, Länder und Gemeinden alles nicht-essentielle, NICHT mit klassischen Staatskernaufgaben wie Polizei, Militär, Justiz, Finanzverwaltung, Basisverwaltung beschäftigtes Personal mit keinen oder nur sehr kleinen Pensionen und Renten entlassen. Ein weiteres Millionenheer an verzweifelt arbeitssuchenden Menschen aus dem allgemeinen Verwaltungsapparat, den Kultur- und Sozialverwaltungen und – dienstleistungen würde sich dann auf den ohnehin bereits leergefegten Arbeitsmarkt ergießen.

Gleichzeitig würde der Staat die Gehälter sämtlicher noch verbliebener Staatsangestellten und Beamten um den gleichen Prozentsatz von ca. 50 Prozent absenken wie die Gehälter in der sogenannten „freien Wirtschaft“ gefallen sind!

Die Pensionen der Beamten im Ruhestand würden aus „Gleichberechtigungsgründen“ und um den sich aufstauenden Volkszorn ein wenig zu besänftigen helfen, in etwa auf die dann gültigen, abgesenkten Rentenniveaus reduziert werden.

Spätestens erfolgt dieser drastische Einschnitt nach der Währungsreform. Mit anderen Worten, viele Staatsangestellte und Beamte, die heute noch fälschlicherweise glauben, ihre Posten, ihre Gehälter, die Höhe ihrer Gehälter und Pensionen seien sicher, werden böse erwachen und feststellen müssen, dass dem leider nicht so ist.

Gesetzliche derzeit bestehende Sperren werden in Null-Komma-Nix weggewischt werden.

Ich bin mir nicht einmal sicher, ob z.B. das Besoldungsrecht des Öffentlichen Dienstes in den Dienstverträgen in extremis nicht sowieso eine Besoldungskürzungsklausel bereits inkludiert hat?

Das gleiche gilt für die grundgesetzliche Verpflichtung der BRD, ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat zu sein. Was ist aber, wenn die Verschuldungsgrenze und die Steuerbelastungsgrenze erreicht ist? Dann bleibt als logische und zwingende Konsequenz insbesondere bei einem massiven Anschwellen von Leistungsbeziehern infolge einer wirklichen Massenarbeitslosigkeit nur die individuelle Leistungskürzung!

Pleitestaaten wie z.B. Lettland exerzieren das bereits jetzt vor mit diversen Gehaltskürzungen für Angestellte des öffentlichen Dienstes, Entlassungswellen von Staatsangestellten und Pensionskürzungen bei gleichzeitig starken Preissteigerungen. Und bei uns kommt es nur später – und vielleicht sogar schlimmer!

6. Was können Sie als Rentner(in) zur gezielten Krisenvorsorge tun?

Die entscheidende Frage für Sie als noch halbwegs gesunde(r) Rentner(in) muss heute lauten: „Was kann ich als alter Mensch konkret tun, um die Große Depression und Hyperinflation gut überleben zu können und auch danach noch komfortabel meinen Lebensabend verbringen zu können?“

Einige unbedingt umzusetzende Vorschläge für Sie durch Sie lauten, vor allem wenn Sie ein echter „Alters-Rentner“ ab Anfang Sechzig sind:

- a) Machen Sie Ihren Frieden mit Gott, lassen Sie „Lebens-Revue“ passieren und bitten Sie Ihn um Verzeihung für all die Dinge, die in Neusprech „suboptimal gelaufen sind, wo Sie eventuell andere Menschen verletzt haben oder die man früher schlichtwegs „Sünde“ nannte.
- b) Schließen Sie sich einer Kirchengemeinde ungeachtet Ihrer früheren Konfession an, wenn Sie irgendwann aus der Kirche „ausgetreten“ sind. Suchen Sie sich eine Kirchengemeinde, wo Sie auf „Gleichgesinnte“ stoßen, wo Sie und Ihre Talente und Fähigkeiten gebraucht werden und wo Sie sich wohlfühlen! Und wo die Glaubenslehre stimmt und Sie NICHT in die Fangarme einer x-beliebigen Sekte geraten. (Im Zweifelsfall den

Sektenbeauftragten der evangelisch-lutherischen bzw. römisch-katholischen Kirche konsultieren!).

Wenn Sie Jude oder Muslim sind, gilt für Sie analoges. Ersetzen Sie einfach das Wort „Kirchengemeinde“ durch „Synagoge“ (Tempel) oder „Moschee“!

Wenn Sie bisher Atheist oder Agnostiker waren, macht das gar nichts. Es ist nie zu spät, zu Gott zu finden. Außerdem werden Ihre spezifischen Talente und Fähigkeiten genauso gebraucht. Jetzt sind Sie vom Schutt Ihres Lebens befreit und können frisch ans Werk gehen.

- c) Lassen Sie sich gesundheitlich „durchchecken“ und versuchen Sie wenigstens, Ihren derzeitigen gesundheitlichen Status Quo in etwa aufrecht zu erhalten. Wenn es eine Auswirkung haben sollte, versuchen Sie gesünder zu leben. Geben Sie das Rauchen auf, reduzieren Sie Ihren bisherigen „Alkohol-Genuss“ wie das tägliche Glas Bier oder Glas Wein, denn in der Großen Depression stellt sich insbesondere bei nur begrenzt haltbarem Bier (1-2 Jahr?) schnell das Nachschubproblem ein. Essen Sie fettärmer und essen Sie weniger Fleisch, um Ihren Körper langsam an mehr Gemüse und Erdäpfel aus dem eigenen Garten, hochwertige Dosennahrung, Nudeln und vor allem viel weniger Fleischkonsum zu gewöhnen.
- d) Besorgen Sie sich einen Medikamentenvorrat von mindestens 3 Monaten mit möglichst langem Haltbarkeitsdatum für Ihre gegebenenfalls vorhandenen chronischen Erkrankungen. Notfalls bezahlen Sie das aus eigener Tasche. Das ist immer noch besser als später in den Wirren der Größten Depression aller Zeiten bestimmte Medikamente verzweifelt gegen viel Geld von irgendwo herbekommen zu müssen!
- e) Schließen Sie mit Ihrem Hausarzt und Ihrer Hausapotheke jeweils eine Art (mündlichen) „Vertrag“: Vereinbaren Sie, dass, wenn es sehr unruhig auf den Strassen wird, Ihr Hausarzt zur Untersuchung zu Ihnen nach Hause kommt. Ihr Apotheker kommt ebenfalls und bringt die notwendigen Medikamente mit.

Falls in der Hyperinflation die Bezahlung per Krankenkasse für beide gegenstandslos wird infolge des rasanten Geldwertverfalls, soll Ihr Hausarzt gleich die Medikamente mitbringen! Sie versprechen beiden, die

jeweilig erbrachte Leistung sofort in Lebensmitteln (Gemüse / Obst aus dem Garten), Schnaps oder gängigen SILBERMÜNZEN (= 10 Euromünzen mit je 0,53 Unzen / 16,65 g Feinsilber oder Einunzensilbermünzen wie z.B. den Wiener Philharmonikern) zu bezahlen. Wahrscheinlich werden Sie dann der einzigste Patient sein, der wirklich werthaltig, prompt und privat noch bezahlen kann!

Wir sind uns sicher, Sie werden zum „Privatpatient Nummer 1“ ungeachtet Ihres heutigen Kassenpatientenstatus als Rentner aufrücken können.

Natürlich weisen Sie Ihren Arzt und Apotheker darauf hin, dass diese dann diese „Tauscheinnahmen“ für die jeweilig erbrachte Leistung als geldwerter Vorteil versteuern müssen!

- f) Wenn Sie noch so fit sind, einen kleinen Garten mit HOCHBEETEN mit einem Helfer bestellen zu können, tun Sie das.
- g) Bevorraten Sie für mindestens ein Jahr. Langhaltbare Lebensmittel wie Nudeln, Reis, Nudelsaucen, Reissaucen, Salz, Honig, Zucker, Gelierzucker, Essig, Öl, Dosenbrot, jegliche Art von Konservendosen in guter Qualität, Corned Beef, Schnaps, Wein, Schwarztee, Bohnenkaffee, Hygieneartikel, Waschpulver, Toilettenpapier etc. etc.

Wenn Sie jedoch KEINEN Garten haben bzw. mehr bestellen können, bevorraten Sie für mindestens zwei Jahre die o.g. langhaltbaren Lebensmittel.

Denn wenn es kritisch mit der Versorgung wird bzw. die ersten Versorgungsnotstände aufgetreten sind, kommt es schnell zu Tumulten und Kampf aller gegen jeden und nur die Stärksten werden noch etwas bekommen. Sie als alter Mensch haben dann auf den Straßen nichts mehr verloren, denn es wird dann zu gefährlich für Sie sein!

- h) Einen Vorrat an Leibwäsche, Socken, warmer und regendichter Arbeitskleidung inklusiv Arbeitshandschuhe und an ausreichend Werkzeug, Gartenwerkzeug und Dünger brauche ich eigentlich nicht mehr zu erwähnen, denn den haben Sie bereits?
- i) Eine Chance am hyperventilierenden Arbeitsmarkt haben Sie eigentlich nur noch, wenn Sie ein geistig und körperlich extrem fitter Pensionist mit äußerst gesuchten Spezialkenntnissen wie z.B. als Elektriker, GAWASH (Gas, Wasser, Abwasser) oder als Facharbeiter im Versorgungsbereich

der Stadtwerke waren. Oder wenn Sie alles mögliche gut reparieren können. Oder wenn Sie Schneider(in) oder Schuster waren. Dann wird Ihr Alter eher unwichtig sein, weil man Sie dringend brauchen wird! Auch ein Ex-Polizist, -Soldat oder Ex-Offizier wird bei der Aufstellung und Ausbildung einer improvisierten „Bürgerschutzwehr“ / Miliz wertvolle Dienste tun können. Ebenso ein alter Waffenschmied. Auch Ex-Landwirte und Ex-Stadtgärtner werden bei der Schnellschulung der naturunkundigen Städter zu Landwirtschafts- und Gärtnereihilfen guten Dienste leisten können.

- j) Über den Top-Überlebenswert Ihrer persönlichen Komplett-Schuldenfreiheit brauche ich Ihnen als „alten Hasen“ auch nicht mehr viel erzählen. Ihr persönlicher Lebensstil war immer bescheiden. Konsum-, Autoleasing- und Ratenkredite bei Versandhäusern hatten Sie Gott sei Dank NIE im Gegensatz zu vielen törichteren „konsumgeilen“ Mitgliedern der jüngeren Generation. Ihr Hausbaudarlehen bei Ihrer kreditgebenden Bank, Raiffeisenkasse, Sparkasse oder Bausparkasse haben Sie längst getilgt oder Sie werden es die nächsten Wochen durch Ihre Vermögensumschichtung tun. Die Löschung Ihrer non-valutierten Grundschuld haben Sie längst durchführen lassen oder Sie werden es morgen bei Ihrem ex-kreditgebenden Institut tun.
- k) Durchforsten Sie dennoch Ihre ohnehin bescheidenen Ausgaben und versuchen Sie einzusparen, wo es nur geht. Wenn Ihre Wohnung zu groß ist und zuviel Geld frisst, ziehen Sie in eine wesentlich kleinere kostengünstigere Wohnung um. Wenn Ihre Tochter oder Ihr Sohn gebaut haben und einen Berg von Immoschulden mit sich tragen, ziehen Sie bei Ihren Kindern ein. Ihre „Miete“ kann vielleicht helfen, das neugebaute Haus zu halten. Aber gehen Sie dabei KEINERLEI Risiken ein! Wenn Sie überzeugt sind, Ihre Kinder haben sich mit dem Bau des Hauses finanziell übernommen, bleiben Sie bitte separat! Buttern Sie auf KEINEN Fall Ihre persönlichen Ersparnisse in die „Schuldenvilla“ hinein!
- l) Und ganz wichtig für Sie, unterschreiben Sie NIE, NIEMALS eine persönliche Bürgschaft für den Kredit Ihrer Kinder, auch wenn diese Sie noch so schön bitten und Ihnen hoch und heilig versichern „Du kannst dich

auf uns verlassen. Es wird nichts passieren“! Sonst sind Sie und Ihre Kinder pleite und ruiniert und ohne Chance zum Neuanfang, weil Ihnen dann ALLEN die nötigen richtigen finanziellen Mittel fehlen werden!

- m) Nochmals, legen Sie Ihre bisherige abgöttische Staatsgläubigkeit ab! Rechnen Sie angesichts der nie gekannten Dimension der plötzlich ohne jegliche staatliche, kommunale und private Vorbereitungen hereinbrechenden Weltwirtschaftskrise NICHT mit sofort und ausreichend einsetzenden Hilfsmaßnahmen durch Staat, Kommunen, Kirchen und sonstige wie dies damals während des 2. Weltkrieges und in der Nachkriegszeit während Ihrer Kinder- und Jugendjahre noch der Fall war! Damals herrschte in allen Ländern Europas effektiv eine Kriegs- und Kommandowirtschaft vor, der sich alle Wirtschaftsbereiche, Wirtschaftssubjekte und auch die Bevölkerung diszipliniert um des großen ganzen Willens, nämlich um des, egal von welcher Seite, angestrebten „Endsieg“ Willen, mehr oder minder freiwillig unterzuordnen hatten!
- Heute nach 65 Jahren „Frieden“ (eigentlich: Waffenstillstand!) und 60 Jahren Wohlstand und einer infolge einer völlig verfehlten und maßlos betriebenen Immigrationspolitik von falschen kulturfremden Ethnien durch die herrschenden „Eliten“ (= Führungskasten) Europas gegen die Interessen ihrer eigenen Völker ist die Situation leider völlig anders zu unser aller Ungunsten! Egoismus und das Verfolgen von oft gegen die Allgemeinheit unserer einheimischen europäischen Völker gerichteten Partikularinteressen um jeden Preis haben den Solidargedanken und die Betonung des Gemeinnutzes vor Eigennutz verdrängt.
- Unsere staatlichen, kommunalen und leider auch kirchlichen „Apparate“ scheuen klare und schnelle notwendige Entscheidungen aus Angst vor „Konsensus-Verlust“, aus Angst vor der 4. Gewalt, den sogenannten Medien und aus Angst vor langwierigen Gerichtsverfahren. Gleichzeitig sind die Apparate, die Amtsinhaber – wie wir selbst auch – oft faul, fett, gefräßig und saturiert bis dekadent geworden. Überlebensfähigkeiten haben wir längst mit den letzten Nachkriegshabseligkeiten unserer Eltern entsorgt. Bescheidenheit in der Lebensführung und eine gewisse Leidensfähigkeit bei sehr niedrigem Lebensstandard haben wir längst

verlernt. Unmündigkeit hat sich in unseren Gehirnen breit gemacht, wenn wir lauthals rufen: „Der Staat muss tun“ statt „Wir müssen das und das tun!“ Unsere Prognose lautet einfach: Die staatlichen, kommunalen und kirchlichen Hilfen wie Suppenküchen, Lebensmittelrationierungen etc. etc. werden viel zu spät und völlig unzureichend mit einem Höchstmaß an chaotischer, kontraproduktiver und ineffektiver Durchführung einsetzen!

Es kann gut sein, dass die ersten 6 Wochen so gut wie NICHTS geschieht, weil diese Zeit zum Organisieren, Bereitstellen der notwendigen Strukturen bei THW, Bundesheer, Polizei, Katastrophenschutz etc. benötigt wird!

Und bitte NICHT die verwaltungstechnische Erfassung mit der Ausgabe von Lebensmittelkarten an die Bevölkerung und die Instruktion und Organisation des Einzelhandels darüber vergessen! Selbst die sofortige Einführung eines bundesweiten und einheitlichen Systems bezweifeln wir. Vieles wird zuerst improvisiert und lokal geschehen müssen. Und auch die Landwirte mit ihren eventuell noch vorhandenen Beständen und Möglichkeiten müssen erfasst und für die Lebensmittelversorgung umgesetzt werden!

Das braucht Zeit, vielleicht zu viel Zeit, um eine erste Hungerwelle zu verhindern?

Deshalb müssen Sie zu Ihrem eigenen Schutz so viele mehrstufige Eigenvorbereitungen wie möglich treffen, um nicht, wie schon in der Vergangenheit, als alter Mensch vielleicht zu den ersten Opfern gehören zu müssen!

Die ersten sechs Wochen halte ich wie die letzten zwei bis drei Monate vor der Ernte in den kommenden Jahren, wo unsere einheimische Landwirtschaft noch mit den Umstellungsschwierigkeiten zu kämpfen hat und eine größere Nahrungsmittelzufuhr aus dem Ausland infolge des zusammengebrochenen oder sehr stark reduzierten globalen Handels nahezu unmöglich ist, für die gefährlichsten Zeitabschnitte während der ganzen Großen Depression. In diesen Perioden werden die schlimmsten Zerrüttungen und die größten Opferzahlen zu beklagen sein.

Die restliche Zeit könnte, vorsichtig optimistisch gedacht, zumindest leidlich erträglich werden. Voraussetzungen hierfür sind allerdings erstens

die Wiedererlangung eines gesunden Sozialverhaltens mit Rücksicht auf die schwächsten Mitglieder der menschlichen Gesellschaft, nämlich Kinder, Behinderte und alte Menschen und NICHT mehrheitlich einer geregelten Arbeit entwöhnte „Hartzer“ und sogenannte „Alleinerzieherinnen“. Die zweite Voraussetzung lautet die Wiedererlangung von Überlebensfähigkeiten, die dritte Glück und Zufriedenheit bei einem sehr bescheidenen Lebensstil. Die vierte Prämisse lautet die erfolgreiche Selbstorganisation der betroffenen Menschen auf lokaler und kommunaler Ebene und die fünfte das Auferstehen abgespekter lokaler, kommunaler und regionaler staatlicher Strukturen ohne weitere große Störungen. Dennoch, mit vorsichtigem Optimismus räume ich uns allen und besonders auch Ihnen als alte Menschen gute Chancen hierzu ein.

Kriegerische Auseinandersetzungen mit dem Angstfeind der Zentraleuropäer Nummer 1, Russland, schließe ich zum Zeitpunkt der Niederschrift völlig aus. Erstens wird auch Russland gut mit den Auswirkungen der größten Wirtschaftsdepression aller Zeiten beschäftigt sein. Zweitens müsste hierzu die „gelenkte Demokratie“ Putins durch den Sowjetischen Herrscher alten Typs abgelöst werden – wonach es bisher NICHT aussieht. Der „Wosht“ (Führer Putin) sitzt bisher gut im Sattel.

Drittens – wer soll denn diesen Krieg führen? Auch in der ehemaligen Sowjetunion hat sich zum Leidwesen der dortigen älteren Bevölkerung in knapp 20 Jahren ein Höchstmaß an Dekadenz und Luxusstreben unter der Jugend wie eine Epidemie verbreitet.

Unbeachtet all dessen treffen Sie Ihre Vorbereitungen und Sie werden gute Überlebenschancen haben.

Sie und Ihre wertvollen Erfahrungen werden noch gebraucht!

Eine Gesellschaft ohne Senioren ist wie ein menschlicher Organismus ohne Kopf und ohne Gedächtnis!

7. Der Wert des Kollektivs als beste und effizienteste Abwehrmaßnahme

Immer wieder wurde ich in Zuschriften von Einzelpersonen darauf angesprochen, dass man sich nicht gegen Plünderungen wehren könnte und

daher die Anlegung eines Nutzgartens, insbesondere eines nicht beim Wohnhaus gelegenen Nutzgartens in Form eines Schrebergartens SINNLOS sei!

Diese Meinung ist absolut FALSCH! FALSCHER geht es nicht!

Sie müssen nur den wichtigsten Grundsatz bei jeder Krisenvorbereitung beachten:

Das KOLLEKTIV hat wie in der Tierwelt das Wolfsrudel die HÖCHSTEN und OPTIMALSTEN ÜBERLEBENSCHANCEN! Nicht der Einzelne!

Aufruf an alle ich-verliebten, dumm-esoterischen, sich nur um sich selbst drehenden, nicht-anpassungsfähigen und –willigen Singles beiderlei Geschlechtes, Alleinerzieherinnen und Streitsüchtigen, nichtvergebungsfähigen Megären und sonstigen Geisterbahnschrecks: Ihr so Selbstverliebten, Euren Hungertod-Karma folgenden Femininchen und Pseudomänner werdet die ersten Todesopfer in der Großen Krise sein. Nur in den Familien und Großfamilien, wo die Familienstrukturen noch nicht zerstört sind und überhaupt Kinder und Großkinder vorhanden sind, kann überhaupt eine schützende und geschützte Zelle entstehen, die den entscheidenden Überlebensvorteil nicht nur für die alten Menschen bietet!

Pech für Euch Familienzerstörer und Abtreibungsbefürworter der sogenannten „68er Generation“. Ihr werdet bald ob Eurer Bindungslosigkeit und Unfähigkeit, Verantwortung für andere Menschen zu übernehmen, verschwunden sein!

- a) Im Familien und Freundeskollektiv zu leben bietet unschätzbare Vorteile wie Poolen aller Ressourcen, gemeinsames Bewältigen aller anstehenden Aufgaben und gegenseitigen Zuspruch.
- b) Selbst das Bewachen des (Klein-)Gartens vor „Fladdern“ (Dieben) wird zum Klacks, weil einfach genug Leute da sind.

Schrebergartenanlagen-Kollektive müssen nur ihre Anlagen sichern durch Pflanzen von klassischen Brombeeren mit vielen Stacheln am Zaun, Verstärken des Außenzauns durch z.B. Nato-Stacheldraht. Auslegen von einfachen, aber effektiven Fallen hinter der Außenhecke und durch das Organisieren eines Bewachungsdienstes.

Die unmittelbar zur Straße gelegenen Kleingartenparzellen müssen entsprechend gesichert werden. U.U. müssen über den Generalstromanschluss der Gartenanlage oder über einen möglichst weit

von benachbarten Wohnhäusern befindlichen Generator betriebene drehbare Lampen auf den Außenparzellen installiert werden. Auch die auf den Außenparzelle angebauten „Früchte“ müssen unkenntlich werden: d.h. im wesentlichen subterrane Produkte wie Erdäpfel, Zwiebel, Karotten, Pastinaken, Topinambur, die alle erst kurz vor der Ernte einen Nutzen für den Dieb haben können.

- c) Stellen Sie sich 6 rüstige Rentner(innen) mit Walkie-Talkies / Handies und mit Spaten und z.B. festen Stöcken bewaffnet vor, die patrouillieren. Vielleicht hat einer sogar den Waffenschein und ist besser bewaffnet, wenn er auf dem Kleingartengelände (= Privatgelände) bewaffnet patrouilliert? Ein scharfer, trainierter großer Hund ist sowieso dabei. Einzeltäter sind sofort abgeschreckt, kleinere Gruppen auch. Vielleicht auch größere Plünderergruppen? Illegale Bewaffnung lehnen wir schärfstens ab. Aber nutzen Sie jede legale Chance, sich zu bewaffnen und sich im Gebrauch einer Schusswaffe zu üben. Treten Sie z.B. einem Schützenverein bei. Tu felix Austria! Noch ist es in Österreich relativ leicht, in den legalen Besitz einer Schusswaffe zu gelangen. Dito in der Schweiz. Nur der BRD-Staat entwaffnet alle rechtschaffenen Bürger, obwohl eben dieser BRD-Staat im Crash die Sicherheit nicht mehr wird garantieren können.
- d) Immer daran denken. Wer plündern und stehlen will ist IHR ALLER ärgster FEIND, weil er Ihr aller Überleben gefährdet! Sie sind daher mit allem Diebesgesindel im Kriegszustand und ob Ihres vorgerückten Alters dürfen Sie JEDE LEGALE Möglichkeit zum Überleben nutzen! Und eine rüstige Rentnergruppe ausgerüstet mit dem Überlebenswillen und den geballten Lebenserfahrungen und Kenntnissen von der Kriegszeit bis heute wird mit jedem fertig! Aber nur, wenn Sie im Kollektiv agieren und kämpfen!
- e) Reaktivieren Sie Ihre Militär-, Kriegs-, Nachkriegs- und DDR-Erfahrungen. Wie überlebten Sie als Soldat, als Partisan, als jugendlicher Schwarzhändler, als Kind damals? Welche dieser Erfahrungen lässt sich auf die heutige Situation der Großen Depression übertragen?
- f) Denken Sie an die Erzählungen Ihrer Eltern und Großeltern aus der Hyperinflation von 1923. Auffällig ist, dass die Menschen damals viele Überlebensfertigkeiten besaßen, im Kollektiv der Familie und der

gewerkschaftlichen bzw. kirchlichen Verbände agierten und Selbstversorgung betrieben. Mir sind keine krisenbedingten Todesfälle von Familien bekannt außer es handelte sich um irgendwelche Verzweiflungstaten. Es kamen z.B. in der Nachkriegszeit von 1945 bis 1948 in den ausgebombten Städten im wesentlichen nur isoliert lebende alte Menschen ohne Familienanhang um, die erfroren oder teilweise auch infolge des Hungers verstarben.

- g) Lesen Sie entsprechende Sachbücher und persönliche Berichte aus der Zeit damals. Und stellen Sie mit Ihren „Kampfgenossen“ eine Strategie auf. Interessant in diesem Zusammenhang erscheinen mir Bücher und Filme zum Thema des holländischen Widerstands gegen die NS-Okkupation. Die Lage der Niederländer damals war der unseren nicht unähnlich. Die niederländische Regierung verließ sich in ihrer abgrundtiefen Dummheit auf die eigene einseitige Erklärung der Neutralität, die natürlich von Schicklgruber NICHT akzeptiert wurde. Kriegs- und Krisenvorbereitungen traf die niederländische Regierung NULL außer die Fluchtroute für das Politikergesindel und das sogenannte „Haus Oranje“, das anstatt treu und mannhaft wie König Leopold von Belgien oder König Christian X von Dänemark dem eigenen Volk beizustehen und im Land zu bleiben, sofort nach der (wahrscheinlich durch ein Missverstehen einer Signalrakete ausgelösten) Bombardierung Rotterdams durch die Luftwaffe den Kampf aufgab und floh. Die niederländische Regierung samt Königin Wilhelmine und vielen Juwelen entschwand auf einem britischen Kriegsschiff. Die Kapitulation durften dann untergeordnete Militärs besorgen. Soweit zur Fürsorgepflicht von Monarchin und Regierung für all die armen Niederländer, die dann in den Geschmack von Hitlers „Neuer Weltordnung“ kamen. Und heute wird es nicht viel anders sein: unsere gewählte Politikerkaste könnte mit Helikoptern in irgendein längst für sie vorbereitetes Domizil entschwinden. Und bei uns könnte (wird?) das Chaos ausbrechen, weil eben keine Besatzungsarmee aus lauter „Moffen“ (Deutschen) bereit steht, die wenigstens die öffentliche Ordnung aufrecht erhält. Und 1940 war zwar die niederländische Bevölkerung bedingt durch jahrhundertelangen Fleiß, Sparsinn und dem Profit aus Niederländisch-Indien (= Indonesien) sehr wohlhabend, aber bevölkerungsmäßig

HOMOGEN ohne die uns allen bekannten kulturfremden und nichtassimilationsbereiten Problemgruppen. Die Niederländer bewiesen große Disziplin, bestellten jedes Fitzelchen Land und legten überall Gärten an. Ihr damaliger Lebensstandardverlust herunter vom Wohlleben mit Kakao, niederländischer Schokolade und Käse und den wundervollen Keksen auf Steckrübensuppe mag wohl bei ca. 90 bis 95 % im Vergleich zum Vorkriegsniveau gelegen haben. Diszipliniert versuchten sie zu überleben, so gut es eben ging und ohne sich gegenseitig zu bestehlen! Und gleichzeitig durch ein ausgeklügeltes Informationssystem und durch gezielte Widerstandsaktionen den NS-Okkupanten Widerstand zu bieten und Juden zu retten. Und das, obwohl ihre Mobilität im wesentlichen aus Fahrrädern und Zulußgehen bestand! Und die niederländische Bevölkerung musste nach der überstürzten Flucht der Königlichen Niederländischen Regierung, d.h. des Kopfes, den Widerstand und sich selbst als Widerstand leistender Volkskörper gegenüber den „NS-Moffen“ erst einmal reorganisieren. Es entstanden royalistische, christliche, kommunistische und studentische Widerstandszellen und –gruppen und Unterstutzungsgruppen für die untergetauchten Juden. Selbständig organisierten sich die Niederländer in kleinen Kollektiven, ohne von irgendwem Befehle zu erhalten! Die mutigen Radioansprachen von der Königin aus dem sicheren Londoner Exil hatten eher Symbol- und Aufmunterungscharakter. Klug und umsichtig steigerte der holländische Widerstand seine Aktivitäten und verblutete nicht in sinnlosen, eigentlich unmöglichen Aktionen. 1944 / 1945 gelang das Highlight mit dem teilweisen Fluten der Dämme, worauf allerdings die Wehrmacht auch einige Dämme öffnete. Das Ergebnis war, dass Truppenbewegungen der Deutschen (und Alliierten!) empfindlich gestört wurden und es zu keinen großen Zerstörungen in den Niederlanden bis zum 5. Mai 1945 (Teilkapitulation der Wehrmacht in den Niederlanden) mehr kam. Dieses ausführlich geschilderte Beispiel des klugen Widerstandes der Niederländer soll Ihnen zeigen, wie Sie intelligent mit einer Krisensituation umgehen sollten. Lernen Sie aus der Vergangenheit für die Herausforderungen der Zukunft! Übrigens, das einzige Mitglied des Königshauses, das aktiv und tapfer als Offizier für die Befreiung der

Niederlande kämpfte, war Prinz Bernhard der Niederlande – und der war „nur“ ein angeheirateter „Moffen“-Prinz aus verarmten deutschen Adel!
Heute werden wir in den schlimmsten Stunden unseres Erdendaseins wahrscheinlich genauso allein gelassen wie damals die Holländer: unserer Bundeskanzler-Darstellerin ist der dauerhafte Schutz Israels (!!!) wichtiger als eine gezielte Krisenvorbereitung unseres Volkes. Gelogen wird höchstwahrscheinlich bis zu dem Moment, wo dieser Ost-Wendehals / ehemalige Agitrop-Sekretärin bereits in den Helikopter steigt.

Also vergessen Sie jegliche Staatshilfe, insbesondere, wenn die Deutsche Regierung für das deutsche Volk schädliche Fremdinteressen so über die des eigenen ihr anvertrauten deutschen Volkes stellt!

Und wichtig: Ziehen Sie Ihre eigenen Schlüsse daraus und handeln Sie entsprechend.

FAZIT

Die FAMILIE, die „Krisenvorbereitungsgruppe“, jegliches kooperierendes KOLLEKTIV ist und bleibt Ihr bester Überlebensschutz! Vereinzelt gehen Sie optimal selbstverwirklicht in den sicheren Untergang / Tod! Und der Start einer Krisenvorbereitungsgruppe muss JETZT und nicht erst im Moment der Krise geschehen! Jetzt müssen Sie GEMEINSAM anfangen! Für Trittbrettfahrer ist später kein Platz mehr!

8. Ihr persönlicher Rettungsanker – Ihr Nutzgarten

Infolge der vielen e-mails zum Thema „Anlegen und Bearbeiten eines Selbstversorgergartens“ ist jetzt daraus ein eigenes Kapitel geworden.

Uns erscheint der oft irrig vorgebrachte Einwand Gartenerzeugnisse würden sowieso gestohlen, als billige Ausrede dafür, nicht die eigenen Muskeln und vor allem das eigene Gehirnschmalz anstrengen zu müssen. Ist Ihnen während Ihres langen Lebens je etwas geschenkt worden? Ist Ihnen je Manna vom Himmel direkt in Ihren Mund gefallen? Mussten Sie sich nicht immer anstrengen? Und genauso ist es jetzt in der vielleicht größten Bewährungsprobe Ihres gesamten Lebens: Sie müssen tätig werden, Sie müssen sich eventuell Schutzvorkehrungen für Ihren Garten in Zusammenarbeit mit Ihrer Familie, Ihren Nachbarn, Ihren Schrebergartenkollegen in der Anlage ersinnen und errichten! Oder anders

formuliert „Hilf Dir selbst so hilft Dir Gott“. Wenn Sie ein(e) alleinstehende(r) Rentner(in) sind, dann brauchen Sie vielleicht keinen Garten. Ihnen genügt Ihr großer Balkon oder Ihre große Dachterrasse „betrieben“ im Intensivstanbau für Ihre Karriere als „Balkon- oder (Dach-)Terrassengärtner.

Arbeiten Sie im Garten im Team: mit Ihren erwachsenen Kindern, Ihren Enkeln, fitten Altersgenossen und auch Helfern, die mit einem Ernteanteil „bezahlt“ werden. Überzeugen Sie diese alle, mit Ihnen zusammen einen Nutzgarten mit arbeitserleichternden Hochbeeten anzulegen. Ihr Nutzgarten wird Ihnen allen einen möglichst hohen Grad der Eigenversorgung mit Erdäpfeln, Gemüse, Salaten und Obst der Saison und auch Beeren gewähren. Notfalls reichen ca. 100 bis 200 qm intensivst bewirtschaftet. Wenn es geht lassen Sie sich ein Gewächshaus von hoher Qualität bauen! Damit haben Sie schon vor der eigentlichen Gartensaison Frischerzeugnisse. Ihr Garten wird Ihr persönlicher Frische- und Vitaminlieferant während der ganzen Krise hindurch sein!

Nicht alle Garten, egal, ob es sich dabei nun um bei Wohnhäusern gelegenen umgewandelten Nutzgärten oder Schrebergärten handelt, sind von der Straßenseite her komplett frei einsehbar. Durch „Objektstudien“, sprich Spaziergänge durch Wohnviertel mit mittlerer Bebauungsdichte in Form von freistehenden Häusern, Doppelhaushälften und Reihenhäusern und auch durch Spaziergänge durch diverse Schrebergartenanlagen wissen wir, wie leicht ein Garten eigentlich durch geschicktes Pflanzen von Hecken, Stauden und Bäumen „unsichtbar“ werden kann. Auch gibt es in jedem sonst frei einsehbaren Grundstück oder Garten mindestens einen „Blind Spot“, der gar NICHT oder höchstens nur mit absolut suchendem Blick KURZ einsehbar ist. Und das ist der Ort für lebenswichtige Anpflanzungen oder ein für eine Familie absolut ausreichendes Gewächshaus mit ca. 4 bis 6 qm Fläche!

Es versteht sich von selbst, dass Sie bei der eventuellen Errichtung eines Gewächshauses darauf achten, durch diverse geschickte „Abschottungsmaßnahmen“ wie der Pflanzung eines Beerenstrauches das Aufblinken der Glas- oder Plexiglasstegplatten in der Sonne bis zur Straße hin zu verbergen. Und natürlich haben Sie Ihr Gewächshaus von Ihrem Haus bzw. Ihrer Wohnung im Blick bzw. auf Hörweite und können es so gut überwachen. In typischen Kleingartenanlagen, wo der Suchblick für Gartenunkundige durch viele unbekannte Objekte wie z.B. Kompostern, Schuppen, Bäume und

Stauden aller Art etc. unterbrochen wird, ist es noch leichter, Gewächshäuser zu „verstecken“. Notfalls müssen Gewächshäuser, Schuppen mit wichtigem und teurem Werkzeug und für die Gesamtanlage wertvolle Anpflanzungen auf die innen gelegenen, von der Straße nicht einsehbaren Parzellen „verlegt“ werden. In den äußeren Parzellen werden „subterrane Früchte“ wie Erdäpfel, Karotten, Pastinaken, Zwiebeln etc. gepflanzt. Über das Kollektiv Gartengemeinschaft findet der Austausch der Gartenerzeugnisse statt. In der heißesten Phase des eventuell erfolgenden Totalkollapses der Versorgung muss das Kollektiv Gartengemeinschaft eventuell sowieso gemeinsam die heranwachsende Ernte im Schichtdienst bewachen!

Im Zusammenhang mit der immer wieder geäußerten Befürchtung, Anbau im Garten mache keinen Sinn, weil sowieso alles „gefleddert“ (gestohlen) würde, können wir partiell Entwarnung geben. Ca. 40 Prozent der in der BRD lebenden Bevölkerung wohnt im eigenen Heim, d.h. in einer Eigentumswohnung oder einem Haus. Da sich die Eigenheimbesitzerquote im wesentlichen im ländlichen und kleinstädtischen Raum konzentriert, können Sie davon ausgehen, dass es sich bei den eigengenutzten Immobilien hierbei meistens um Häuser mit Gärten handelt. Selbst um die meisten innergroßstädtischen Wohnanlagen gibt es große Rasenfreiflächen, die notfalls parzelliert und zu Selbstversorgergärten umgegraben werden könnten. Genauso wie die meisten „Wellness-Gärten“ auch wieder in Selbstversorger-Gärten rückverwandelt werden könnten! Zusätzlich gibt es in der BRD und Berlin ca. 4 Millionen Kleingärtner in 15.000 Schrebergartenanlagen. Damit dürfte es bereits ca. 15 Millionen Gärten bei Wohnhäusern und Eigentumswohnungen sowie die 4 Millionen Kleingärten, also insgesamt 19 Millionen Gärten brd-weit gesamt, geben.

Wieviel Gärten mit einer Fläche von ca. 400 qm, wovon ca. 250 qm auf die Parzelle und ca. 150 qm auf die Allgemeinflächen wie Wege etc. entfallen wären theoretisch für die ganze BRD notwendig?

Rechnen wir mit 2,5 Personen pro Parzelle im Durchschnitt und 82 Millionen BRD-Gesamtbevölkerung.

82 Millionen : 2,5 Personen ergibt 33 Millionen Gartenparzellen.

Von diesen 33 Millionen Gartenparzellen ziehen wir die bereits 19 Millionen vorhandenen Gärten ab, von denen übrigens viele größer als 250 qm sind und eventuell für 2 Familien reichen würden.

33 Millionen minus 19 Millionen ergibt ca. 14 Millionen fehlende Kleingartenparzellen, um auch dem jetzt noch „gartenlosen“ Bevölkerungsanteil einen hohen Grad von Selbstversorgung zu verschaffen.

14 Millionen Gartenparzellen x 400 qm ergibt 5.600 qkm zusätzlichen Gesamtkleingartenflächenbedarf, das 1,6 Prozent (in Worten: Eins-Komma-Sechs Prozent!) der Gesamtfläche der BRD von ca. 350.000 qm entspricht!!!!

Diese besonders im großstädtischen Raum dringend notwendigen Kleingartenflächen könnten geschaffen werden durch:

- a) Umwandlung von unbebauten für lange Zeit nutzlosen und nicht mehr gebrauchten „Baulandreserven“
- b) Umwandlung von Ödlandflächen
- c) Umwandlung von großen langweiligen Rasenflächen bei den Wohnanlagen
- d) Teilumwandlung von Parkflächen (auch im Hyde Park wurden 1939 im lebensmittelarmen Großbritannien Erdäpfelacker angelegt!)
- e) Besetzung und Umwandlung von direkt an den Stadtgrenzen gelegenen Wiesen, Freiflächen und Äckern auf dem Territorium der Nachbargemeinden
- f) Umwandlung von bei Öffis gelegenen Flächen im stadtnahen Umland für Bürger der jeweiligen Gemeinden und für die Großstädter.

Die Umwandlung und Errichtung der Kleingartenanlagen ist im wesentlichen eine kommunale Aufgabe. Die Gemeinde- und Stadträte müssen von der absoluten Notwendigkeit der Selbstversorgung mittels Schrebergärten zur Abwendung einer wirtschaftskrisenbedingten Hungersnot schnellstens überzeugt werden!! Für langwierige Genehmigungs-, Einspruchs- oder gar Gerichtsverfahren ist absolut KEINE Zeit mehr! Für den Anfang muss jede Anlage wenigstens einen gemeinschaftlichen Wasser- und Stromanschluss sowie eine Gemeinschaftstoilette haben! Alles andere wie Zuführung von Wasser- und Strom zu jeder Parzelle kann später geschehen.

Wichtig ist, dass Sie als Rentner und Rentnerinnen Ihre politischen Vertreter bedrängen, pro Kleingarten tätig zu werden. Jede Anlage soll in die Obhut

eines neugegründeten Kleingartenvereins übergeben werden, der in Zusammenarbeit mit erfahrenen Vereinen und dem Magistrat im wesentlichen durch Eigenarbeit die Anlage wenigstens soweit provisorisch errichtet, dass nach der erfolgten Parzellierung und Einzäunung und dem Pflanzen von Außenhecken baldmöglichst mit dem Anbau begonnen werden kann! Es müssen nicht sofort auf jeder Parzelle perfekt ausgestaltete Gartenlauben stehen. Zur Not tun es auch einfache Geräteschuppen, Werkzeugkisten und Wohnwägen für eine Saison.

Die derzeit vorhandenen ca. 19 Millionen Gärten, zu denen vielleicht Eisenbahn-Kleingartenanlagen, kleine private Anlagen etc. noch nicht gerechnet sind, ergeben bei 33 Millionen nötigen Gärten bereits einen sehr hohen „Gartenversorgungsgrad“ von ungefähr 57 Prozent der BRD Bevölkerung! D.h. mehr als die Hälfte der BRD-Bevölkerung verfügt bereits über einen Garten zur eventuellen Selbstversorgung!

Viele Gärten sind ob ihrer Größe für die ganze Familie mit alten Eltern erwachsenen Kindern und Enkeln ausreichend groß.

Manche Berufe mit Zugang zu Lebensmitteln wie z.B. in der sogenannten Lebensmittelbranche Beschäftigte werden u.U. auf einen eigenen Garten verzichten können. Genauso wie Angehörige von Berufsgruppen mit gesuchten Mangelcharakter wie z.B. im Versorgungsbereich Beschäftigte oder Ärzte, die immer gut gepflegt werden dürften. Das dürfte die Anzahl der tatsächlich benötigten Gärten um vielleicht eine Million reduzieren.

Unsere Prognose lautet schlicht aber effektiv: Wenn die große Mehrheit der arbeitsfähigen Bevölkerung und auch der rüstigen Rentner über einen eigenen Kleingarten verfügen würde, und im Kollektiv Gartengemeinschaft kooperieren würde, bräuchten wir uns bei der zusätzlich geschilderten Bevorratung KEINERLEI Ängste um unsere Versorgung zu machen.

Die Kleingartenanlagen könnten von vielen Kleintierzüchtervereinen, wie es sie bis in die 70er Jahre in jeder Gemeinde gab und besonders im Ruhrgebiet bei den „Kumpels“ gab, ergänzt werden. Die noch vorhandene und noch erzeugende einheimische regionale und lokale Landwirtschaft könnte sich dann auf die größere Flächen bedürfende „Massenanbauprodukte“ wie Erdäpfel, Mahlgetreide, Mais und auch Rind- und Schweinezucht sowie Milch“erzeugung“ konzentrieren.

Und ab wann es überhaupt eine dauerhaft ausreichende und bezahlbare Versorgung mit Lebensmitteln mit Lebensmitteln nach dem Crash und den damit wahrscheinlich verbundenen (Teil-)Kollaps der Versorgung gibt, bleibt erst einmal offen!

Ein Minimum von einer bis drei Erntesaisonen, bis die heimische Landwirtschaft sich erfolgreich umgestellt hat ohne dauerhaften Produktionseinbußen von mehr als 50 Prozent halte ich gemäß meinen Recherchen für durchaus realistisch.

Mit Produktionsumstellungen von z.B. Futtergetreide und Mais auf Mahlgetreide (für Brot!) bei erheblich verringerter Massenviehhaltung ist sowieso zu rechnen. Und die Frage der Überschuldung vieler Landwirte muss in diesem Zusammenhang auch nochmals angesprochen werden: Kommt es zur befürchteten Welle von Zwangsversteigerungen und damit eines weiteren Ausfalls an landwirtschaftlicher Erzeugung. Oder werden Schulden-Moratorien gewährt? Kommt es zu Betriebs-Aufspaltungen und der Ansiedelung von dynamischen Neu-Landwirten? Die „landwirtschaftliche Erzeugungsschlacht“ mit ihren Erfolgen und auch Misserfolgen wird gerade Ihr Leben als Altersrentner(in) nachhaltig beeinflussen!

Natürlich würde unser aller Speiseplan dann Obst und Gemüse rein nach Saison und auch weniger üppig sein, aber es würde zum Überleben reichen!

Zeit hätten wir alle ob der vorherrschenden Massenarbeitslosigkeit von wahrscheinlich um die 50 Prozent und ob unseres Rentnerdaseins allerdings ohne adäquate Rente mehr als genug, unsere Gärten und Minifelder zu bestellen. Auf 30 qm Kartoffelacker können Sie gut und gerne bis zu 90 kg Erdäpfel ernten! Das reicht dicke!

Die Diebstahlquote durch Fremde in Ihrem Garten wäre sehr gering!

Generell schätze ich die Diebstahlsgefahr durch Gartenplünderer bei einer Gartenbesitzquote von fast 50 Prozent bereits jetzt als eher gering ein. Denn aus dem Garten Gestohlenes hat erst kurz vor der Ernte, wenn es reif genug ist, einen Wert für den potentiellen Dieb. Noch ein Tipp für Sie als alleinstehende(r) Rentner(in) oder Rentnerehepaar ohne erwachsene Kinder: Engagieren Sie sich einen Helfer für die Gartenarbeit und die Bewachung. Den ersten Dieb, der früh genug auftaucht, und der ansonsten einen soliden Eindruck macht, engagieren Sie dann gleich mit.

Teilen Sie die Ernte mit Helfer und ehemaligem Dieb, jetzt Helfer und Wächter, im Gegenzug für Gartenarbeit und Bewachung. Und Sie werden sehen, Ihre Helfer, die noch viel mehr auf ihren Ernteanteil aus Ihren Garten angewiesen sind, werden Ihren Garten und seine Ernte viel besser bewachen, als Sie es selbst tun würden und könnten. Denn Ihre Helfer haben ja keinen eigenen Garten!

9. Ihr Edelmetallinvestment als finanziell notwendiger Baustein Ihres Überlebens

Wenn es eine spezielle Bevölkerungsgruppe gäbe (1. Konjunktivform), der ich neben den genannten praktischen Überlebensvorbereitungen besonders zur weisen, sorgfältigen und vor allem rechtzeitigen Umschichtung der vorhandenen Papiergeld-Vermögenswerte in die bekannten „Rettungsboote“ Gold und insbesondere Silber raten würde (2. Konjunktivform), dann wäre (3. Konjunktivform) es primär die Gruppe der Alterspensionisten und Altersrentner beiderlei Geschlechts, zu der vielleicht auch Sie, verehrte(r) Leser(in), gehören mögen. Sie müssten eigentlich SCHNELL tätig werden!

Ich bin mir sicher, dass die Rentner und Rentnerinnen, die zwar nicht immer, aber im Durchschnitt die größten angesammelten Ersparnisse unter der Bevölkerung haben, mit geretteten Vermögen zu den „King Pins“ (= Chefs, Bosse) in der Post-Währungsreformgesellschaft gehören werden könnten und entsprechend hofiert würden als Firmenchefs, Mietshausbesitzer etc. etc. und sich auch eines effektiv höheren altersbequemen Lebensstandard erfreuen könnten über die Möglichkeit des Engagements von günstigen Haus- und Pflegepersonal. Und gerade Sie als Altersrenter(in) werden die „Rettungsboote“ Gold und Silber zum schieren Überleben brauchen. Denn Sie müssen sich bewusst sein, wenn Sie älter als 60 Jahre alt sind, sind Ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt denkbarst schlecht! Den zu viele Menschen, vielleicht 40 bis 50 Millionen, werden versuchen, irgendwo einen kleinen Job zum Überleben zu erheischen versuchen. Und die junge und jüngere Konkurrenz wird gigantisch sein: Schulabbrecher, Schulabgänger ab 15 Jahre, Studenten mit abgebrochenen Studium, weil das Geld der Eltern infolge deren Arbeitslosigkeit oder die Ausbildungsbeihilfe infolge des Staatbankrottes und der Hyperinflation fehlen, 15 bis 20 Millionen „gängige“ Arbeitslose und

ehemalige Hartzler und dann noch das Riesenheer der bisher Mallorca-verwöhnten Frührentner, Altrentner und fitten Greise und Greisinnen – und Sie wollen sich auch noch einreihen? Wollen Sie das wirklich?

Oberstes Gebot des heutigen Tages für Sie ist es daher, mit Ihrer persönlichen VERMÖGENSRETTUNG und mit der sofortigen VERMÖGENSUMSCHICHTUNG heraus aus der Welt des ungedeckten Scheingeldes (fiat money) mit Ersparnissen aller Art und Form bei Banken, Raiffeisenkassen und Sparkassen und aller Art von privaten Renten- und Lebensversicherungen bei den diversen Versicherungskonzernen HEUTE anzufangen!

Und s o f o r t in die allseits bekannten „Rettungsboote“ Gold und Silber und falls sie noch zu bekommen sind, in die „Zwitter“ aus Zahlungsmittel und dem Edelmetall Silber, die Silber-10-Euro-Gedenkmünzen der BRD und Österreichs, zu investieren!

Ungefährer Kapitalerhalt sind jetzt wichtiger als eventuell anfallende geringe Strafzinsen. Lassen Sie sich von den eigentlich netten Bankangestellten nicht vor dem Abheben Ihres persönlichen Geldes abschrecken. Wenn es sein muss, melden Sie die Summe, über die Sie an einem bestimmten Tag verfügen wollen, ca. 2 Tage vorher an. Lenken Sie nicht selbst den Wagen. Lassen Sie sich von der Bank heimfahren. Das gleiche gilt für eine eventuelle EM-Einkaufstour.

Die Aufteilung Ihrer physisch gehaltenen (lies: in Ihren eigenen Rentnerhänden befindlichen Edelmetalle!) Silber und Goldmünzen sollte so sein:

1. ca. 40 Prozent in gängigen 1-Unzen-Silberanlagemünzen wie z.B. den österreichischen Philharmonikern, den kanadischen Maple Leaf, den US-amerikanischen Silver Eagle.
2. ca. 50 Prozent in gängigen Goldanlagemünzen in 1-Unzen, ½-Unzen- und ¼-Unzenstückelungen (und ggf. auch noch 1/10- Unzenstückelung!) wie z.B. den österreichischen Philharmoniker, den kanadischen Maple Leaf, den australischen Kanguruh/Nugget, den südafrikanischen Krügerrand, die BRD 100-Euro ½-Unzenmünze.
3. ca. 10 Prozent in deutschen und österreichischen 10-Euro-Silbergedenkmünzen, österreichischen 5-Euro-Münzen und diversen

Silberschillingmünzen und auch den alten 5-DM- und 10-DM Silbergedenkmünzen.

Geht es sich mit diesen gesetzlichen Silberzahlungsmünzen nicht mehr aus, erhöhen Sie einfach den Silberanlagemünzenbestand von 1.

Wenn Sie über weniger als 10.000 Euro zum „Umrubeln“ in EM verfügen, verfahren Sie wie folgt:

Kaufen Sie maximal 3 Unzen Gold möglichst kleingestückelt. Der Rest von ca. 75 % geht wegen der späteren Tauglichkeit für Alltagsgeschäfte in Silbermünzen!

Wenn Sie ein spekulativer Typ sind und auf den ca. 5 bis 6-fachen Wertzuwachs von Silber gegenüber Gold ausgehen, reduzieren Sie Ihren Goldmünzenanteil und erhöhen Sie stattdessen Ihren Silbermünzenanteil.

Nochmals zum Merken: Die Edelmetallmünzen werden in der ersten Phase des Crashes kaum eine Rolle spielen. Dringend benötigte Tauschwaren und eventuell auch noch gängiges Eurobargeld in kleiner Stückelung wie 5 €, 10 €- und 20 €-Scheinen werden bevorzugt genommen werden!

Sie sollten daher über einen 4- bis 8-Wochen-Bedarf an kleinen Euroscheinen mit dem Kennzeichen „X“ für die BRD und „N“ für die Republik Österreich verfügen – irgendwo versteckt! Wenn es zu staatlich verordneten „Bankfeiertagen“ (Bank Holidays) von ungewisser Länge und Abhebesperren und kleinsummigen Abhebelimits am Bankomaten kommen sollte, was meines Erachtens äußerst wahrscheinlich ist, um das Grobgerüst des nationalen Finanzsystems nicht im Bankenansturm (Bank Run) untergehen zu lassen, wird das Wechselgeld in den noch offenen Läden sehr schnell ausgehen! Und es werden dann nur noch kleine Scheine und Münzen akzeptiert! Hier sehe ich bereits die erste begrenzte Einsatzchance für die BRD/österreichischen 10-Euro-Silbergedenkmünzen. Ist die Euro-Währungsunion am Auseinanderbrechen, werden trotz gegenteiliger staatlicher Aufrufe viele Privat- und Geschäftsleute sehr schnell die Annahme der Geldscheine der PIIGS-Problemstaaten (= Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien) verweigern bzw. höchstens nur noch mit einem gewaltigen Abschlag von vielleicht 30 bis 40 Prozent annehmen. Die Münzen der PIIGS werden wohl weiter im Umlauf bleiben müssen, weil sonst sofort ein eklatanter Kleingeldmangel auftreten würde.

Macht es Sinn, potentielle Fluchtwährungen wie die traditionelle Krisenwährung Nummer 1, den Schweizer Franken (leider NICHT mehr goldgedeckt und eigentlich nur noch vom Ruf der Vergangenheit zehrend), die norwegische Krone (indirekt gedeckt mit Öl- und Gasvorkommen und dem Norwegian State Fund), die tschechische Krone (bisher KEINE „Bailouts“ für Banken, aber es gibt eine hohe Privatverschuldung der tschechischen Bürger meist in Euro / SF-Fremdwährungskrediten!) oder eventuell sogar den Singapur Dollar (reicher, moderner Stadtstaat mit State Fund und üppigen Ersparnissen) in physischer Form, d.h. in Geldscheinen, mit in das „Krisen-Portfolio“ zu nehmen?

Vielleicht, aber letztendlich sind es auch nur ungedechte Papiergeldwährungen eigentlich eher unbedeutender Staaten! Und diese ungedeckten Papiergeldwährungen könnten mit Verzögerung dann genauso kollabieren wie der Euro, US-Dollar oder Yen!?

Und Hand aufs Herz, hätten Sie sofort die Namen der gültigen Zahlungsmittel der Schweiz, Norwegens und Tschechiens nur richtig benennen können? Und haben Sie bereits Geldscheine von jedem dieser Länder in der Hand gehabt?

Und wie sieht es dann erst bei unseren „Finanz-Alphabeten“-Mitbürgern auf den Straßen aus? Haben Sie jedoch bereits ein Domizil in einem dieser Länder und beabsichtigen dorthin bald zurückzukehren, könnte es sehr wohl Sinn machen, sich einen Teil des Bargeldbestandes in die dortige Währung umzutauschen.

Macht es ansonsten für Sie persönlich nicht vielleicht mehr Sinn, so viele Vorräte aller Art einzulagern, um Ihre Teilhabe am Waren- und Wirtschaftsverkehr während der kritischsten Phasen der Großen Depression und der Hyperinflation nicht auf ein absolutes Minimum wie dem Bezahlen der Miete, der Wohnnebenkosten, des Krankenkassenbeitrages, der noch notwendigen Versicherungen etc. zu reduzieren?

Und sich statt der eigentlich genauso ungedeckten genannten Valuta lieber

Silber-10-Euromünzen,

Silber-5-Euromünzen,

Silber-DM-Münzen und auch lieber

Silberschillingmünzen

gegen Aufpreis von einem Münzhändler zu besorgen, wenn Sie schon nicht mehr bei den Filialen der Deutschen Bundesbank oder der Österreichischen Nationalbank in größeren Mengen ab 25 Stück (= 1 Münzrolle) erhältlich sind?

10. Die Problematik von fragwürdigen früher getätigten Investments

Schulden und vor allem hohe Schulden, selbst und gerade wenn diese mit einer Immobilie zum heutigen Marktwert „besichert“ sind, sind für KEINEN Menschen, egal ob er jung oder alt ist, dauerhaft tragbar und ungefährlich.

Dauerhaft besteht über mehrere Jahrzehnte lang eine enorme Abhängigkeit von dem kreditgebenden Geldinstitut und unterschwellig schwingt bei vielen Kreditnehmern die Angst mit „Ich darf meine Arbeit um keinen Preis verlieren. Ich muss den Aufstieg schaffen sonst ...“

So werden viele unterwürfige Lohn- und Schuldklaven, die am Schluss oft an diversen vegetativen Erkrankungen leiden, erzeugt.

Und wenn es sehr schlecht läuft, steht man sogar heute relativ „schnell“ binnen ca. 2 Jahren ohne Haus, aber mit einem Berg von Restschulden dar, wie viele abschreckende Beispiele aus TV-Berichten belegen!

Und wie wird das erst während des vollen Ausbruchs der Großen Depression mit der sie bald begleitenden Hyperinflation sein, wenn viele Immobilien wie während der Depression der dreißiger Jahre (damals noch ohne begleitende Hyperinflation!) real um nahezu 90 Prozent im Wert innerhalb weniger Jahre verfallen könnten? (vgl. G. Hannich, die kommende Eurokatastrophe. Ein Finanzsystem vor dem Bankrott, 2009, S. 202)

Glauben Sie nicht, die kreditgebenden Institute könnten bei einem derartig realen dramatischen Wertverfall vorher die Reißleine ziehen und Ihre Grundschuld an Grundschuldverwerter wie z.B. LONE STAR weiter verkaufen? Und diese versuchen dann, diese über die Zwangsvollstreckung Ihres hübschen Häuschens möglichst ertragreich zu verwerten?

Unserer Einschätzung nach sind Sie nämlich u.U. als Alters-Rentner mit Restschulden auf dem Haus viel gefährdeter, Ihr Haus durch diesen im Verlaufe der Hyperinflation stattfindenden Grundschuldbriefverkauf oder auch durch eine Zwangsvollstreckung zu verlieren, weil Ihre Rente effektiv gesenkt

wird und Sie ja keine weiteren Einnahmequellen wie z.B. eine Lohnerhöhung bekommen werden. Selbst wenn im Verlaufe der Hyperinflation die Renten immer wieder angepasst werden sollten, so werden diese „Rentenanpassungen“ massiv hinter den Preissteigerungen für Grundnahrungsmittel und Energie hinterherhinken! Und für die Bedienung Ihres selbst aus heutiger Sicht geringfügigen Kredites werden Sie KEIN Geld mehr übrig haben!

Noch schlimmer könnte es Ihnen ergehen, wenn Sie eine vermietete Immobilie zur „Kapital(-Vernichtungs-)Anlage, die noch dazu „aus steuerlichen Gründen“ mit einem hohen Darlehen belastet ist, haben. Wenn diese dann auch noch am falschen Ort wie z.B. „Neufünfland“, das sehr, sehr lange brauchen wird, sich von der Größten Depression aller Zeiten wirtschaftlich zu erholen, vor allem wenn der bisher üppig sprudelnde „SOLI“ aus dem Westen NICHT mehr kommen sollte, steht, sieht es ganz düster für Sie aus. Die im Verlaufe der Hyperinflation erfolgenden staatlich verordneten „Mietdeckelungen“ wie schon 1923 könnten Ihnen dann den ob der fehlenden Kostendeckung den finalen finanziellen „Coup de Grace“ versetzen und Sie in die Privatinsolvenz treiben! Oder Sie würden vielleicht sogar die Immobilie, in der Sie jetzt an Ihrem Wohnort leben, schnell verlieren?!. Darum muss ich jetzt den vielzitierten Satz von Dipl. Ing. Walter K. Eichelburg nochmals wiederholen: GET RID OFF DEBT NOW OR YOU ARE DOOMED! (frei übersetzt: Verkaufen Sie Ihre überschuldete Immobilie SCHNELL oder Sie sind verloren!)

Für andere fragwürdige „Finanzprodukte“ wie Anteile an diversen geschlossenen und noch „offenen,“ die von den emittierenden Banken und Gesellschaften bei zu hohem Kapitalabfluss über Nacht zu geschlossenen Fonds erklärt werden können, gilt das gleiche: Schnell weg damit, auch wenn der jetzige Verlust schmerzen sollte!

Aber noch ist ein kleines Zeitfenster offen, sich von allen Ihren fragwürdigen und später in der Hyperinflationszeit existenzbedrohenden Investments zu trennen. Existenzbedrohend deshalb, weil Sie z.B. Ihre Annuitendarlehensraten für Tilgung und erheblich gestiegene Zinsen wegen einer eventuellen Inflationsindexierung auch für HEUTE fest vereinbarte Zinssätze NICHT mehr leisten können! Oder weil das Finanzamt irgendwelche Steuervorteile für diverse „virtuelle“ Kapitalmarktsprodukte rückwirkend aberkennen wird und bei

Ihren Fonds sogar noch eine hohe Nachschusspflicht auf Sie zukommen könnte. Glauben Sie wirklich, Sie könnten dann diese finanziellen Mausefallen noch loswerden? Wir wagen zu behaupten, nicht einmal geschenkt wird sie jemand haben wollen! Dann werden Sie dem schlechten (bereits ausgegebenes) Geld noch gutes (knappes) Geld hinterherwerfen müssen! Also weg mit diesen fragwürdigen Investments!

11. Die weitreichenden Risiken von valuierten und non-valuierten Grundschulden für alle Immobilieneigentümer in der BRD

Das Thema „Grundschuld“ hat nur auf den ersten oberflächlichen Blick nichts mit dem Thema unserer Abhandlung, der Alterssicherung, zu tun. In Wirklichkeit haben gerade Immobilien und damit auch Grundschulden sehr viel mit dem Thema „Rente“ zu tun. Neben der staatlichen DRV-Rente, der Zusatzrente oder der Betriebsrente und einer Privatrente aus einer Kapitallebens- oder Privatrentenversicherungen wird sogar von der Finanz-„Industrie“ selbst eine schuldenfreie Immobilie im Rentenalter immer wieder als „4. Rentenstandbein“ deklariert und in vielen Hochglanzbroschüren von Bausparkassen und Banken angepriesen.

Bei vielen Rentnern und Rentnerinnen ist es auch in der Praxis so: oft niedrigere Renteneinnahmen gleichen sie durch geringere Aufwendungen für die eigengenutzte Immobilie aus. So erklärt sich auch unsere Besorgnis hinsichtlich der Thematik „Grundschuld“ gerade für Rentner(innen)!

Das Risiko Grundschuld ist leider den meisten Immobilieneigentümern NICHT auch nur annähernd bekannt. Sehr gut verständlich stellt es Marc Lehmann in seinem WELT ONLINE Artikel „Risiko Grundschuld“ vom 01. Juni 2008 dar.

Bei der Finanzierung einer Immobilie schließt der Käufer meist zwei „Rechtsgeschäfte“ ab. Zum einen geht er einen Kreditvertrag mit dem finanzierenden Geldinstitut ein. Zum anderen lässt er zugunsten seines Kreditgebers eine Grundschuld im Grundbuch eintragen. „Damit kann die Bank im Prinzip jederzeit die Zwangsvollstreckung der Immobilie vornehmen. Das Besondere an der Grundschuld: Sie besteht anders als eine Hypothek unabhängig von den tatsächlichen Schulden.“ (Risiko Grundschuld, Seite 1)

Theoretisch könnte demnach der Immobilienkreditgläubiger zweimal abkassieren, einmal durch die Rückzahlung der Kredites und ein zweites Mal

durch die Zwangsvollstreckung der Immobilie. Um das zu verhindern, wird zwischen den zwei Vertragsparteien eine sogenannte „Sicherungsabrede“ vereinbart. Damit verpflichtet sich der Kreditgeber, nur im Rahmen der verbliebenen Kreditschuld zu vollstrecken und nach der vollständigen Kreditrückzahlung per „Löschungsbewilligung“ auf die Grundschild zu verzichten. Mit dieser Löschungsbewilligung kann der Immobilieneigentümer den Grundschild eintrag im Grundbuch entfernen lassen. Damit entgeht der Immobilieneigentümer in jedem Fall einem etwaigen Missbrauchsrisiko, falls die Grundschild z.B. durch Weiterverkauf in falsche Hände geraten würde. Denn der Käufer der Grundschild könnte sonst die eigenständige Grundschild vollstrecken lassen. Soweit zum Risiko der noch eingetragenen non-valutierten Grundschild von Seiten der kreditgebenden Bank her.

Laut einem Leserkommentar zum o.g. WELT ONLINE Artikel vom 30.07.2009 zeigen die Banken deshalb ein so großes Interesse daran, dass Sie Ihre abgezahlte, non-valutierte Grundschild „stehen“ lassen, weil sich die Banken für jeden Euro Grundschild ganz legal 9 Euro Giralgeld auf Girokonten drucken darf. Für z.B. 100.000 Euro eingetragene Grundschild darf sich die Bank 900.000 Euro Geld „aus dem Nichts“ bei sich gutbuchen. Sie als Bankkunde stellen mit Ihrer Immobilie (Grundschild!) die Sicherheit von derzeit minimal 10 Prozent. Wollen Sie das wirklich?

Nun zur Aufgabe einer noch eingetragenen non-valutierten Grundschild für all die staatlichen Lastenausgleichsabgaben.

Wenn im Grundbuch eine Grundschild von 500.000 Euro (= Sachenrecht) auf Ihre Immobilie eingetragen ist, diese aber nur noch 0 Euro kreditmäßig valutiert ist (= Schuldrecht), d.h. alle Schulden abbezahlt sind, könnten Sie dann vom Fiskus sofort mit 500.000 Euro Lastenausgleich belastet werden, da Sie sachenrechtlich als Schuldner gegen sich selbst angesehen werden. Nicht einmal die Eigentümer, die zwar die Grundschilden „stehen gelassen“ hatten, aber den Hypothekarbrief von ihrer Bank ausgehändigt bekommen hatten, blieben 1948 davon verschont.

Die einzige Chance für Sie bestünde (1. Konjunktiv) darin, dass Sie, falls Sie Ihre Schulden nicht mehr ganz tilgen könnten (2. Konjunktiv), die im Grundbuch eingetragenen Grundschilden regelmäßig auf die weniger werdenden Kreditschilden anpassen ließen (3. Konjunktiv).

WICHTIG

Wenn alle Kreditschulden getilgt sind, sollten (4. Konjunktiv) Sie dem Grundschuldeintrag im Grundbuch löschen lassen!

Ihre Immobilie stünde (5. Konjunktiv) dann mit keinem Grundschuldeintrag mehr im Grundbuch! Und damit dürfte (6. Konjunktiv) sich der sofortige und problemlose Eintrag einer auf den Ursprungsdarlehensbetrag aufvalutierten Grundschuld zugunsten des „Räubers Nummer 1“ als extrem schwierig gestalten!

Und vielleicht, vielleicht könnten Sie dann bei entsprechend exhibitionistischen Obstinat-sein sogar günstigere Bedingungen aushandeln? Ob Sie komplett verschont bleiben, vermag ich als Rechtslaie nicht zu beurteilen. Ich will diese Überlegungen auch KEINESFALLS als Ratschlag oder Handlungsaufforderung verstanden wissen, sondern nur als lautes Studieren des mir vorliegenden Recherchematerials! Mehr nicht. Und wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

N.B. die anfallenden Notariats- und sonstigen Gebühren sind ein sprichwörtlicher „Fliegenschiss“ im Vergleich zu ca. 30 Jahren Lastenausgleichszahlungen mit Verzinsung auf ca. 25 bis 50 Prozent des Restwertes Ihrer Immobilie zu einem bestimmten, vom Räuber Nummer 1 festgelegten Stichtag!

Inwieweit Ihnen zusätzliche extrem wertsenkende Maßnahmen legal offen stehen vermag Ihnen nur ein versierter Fachanwalt zu erklären.

Denn wohlgemerkt, diese Mal werden die diversen, an den Staat zu entrichtenden Lastenausgleichsmaßnahmen nicht allein auf der noch eingetragenen Grundschuld basieren. Dieses Mal wird ob der ungeheuren, vom Staat für den Neustart benötigten Summen und ob des ungeheuren Wertes der sich meistens in Bestqualitätszustand und oft noch in gesuchten innerstädtischen und Stadtrandsbezirkslagen befindlichen Immobilien mit Topausstattung nach 65 Jahren Frieden (eigentlich: Waffenstillstand, denn einen offiziellen Friedensvertrag zwischen dem Deutschen Reich respektive seinem möglichen Rechtsnachfolger BRD und den ehemaligen alliierten Kriegsgegnern gibt es bekanntlich nach wie vor NICHT!) und 60 Jahren ungehindert sich aufbauendem Wohlstand die Lage völlig anders sein: der WERT, ja der individuelle WERT Ihrer Immobilie wird bei der Festsetzung der

beizumessenden Lastenausgleichabgaben eine sehr gewichtige Rolle spielen müssen!

1924 und 1948 bzw. 1953/54 war die Situation völlig anders.

1924 waren viele Häuser nach zehn Jahren Weltkriegszeit, turbulenter Nachkriegszeit und Hyperinflation heruntergekommen. 1948 und 1953/54 war es nicht viel anders. Nur kamen damals noch die ungeheuren, schier endlosen Zerstörungen durch die alliierten „Terror-Bomber-Flotten“, die eintausend Jahre europäische Kulturgeschichte und Aufbauleistung pulverisierten und zerstörten sowie die NS-Vernichtungsmaschinerie in den KZs, die eintausend Jahre jüdische Kulturgeschichte mit den 5 Millionen Opfern der Shoa eliminierte, hinzu.

Es blieb dem Staat damals nur der Rückgriff auf die Grundschild. Zudem waren die noch stehenden Häuser wesentlich einfacher gebaut und oft erst notdürftigst von den sogenannten „leichteren Bombenschäden“ repariert.

Nochmals, heute wird der staatliche Rückgriff auch auf den Immobilienwert und den Wert des Umfeldes und der Infrastruktur erfolgen, so wie dies laut SZ ONLINE.de vom 01.02.2010 „Stadt kassiert Gebühren in sanierten Vierteln“ in Dresden bereits erfolgt.

Die Kommunen stehen bereits heute in 2010 vor dem finanziellen Kollaps mit einem für 2010 projektierten Rekordfinanzierungsloch von 12 Milliarden Euro. (Vgl. Florian Hassel, Finanznot der Kommunen. Liste der Grausamkeiten raubt Lebensqualität, in: WELT ONLINE vom 02.02.2010, Seite 1), einer fast 300 Seite langen Sparliste, die allein Duisburg beschloss (!!!), in 2009 7,1 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen bei Gesamteinnahmen von 171 Milliarden Euro (vgl. WELT ONLINE, Seite 2)

Am schlimmsten jedoch ist als Folge der kommunalen Finanznot das folgende Phänomen: die sogenannten „Kassenkredite“, das öffentliche Gegenstück zu ungedeckten Kontoüberziehungen eines Privatmannes“ (vgl. WELT ONLINE, Seite 2), die Ende September 2009 33,8 Milliarden Euro bei steigender Tendenz betrogen (vgl. WELT ONLINE, Seite 4)

Der geschilderte desolate Zustand der Kommunalfinanzen soll Ihnen aufzeigen, welche Begehrlichkeiten Ihre Immobilie als eine Art immerwährender „Golddukatenesel“ bei Ihrer Kommune wecken könnte und wird!

- a) Die massive Anhebung des Hebesatzes für die jährlich zu entrichtende Grundsteuer
- b) Die massive Erhöhung sämtlicher kommunaler Gebühren wie Wasser, Abwasser, Fernheizung, Straßenreinigung, Anschlussgebühren
- c) Die Einführung von „Phantasiegebühren“ wie in Dresden
- d) Die Nachforderung von Erschließungsgebühren, deren Installation oft Jahre und Jahrzehnte zurückliegt (immer wieder tauchen in den Medien entsprechende Berichte auf)
- e) Die Verhängung von Strafgeldern, weil Sie mittels Ihrer in Ihrem eigenen Garten durchgeführten Bepflanzung angeblich gegen die besitzvernichtende und –verneinende „Vorgartenverordnung“ verstoßen haben!
- f) Die Verhängung von Strafgeldern, weil sich Ihr Bauträger angeblich NICHT an die strengen Planvorgaben gehalten hat
- g) Das enorme Hochschrauben der Energiekosten
Alle diese „Nebenkosten-Erhöhungen“ werden es gerade während der Hyperinflation vielen Immobilieneigentümern, darunter vielen Rentnern, unmöglich machen, ihre geliebten und mit viel Mühen und Geld über ein ganzes Arbeitsleben erbauten Immobilien weiter zu unterhalten! Und von all den geschilderten Schröpfungsmaßnahmen, von denen viele bereits installiert sind, zur auch kommunalen vehement geforderten und erfolgreichen Installation diverser von Ihnen zu leistender Lastenausgleichsabgabenzahlungen ist es nur noch ein kleiner letzter Schritt!

Im Klartext heißt dies: nicht nur der Staat als Bund, sondern auch die Bundesländer und vor allem die Gemeinden und Magistrate werden sich über bestimmte Lastenausgleichsabgabenzahlungen für den Neustart refinanzieren müssen!

Denkbar hierbei sind die besagte Energiesparabgabe, die Flächenverbrauchssteuer, die „Luxuskategorieabgabe“ à la Dresden, die Grundsteuer und andere normale Nebenkostenabgaben, die Sie dann vielleicht zur Füllung des leeren Stadtkämmerersäckels nach der Währungsreform 2 bis 4 Jahre im Voraus entrichten müssten?

Da der Immobilienmarkt zu diesem besagten Zeitpunkt sowieso tot sein wird, wird auch keinerlei Rücksicht von staatlicher und kommunaler Seite mehr darauf genommen werden.

Vielleicht, ja vielleicht ist es sogar im Sinne der Kommunen, wenn diese sich auf diesem Wege sehr günstig das Eigentum an für die Stadt notwendigen Grundstücken und Häusern verschaffen kann?

Das wird übrigens auch der besagte Zeitpunkt sein, wo so gut wie niemand wegen all der anfallenden und möglichen und sofort zu entrichtenden Kosten und Lastenausgleichsabgabenzahlungen in Immobilien investieren will und Sie für „ein paar Unzen Gold oder Silber“ ein Haus oder eine große Eigentumswohnung erwerben können!

Ein furchtbarer Verdacht beschlich mich überdies in diesem Zusammenhang: Kann es sein, dass ein sehr, sehr hoher Prozentsatz von Grundbucheinträgen nach wie vor non-valutierte Grundschulden teilweise über Generationen eingetragen haben, obwohl die Darlehen längst getilgt sind, und die jeweiligen Immobilieneigentümer überhaupt KEIN Immobiliendarlehen mehr aufnehmen wollen, weil sie anstehende Renovierungen aus ihren Ersparnissen bestreiten könnten? Wie hoch könnte demnach der Prozentsatz der noch eingetragenen non-valutierten Grundschulden sein? 60, 70, 80 oder gar 90 Prozent?

Ich gehe von einem sehr hohen Prozentsatz aus. (Aber vielleicht bestünde (Konjunktiv) für eine(n) Leser(in) mit Zugang zu Grundbuchdaten die Möglichkeit, mir anhand einer durchgeführten Stichprobe einfach nur den Prozentsatz für ein bestimmtes Grundbuch-Einzugsgebiet mitzuteilen?) Damit gäbe es wahrscheinlich Millionen von potentiell zu verwertenden Grundschulden: „Sharks, take your bites!“

Mit Hilfe der Objektfotos, die man orts- und straßenweise im Internet problemlos abrufen kann, könnte der Grundschuldverwerter, der bereits Kenntnis von der Grundschuldbelastung der Majorität der deutschen Immobilien hat, schon heute mit seiner Auswahl-Recherche über hervorragende Objekte anfangen und eine „abzuarbeitende“ Auswahlliste für den Tag X, wo der Grundschuld-Verwerter Grundschulden günstig und nach bestimmten Auswahlkriterien von den Banken erwerben kann anlegen!

Und wenn Sie Pech haben, ist Ihre Immobilie mit auf der Liste! Und ob Sie im Chaos, das dem Aktiencrash, den Bank Holidays, den Staatsbankrotten etc.

etc. unweigerlich folgen wird, Ihre komplette Schuldentilgung beim richtigen Ansprechpartner bei Ihrer Bank kurz vor oder nach dem Abverkauf Ihrer Grundschuld oder bei einem Mitarbeiter der Grundschuldverwertungsfirma noch rechtzeitig beweisen werden können, erscheint eher sehr fraglich. Zumal wenn Ihnen Ihre Daten bei der Bank – aus welchen Gründen auch immer – NICHT MEHR (SOFORT) zugänglich sein könnten! Sie können jedoch versichert sein, der Grundschuldverwerter, der es auf Ihre Immobilie abgesehen hat, wird sehr gut vorbereitet sein und Ihnen keine zweite Chance einräumen!

Die knappen Fristen, die man Ihnen dann setzt, werden gegen Sie arbeiten!

Für eine Löschung Ihrer non-valutierten Grundschuld beim Grundbuchamt, sofern dieses überhaupt noch offen ist und arbeitet, wird es dann zu spät sein! Denn dafür bräuchten Sie ja die Löschungsbewilligung Ihres ehemaligen Darlehensgebers, der Sie Ihnen dann aber nicht mehr geben kann oder will, weil er beabsichtigt, Ihre non-valutierte Grundschuld weiter zu veräußern oder es bereits getan hat! Und dann? Good bye, home sweet home!

Die von der Bundesregierung im Sommer 2008 durchgeführten Gesetzesänderungen zur besseren Absicherung der Grundschuldner vor den o.g. Grundschuldverkäufen und den daraus resultierenden möglichen Zwangsvollstreckungen beantragt durch die neuen Grundschuldinhaber scheinen NICHT ausreichend zu sein.

Ohne Ihnen Angst machen zu wollen, gerade für Sie als Altersrentner(in) besteht ein viel höheres Risiko, weil Ihnen vielleicht die Kraft und die Nervenstärke und die Reaktionsschnelligkeit fehlt, adäquat auf die Bedrohung Ihres Heims zu reagieren?

Laut focus.de Artikel vom 01.07.2009 betragen die Kosten für die Löschung einer Grundschuld in Höhe von 150.000 Euro nur ca. 300 Euro. Bei einem Verkauf müssten Sie Ihre Immobilie sowieso lastenfrei stellen lassen und die Grundschuld löschen lassen. Denn ganz selten können Käufer den akkuraten Grundschuld-Betrag noch dazu beim gleichen Geldinstitut, zum Zeitpunkt des Kaufes übernehmen. Warum also nicht auf Nummer Sicher gehen und die noch eingetragene non-valutierte Grundschuld löschen lassen???

Die größte Grundschuld-Neutronenbombe tickt aber bei folgenden Rechtskonstrukten, nämlich bei

- a) Sogenannten „Eigenheim“-Anlagen, wo Reihenhausbesitzer nicht jeweils eine eigene Flurnummer für ihr Grundstück haben, sondern, wo sich die Eigenheimeigentümer ein oder mehrere Flurnummern teilen und sich jeweils ein „Sondernutzungsrecht“ zuweisen. Und wo Zufahrtsstraßen und –wege nicht im öffentlichen (= kommunalen) Eigentum sind, sondern im Privatbesitz all der betroffenen Eigentümer. Unter bzw. neben diesen Privatstraßen verläuft oft die gesamte Erschließung, die auch noch im Privatbesitz ist.
- b) Sogenannte private Kleingarten- bzw. Wochenendhausanlagen mit dem gleichen beschriebenen Modus, wo sich die betroffenen Eigentümer den Grund per Miteigentum bzw. Teileigentum teilen. Wichtig bei a und b ist, dass die individuellen Grundschulden der einzelnen Parzellennutzer, die ihre Parzellen schuldrechtlich zugeordnet bekommen zur individuellen Sondernutzung, nicht nur den jeweiligen Miteigentumsanteilen an den Parzellenblöcken zugeordnet werden und eingetragen werden, sondern insbesondere alle Grundschulden aller Parzelleninhaber auch auf sämtliche Verkehrsflächen mit Erschließung ins Grundbuch unter Abteilung III (Belastungen) eingetragen werden! (Mir selbst ist ein solch konkreter Fall bekannt!)

Die Konsequenzen für alle betroffenen Eigentümer sind folgendermaßen: Befinden sich alle Flächen eines Blocks im Teileigentum, sind bei Insolvenz eines Teileigentümers im Block wenigstens die anderen Teileigentumspartellen vor Zwangsvollstreckung und Versteigerung geschützt! Befinden sich alle Flächen der Anlagen, egal ob es Parzellen – oder allgemeine Verkehrsflächen sind, nur im Miteigentum (mitgefangen - mitgehungen!) kann bei Insolvenz eines Miteigentumshalters in die gesamte Fläche zwangsvollstreckt werden.

In jedem Fall kann ein findiger Investor, bei der infolge der Zwangsvollstreckung angesetzten Zwangsversteigerung versuchen, nur die Verkehrsfläche zu ersteigern. Damit kontrolliert er diese Privatstraße mit all ihren privat getätigten Anschlüssen und kann quasi „Wegezoll“ verlangen! Auch werden die Versorgungsverträge mit den Stadtwerken für solche „Datschen“-Kolonien oft aus Kostenersparnisgründen als sogenannte „Generalverträge“ vergeben. Wenn unser findiger Investor die

Privatstraße mit den Anschlüssen kontrolliert, könnte er auch diese Verträge kontrollieren!

Die Auswirkungen auf die Anlage mit oft 100 und mehr Datscheninhabern wären katastrophal! Eine effektive Schutzmöglichkeit bestünde nur in einer bestimmten Art von notariellen Nachtrag, den aber alle Miteigentümer beim Notar unterschreiben müssten!

Und, wohlgemerkt, diese Erläuterungen gelten nur für Kleingarten- und Wochenendhauskolonien, gebaut auf nicht-gepachtetem Grund im Privatbesitz der Parzelleninhaber in Form von Mit- bzw. Teileigentum mit Privatstraßen und Privatwegen und Privaterschließung, nicht für von den Kommunen gepachtete Parzellen!

Ich meine jedoch, um vor großen Schaden bewahrt zu bleiben, besteht für viele Privatanlagen dieser Art notarieller Beratungsbedarf. Die o.g. Situation trifft nicht auf Eigentumswohnungsanlagen zu, weil hier das WEG (= Wohnungseigentumsgesetz) greift und Wohnhäuser (meistens) an öffentlichen Straßen liegen.

Interessant für Eigentumswohnungseigentümer dürfte eher vielmehr sein, wer bei Insolvenz von Miteigentümern im Haus für die ausstehenden Rechnungen bei Hausverwaltung und Versorgern gerade stehen muss? Hat ein Hausverwalter in solchen Fällen das Recht, eine Art Zwangshypothek auf die betroffene Wohnung eintragen zu lassen? Ab welcher Schuldenhöhe kann er oder die Eigentümergemeinschaft die Zwangsversteigerung betreiben? Dürfen Versorgungsunternehmen bei Nicht-Bezahlen von Rechnungen durch einzelne Eigentümer quasi dem ganzen Haus die Heizung oder das Wasser abdrehen? Bisher angeblich NICHT! Bei Strom besteht ja eine individuelle Kappungsmöglichkeit!

Aber ist dies ratsam, wenn dann die betroffenen Eigentümer / Mieter ohne Strom mit Kerzen und offenem Feuer in den Wohnungen herumhantieren?

Diese Überlegungen mögen vielleicht wie diejenigen eines „Worry Wart“ (= Angsthasen) erscheinen, aber die kommende Superkrise wird uns mit mancher bisher nicht gekannten Situation konfrontieren!

Fazit:

Die Grundsschuldenproblematik ähnelt ob ihrer rechtlichen Eigenständigkeit in der BRD und vor allem wegen der völligen Unkenntnis eines Großteils der

Bevölkerung darüber einer langsam tickenden Neutronenbombe mit wahrscheinlich extrem desaströsen Auswirkungen auf die zukünftigen Eigentumsverhältnisse der Bevölkerung im Immobiliensektor! Aufklärungs- und Beratungsbedarf durch Notare tut not!

Eine persönliche Frage sei mir hier erlaubt: Besteht hier von irgendwelchen Seiten wie z.B. den Banken und dem Staat, insbesondere dem „Bund“ und den Kommunen, ein großes Interesse daran, das die Bevölkerung hinsichtlich der diversen kommenden Notmaßnahmen wie Grundschuldkauf an Verwerter und Lastenausgleichsmaßnahmen per Zwangs-Grundschuldkauf weiterhin in nahezu völliger Ahnungslosigkeit verharrt und somit schutzlos ausgeliefert ist???

Hinweise für österreichische Pensionisten und Pensionistinnen:

Das österreichische Recht hinsichtlich Immobilien und Grundschuld scheint derzeit mehr Schutzrechte für den Grundstücks- respektive Immobilieneigentümer zu bieten. Aber da ich nicht in Jus inskribiert war, vom Besuch einiger Rechtsvorlesungen abgesehen, kann ich jeden österreichischen Immobilieneigentümer nur die Eigenrecherche und die Fachberatung durch einen Advokaten wärmstens empfehlen. Bisher gab meines Wissens noch KEINERLEI staatliche Lastenausgleichsmaßnahmen in der österreichischen Geschichte. Die Vermögensbeschlagnahmen nach 1945 von sogenannten „Reichsdeutschen des Altreiches“, die nach 1938 im Zuge des sogenannten „Anschlusses“ in die „Ostmark“, der offizielle Name für Österreich in der „lingua tertii imperii“ (Viktor Klemperer), übersiedelt waren, erfolgten im Rahmen der auf Initiative der Alliierten vorgenommenen Entnazifizierungsmaßnahmen als eine Art Bestrafung und Sühnmaßnahmen. (Der weitere Gebrauch des Begriffes „Österreich“ im 3. Reich führte übrigens zu KZ Haft und im Falle einer österreichischen Ordensschwester, die verletzte Soldaten während des Krieges in einem Lazarett pflegte und ihnen ein Lied beibrachte, das das Land Österreich lobend beschrieb, wegen sogenannter „Wehrkraftzersetzung“ zur Hinrichtung durch das Fallbeil!)

Weiters wurde nach dem 2. Weltkrieg weiteres „reichsdeutsches Vermögen“, darunter auch die österreichischen Besitzungen der Esterhazys (ca. 50.000

ha), die nach dem 1. Weltkrieg irgendwie zu einer Staatsbürgerschaft gekommen waren und der Besitz vieler österreichischer Nazis beschlagnahmt. Teilweise erfolgte nach 1949 wieder eine Restitution des beschlagnahmten Sachvermögens in Zusammenhang mit der Gründung der „3. Partei“, der FPÖ (= Freiheitliche Partei Österreichs), in der sich all die Österreicher sammelten, die bis 1949 infolge ihrer Nazi-Vergangenheit das aktive und passive Wahlrecht eingebüßt hatten, denn weder die sozialistische SPÖ noch die christliche ÖVP wollte die „Ex-Hakenkreuzler“ in ihren Reihen haben. Österreich hatte mit ca. 1 Million NS-Parteimitglieder und Familienangehörige relationsmäßig einen viel höheren Nazianteil als Deutschland selbst!

Auch nach der Hyperinflation des 1. Weltkrieges ist es meines Wissens nach zu keinen irgendwie staatlich verordneten österreichischen Vermögensabgaben gekommen. Denn es gab nahezu KEIN Vermögen mehr! Die Eliten und der Adel hatten ihren Besitz durch Enteignungen in den alten Kronländern z.B. in der ČSR eingebüßt, der Krieg und seine Nachwirkungen hatte den größten Teil des Volksvermögens verschlungen. Die Zinshäuser des Bürgertums in Wien waren durch die 1915 eingeführten und bis heute geltenden Mietdeckelungsgesetze nahezu wertlos.

Nur der land- und forstwirtschaftliche Grundbesitz der Kirche und des Hochadels und der Bauern stellte neben den noch vorhandenen Industriebetrieben noch einen Wert dar. Diejenigen Mitglieder des Hauses Habsburg, die eine Loyalitätserklärung gegenüber der Republik Österreich abgaben, konnten ihren Besitz retten.

Dieses Mal wird es in Österreich meiner Einschätzung nach leider anders verlaufen müssen.

Sollte (= 1. Konjunktiv!) die Republik Österreich infolge der schlagend werdenden Ostkreditgarantien der österreichischen Banken und infolge des Wahnsinns der Hypo Alpe Adria Group, des Danaer Geschenks unserer lieben bayerischen Freunde, vor den PIGS und vor Deutschland in den Staatbankrott gehen, dann stünden (= 2. Konjunktion) Österreich eigentlich nur 3 Alternativen offen

1. sofortige finanzielle Hilfen durch IWF und EZB

2. ein Zusammenstreichen aller Staatsausgaben und die Einführung von diversen „Lastenausgleichsabgabemaßnahmen“ auf alle Vermögenswerte der Bevölkerung
3. das Ersuchen um den „Anschluss“, d.h. die Aufnahme in die Währungs- und Wirtschaftsgemeinschaft mit Deutschland mit einer gemeinsamen neuen Währung, der „DM II“, ähnlich wie es die kollabierende DDR 1990 tat.

Die Alternative 1 würde (= 3. Konjunktiv) ob des ungeheuren Bankrottolumens von ca. 200 bis 300 Milliarden Euro für die abgegebenen Bankgarantien plus die mir derzeit unbekannten Altschulden plus die Neuschulden der Republik Österreich, der Bundesländer und der Gemeinden und Magistrate sowie diverser Sozialversicherungsträger und Pensionskassen infolge zurückgehendem Steuer- und Beitragseinnahmen definitiv NICHT ausreichen!

Auch die Alternative 2 dürfte (= 4. Konjunktiv) von der österreichischen Bevölkerung von ca. 8 Millionen, d.h. etwa einem Zehntel der BRD-Bevölkerung angesichts des grob geschätzten Gesamtbedarfs von vielleicht etwa 500 bis 600 Milliarden Euro definitiv NICHT alleine zu schultern sein!

Das wäre so, als ob in der BRD auf einen Schlag ca. 5 bis 6 Billionen Euro (= 5000 – 6000 Milliarden Euro) fällig würden!!!

Bleibe (= 5. Konjunktiv) damit, wenn die österreichische Regierung durch die „Lastenausgleichsmaßnahmen“ der Alternative 2 die österreichische Bevölkerung nach dem Totalverlust ihrer Kassa-Einlagen, Lebensversicherungen und Pensionen etc. nicht vollends, d.h. approximativ zu 75 %, verarmen wollte (6. Konjunktiv), nur die Alternative 3, nämlich das Ersuchen um eine SOFORTIGE Währungs- und Wirtschaftsunion (mit späterer politischer Union in welcher Form auch immer?), um das böse Wort „ANSCHLUSS“ zu vermeiden, mit der noch solventen bzw. solventeren BRD, um einen sofortigen Kollaps der Wirtschaft und öffentlichen Ordnung in Österreich abwenden zu können???

Wahrscheinlich ginge es sich nur mit Alternative 3 noch gut aus!

Die Pensionsregelungen, das Steuer-Reglement etc. etc. etc. würden (7. Konjunktiv) dann wahrscheinlich mit einer kurzen Übergangsfrist an die DEUTSCHEN Verhältnisse angepasst werden. Ob es weiterhin „Reservatsrechte“ z.B. für das österreichische Immobilien- und Grundbuchrecht

geben könnte (= 8. Konjunktiv), glaube ich eher nicht. Der deutsche Ordnungs- und Reglementierungswahn würde keine österreichischen Sonderrechte in wirtschafts- und finanzpolitisch relevanten Bereichen dulden! Lastenausgleichsmaßnahmen werden (= Indikativ) Österreich und damit alle Österreicher und Österreicherinnen spätestens nach der globalen Hyperinflation auch treffen, egal, ob sich dann noch in einer eigenständigen Republik Österreich leben oder nicht.

Die Staatsvertragsbestimmungen hinsichtlich eines Verbotes eines „Anschlusses“ an Deutschland würden über irgendein Konstrukt oder in direkten Verhandlungen mit den alliierten Garantiemächten des Staatsvertrages „ausgehelt“ werden. Denn keiner will ein instabiles, bankrott Österreich in der Mitte Europas sehen.

Zu diesen Überlegungen wurde ich durch einen lieben Freund in Wien angeregt. Liebe Österreicher und Österreicherinnen, liebe Europäer, wir alle werden (Indikativ) durch die kommenden wirtschaftlichen und finanziellen Giga-Verwerfungen und Staatsbankrotte mit anschließender globaler Hyperinflation in den fragwürdigen Genuss von diversen Lastenausgleichsabgabemaßnahmen kommen.

Unserer Einschätzung nach könnten (9. Konjunktiv) die deutschen historischen Vorgaben diesbezüglich sogar als „Modell“ für alle anderen Länder dienen. Wiederum würde (10. Konjunktiv) es weltweit heißen: „Am deutschen (Lastenausgleichs-)Wesen soll die Welt genesen!“

Die einzige Chance für die Republik Österreich bestünde (11. Konjunktiv) darin, dass eventuell die PIIGS und Bayern mit seiner glorreichen Bayerischen Landesbank vor Österreich in den Bankrott gingen (12. Konjunktiv). Dann fiel (13. Konjunktiv) ein späterer österreichischer Bankrott nicht mehr so auf!

Wie dem auch sei (14. Konjunktiv), die Bedrohungen für Sie als österreichische Pensionisten und Pensionistinnen ist zwar versteckter, aber genauso real!

Seien Sie auf der Hut! Lassen Sie sich fachanwaltlich beraten hinsichtlich der eventuellen Brisanz der Grundschulddproblematik!

Die Pensionskürzungsgefahr aufgrund massiver Beitragseinnahmerrückgänge etc. ist für Sie genauso real wie für Ihre deutschen Pensionistenkollegen! Mit ca. 2,177 Millionen Pensionisten und Pensionistinnen entsprechen Sie in der Relation in etwa dem gleichen Wert wie

die ca. 20 Millionen deutschen Rentner und Rentnerinnen. In diesem Zusammenhang danke ich auch den Zusendern für die links zu den verschiedenen österreichischen Pensionskassen, die ich zu gegebener Zeit auswerten werde.

12. Die Problematik von noch schuldenbelasteten eigengenutzten, älteren Immobilien mit einem potentiellen Renovierungsstau

Viele Altersrentner haben in jungen Jahren gebaut und wohnen im Rentenalter immer noch in diesen mit viel Mühen und „Muskelhypothek“ erbauten Häusern. Die Häuser sind meist mit ihren jeweiligen „Hausherren“ und „Hausdamen“ alt geworden. Und entsprechen dann oft nicht mehr gängigen Standards, was die Isolierung / Dämmung, dem Vorhandensein einer energieeffizienten Heizung usw. anbelangt. Oft sagen sich viele ältere Hauseigentümer: „Für uns rentiert sich das nicht mehr!“ Oder sie scheuen einfach die enormen Kosten, die sich schnell auf 70.000 bis 90.000 Euro belaufen können. Die Kinder mussten berufsbedingt wegziehen und zeigen meist wenig Interesse am Haus der Eltern. Manchmal liegen sogar noch geringfügige Restschulden in Höhe von „einem Bausparvertrag“ (ca. 20.000 – 30.000 Euro) auf dem Objekt, weil die letzte Renovierungsmaßnahme noch nicht abbezahlt ist oder weil die Eltern den Kindern beim Erwerb von Immobilien „einige Tausend zugesteckt“ haben. Wenn das alte Ehepaar Herr und Frau Mustermann in sich gehen, müssen sich beide ehrlicherweise eingestehen, dass das Haus für sie beide flächenmäßig überdimensioniert ist und auch den spezifischen Erfordernissen einer seniorengerechten Immobilie so gar nicht entspricht mit der steilen Treppe und dem Bad im 1. Stock. Außerdem würden sie mit zunehmenden Alter lieber wieder in der unmittelbaren Nähe von Öffis und Ärzten und anderen Infrastruktureinrichtungen statt auf dem Dorfanger wohnen wollen. Geht es Ihnen auch so? Warum nutzen Sie dann die verbleibende Zeit nicht und kaufen sich eine kleine altersgerechte, pflegeleichte moderne Immobilie mit einem kleineren, aber ausreichenden Garten zur Selbstversorgung, vor allem, wenn selbst in der Großen Depression ein Einziehen Ihres verheirateten Sohnes mit Familie aus welchen Gründen auch immer definitiv ausscheidet? Ein Makler dürfte Ihr Haus relativ schnell verkauft haben, wenn Sie nicht den letzten Euro aus dem Markt herausholen wollen!

Sie „entmüllen“ Ihre Habe oder, besser, Sie beauftragen eine Umzugsfirma, ziehen in eine auch wirtschaftskrisengeeignere Immobilie, zahlen Ihre Schulden ab und investieren den Rest in Krisenvorbereitungsmaßnahmen und „Rettungsboote“?!

Wenn Sie ein(e) noch rüstige(r) Vorruheständler(in) zwischen 60 und 63 sind und sich mit Ihrem Ehepartner einig sind, warum überlegen Sie dann nicht folgenden, ungewöhnlichen Schritt, zumal wenn Ihre eigengenutzte Immobilie eigentlich noch zu stark verschuldet ist und einen relativ hohen „Renovierungsstau“ aufweist? Und Sie überdies sonst kaum finanzielle Rücklagen haben? Sie verkaufen Ihre alte „Kaluppe“ (Hütte), zahlen schön Ihre Schulden ab, und investieren den Rest in praktische Krisenvorbereitungsmaßnahmen und die bekannten „Rettungsboote“. Damit umgehen Sie definitiv die meines Erachtens später nach der Währungsreform sehr wahrscheinlichen erfolgenden diversen Lastenausgleichsmaßnahmen zur Refinanzierung des staatlichen Gemeinwesens.

- a) die Lastenausgleichsabgabe (wie schon 1953/54)
- b) die Hypothekengewinnsteuer (wie 1923 und 1948)
- c) eine CO₂-Abgabe / Energiesparabgabe auf nichtgedämmte Gebrauchtimmobilien mit veralteten Heizungssystemen
- d) eine „Flächenverbrauchssteuer“
- e) eine „Luxuskategorieabgabe“ hinsichtlich Ausstattung und Lokation Ihrer Immobilie

Wenn es sehr „patschert“ (ungeschickt) für die „Hausherrn“ läuft, könnten diese Abgaben bis zu 50 Prozent eines „abgezinsten“ Restwertes Ihres Hauses betragen können! Und wie schon 1953/54 würde eine sogenannte „Zwangshypothek“ in das Grundbuch eingetragen werden. Und Sie als „Hausherr“ müssten diese Zwangshypothekensumme über einen Zeitraum von ca. 25 Jahren bei geringer Verzinsung (ca. 2 %?) zurückzahlen!

Wenn es Ihre biologische Uhr zulässt, warum gehen Sie dann nicht für ein paar Jahre auf Logis (Miete), pachten zur Selbstversorgung einen Garten und kaufen sich dann am Höhepunkt der Krise sehr günstig für ca. 5 bis 10 Unzen Gold oder ca. 60 bis 120 Unzen Silber ein schuldenfreies Haus?

Selbst wenn Sie der Lastenausgleich und eine eventuelle „Goldwertzugewinnsteuer“ noch mal soviel kosten würde, lägen Sie erst bei ca.

10 bis 20 Unzen Gold (= ca. 8.500 – 17.000 Euro) oder ca. 120 bis 240 Unzen Silber (= ca. 1.900 – 3.800 Euro). Sie müssten nur vorübergehend Ihre jetzige Immobilie verkaufen und ohne dem Prestige eines Hausherrn leben!

Denken Sie dabei bitte immer daran, Sie müssen jetzt NICHT Ihre HIMMLISCHE HEIMSTATT verkaufen, sondern nur ein Gebäude aus Ziegel, Beton und Holz! Und der Begriff „Heimat“ bedeutet wesentlich mehr, wie mein leider allzu früh verstorbener Vater zu sagen pflegte. „HEIMAT (RODINA) ist nicht in erster Linie die Erde, wo du geboren wirst, nicht die Steine, aus denen das Haus gebaut ist, indem du eine Zeit deines Lebens lebst. Heimat ist dort, wo die Menschen sind, die du liebst und die dich lieben!“

13. Ihr persönlicher, von keiner Gegenpartei abhängiger „Rentenersatz“ mittels Ihres klug getätigten Investments am Höhepunkt der Großen Depression

Ihren persönlichen, von keiner Gegenpartei abhängigen „Renten-Ersatz“ müssen SIE SELBST durch wenigstens ein von Ihnen klug getätigtes Investment am Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise 2.0 während der völligen Vermögenswert-Deflationierung in der hyperinflationären Hochphase oder vielleicht auch noch kurz nach der Währungsreform mittels eines Teils Ihrer nicht für den unmittelbaren Lebensunterhalt verbrauchten Edelmetalle tätigen! Wenn Gold gegenüber diesen „financial assets“ eine Wertsteigerung von ca. 30 x – 200 x und Silber nochmals die ca. 5fache Wertsteigerung erfährt, d.h. von ca. 150 x – 1000 x, dann können Sie mit ca. 10.000 Euro in Edelmetallen bereits ein heutiges Millionenvermögen erwerben:

- a) Mit ca. 5 bis 10 Unzen Gold oder ca. 60 bis 120 Unzen Silber (plus etwa die gleiche Menge für die Lastenausgleichsabgaben und die „Goldwertzugewinnsteuer“) kaufen Sie ein Haus oder eine Eigentumswohnung zur Eigennutzung oder Vermietung als möblierte Wohnung
- b) Vielleicht mit dem doppelten Wert erwerben Sie ein „Zinshaus“ in der Großstadt, dessen selbst nur spärlich tröpfelnden Mietzinseinnahmen eine Art „Renten-Ersatz“ für Sie und Ihre Familie bilden könnten.
- c) Auch der Kauf einer bankrotten Firma, allerdings einer Firma mit Zukunft, für vielleicht ein halbes Kilo Gold oder ca. 5 bis 6 Kilo Silber könnte Ihnen

und Ihren Lieben gleich die notwendigen Arbeitsplätze mitliefern. Sie als der / die Älteste beschränken sich im wesentlichen auf Beobachten, „Controlling“ und wichtige Kundenkontakte. Die harte Arbeit kann und muss die jüngere Generation besorgen.

Bleiben Sie aufmerksam und „versenken“ Sie Ihre knappen wertvollen Edelmetallen nicht in die falschen Investments am falschen Ort zum falschen Zeitpunkt! Bleiben Sie vorsichtig und lassen Sie lieber ein scheinbar vielversprechendes Investment mit eventuell nicht auf den ersten Blick erkennbaren Risiken aus statt fehl zu investieren!

Auch die Zusammenarbeit mit potentiellen Partnern in einer Firma will wohl überlegt sein. Hier setzt dann der reiche Schatz Ihrer Lebenserfahrung und Begegnungen mit den unterschiedlichsten Menschen im Verlaufe Ihres Lebens ein. Vertrauen Sie außer Ihren Erfahrungen, Ihrem Verstand auch dem sogenannten „Bauchgefühl!“: Kann ich dieser Sache und diesen Menschen trauen oder eben nicht? Für sehr zukunftsträchtig halten wir nach unserer Recherche, die in unserem Buch noch sehr ausführlich dargelegt werden wird, Investitionen in möglichst großstadtnahe Bauernhöfe (Mischbetriebe) zur Versorgung der Stadtbevölkerung und in Forste. Allerdings ist ein Investment dieser Größenordnung von einem Durchschnittsinvestor mit einer nur kleinen Flotte an „Rettungsbooten“ und noch dazu ohne Grundkenntnisse in und Interesse für die Landwirtschaft alleine kaum zu stemmen.

Hierzu bedürfte es eines Zusammenschlusses von mehreren Investoren, am besten Familienangehörigen oder Freunden mit etwa jeweils dem gleichen Investmentanteil.

Fazit Kapitel 6 – 9

Ihre Krisenvorbereitungen praktischer und finanzieller Natur müssen HEUTE beginnen und möglichst schnell abgeschlossen sein! Rechnen Sie trotz Ihres ureigenen Optimismus NICHT damit, als alter Mensch über 60 Jahre am Arbeitsmarkt noch eine echte Chance auf einen Arbeitsplatz, der Ihnen wenigstens genug Geld für das Lebensnotwendigste einbringt, zu haben.

Stellen Sie sich bitte darauf ein, von Ihrem Garten, Ihren Vorräten, Ihren in Krisenvorbereitungen aller Art und in „Rettungsboote“ umgeschichteten Ersparnissen u.U. 3 Jahre KOMPLETT leben zu müssen!

Rechnen Sie auch damit, trotz bester Vorbereitungen und bescheidensten Lebensstil Ihre Kinder oder Ihre sonstigen Erben um ein wenig Hilfe bitten zu dürfen. Warum auch nicht?

Lange über Jahrzehnte waren Sie für diese da. Jetzt ist es deren Aufgabe, Ihnen ein wenig zu helfen und somit eine Gelegenheit zur Ausübung der unmittelbaren Nächstenliebe zu haben!

Die noch ausbezahlte Rente wird eine „Hungerrente“ à la Balkan oder Russland von vielleicht 17 Prozent des heutigen Rentenniveaus sein: sogar zu wenig zum Sterben, geschweige denn zum Leben!

14. Ein kurzer Reformentwurf für die bisher alleinig umlagefinanzierte DRV nach der Währungsreform

Bisher finanzierten sich die DRV und KnV im wesentlichen aus Beitragseinnahmen und knapp 30 Prozent Bundeszuschuss aus dem Etat der BRD Bundesregierung. Nach der Währungsreform nach der Hyperinflation werden weiterhin nur vielleicht ca. 50 Prozent der Erwerbstätigen von heute bei wesentlich geringerer Entlohnung, wobei die Bandbreite zwischen ca. 25 und 50 Prozent des heutigen Lohnniveaus je nach Wichtigkeit der jeweiligen Sparte schwankt, tätig sein. Entsprechend niedrig werden die möglichen Rentenauszahlungsbeträge sein müssen, vor allem wenn kein Bundeszuschuss zur DRV Kasse mehr möglich ist! Damit wird auf Dauer die reine Umlagefinanzierung unzureichend bleiben – zumindest solange bis sich die Zahl der Erwerbslosen merklich reduziert hat und auch die Beitragseinnahmen wieder ansteigen werden. Aber das wird voraussichtlich Jahre dauern! Wir schlagen nun vor, die DRV nach der Währungsreform auf folgende 5 Pfeiler aufzubauen:

1. die Umlagefinanzierung wie gehabt
2. Einnahmen durch Vermieten und Verkauf der im Zuge der Lastenausgleichsabgaben an den Staat abgetretenen Wohn- und Gewerbeimmobilien, die in den Kapitalstock der DRV gewandert sind.

3. Einnahmen aus Dividenden und Verkauf der im Zuge der Lastenausgleichsabgaben in den Kapitalstock der DRV gewanderten Aktien, Fondsanteile und anderer noch werthaltiger Wertpapiere
4. Pachteinnahmen aus im Rahmen der Reorganisation der Landwirtschaft und des Lastenausgleichs an den Staat abgetretenen und in den Kapitalstock der DRV gewanderten land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und Grundstücke.
5. Einnahmen aus den in den Kapitalstock der DRV gewanderten Rohstoffe und Edelmetalle.

Insbesondere die Einnahmen aus forst- und landwirtschaftlichen Besitz haben in vielen kirchlichen Einrichtungen wie z.B. dem Julius Spital in Würzburg, das nach wie vor auf Grundbesitz gestützt ist, oder vor allem der in Augsburg von der Kaufmannsfamilie Fugger vor ca. 500 Jahren gestifteten „Fuggerei“, gute Vorbilder. Ein für die DRV und damit viele Rentnergenerationen anzulegender „Rohstoff- und Edelmetallschatz“ mit physischen Metallen, Anteilen an Erzminen, Kohlegruben, Öl und Gasquellen etc. wäre angesichts der sich immer mehr verknappenden Energieträger und Rohstoffe weltweit das „Schlagobershäubchen“ auf der DRV!

Natürlich soll sich die DRV NICHT in ein renditegeiles Börsenzockersystem verwandeln. Es geht nur darum, die DRV angesichts der vielen Herausforderungen in der Systemumbruchzeit besser „aufzustellen“. Die Familie als „6. Pfeiler“ wird zukünftig wieder eine wichtigere Rolle bei der Versorgung unserer alten Menschen spielen müssen.

Die genaue Aufteilung zwischen den 5 geschilderten Pfeilern, der Familie und natürlich einer gehörigen Eigenvorsorge für das Alter wird sich erst nach der Währungsreform zeigen.

Fazit der vorgeschlagenen Reformen

Die einfache Regel für den DRV nach der Währungsreform muss lauten: Die Höhe der möglichen Renten-Auszahlungen muss sich nach der Menge der Rentenversicherungs-Beitragszahler, deren Monats- und Gesamteinkommen, den wahrscheinlichen realistischen demographischen Veränderungen, der noch vorhandenen Produktivität und einer sich daraus eventuell ergebenden Produktivitäts-Steigerungen oder Produktivitäts-Rückgängen, der Anzahl der

vorhandenen Rentner, dem voraussichtlichen Verhältnis zwischen zukünftigen Renten-Neuzugängen und Beitragszahlern und natürlich der wahrscheinlichen Lebenserwartung der Rentner und der wahrscheinlichen daraus insgesamt notwendigen Gesamt-Lebens-Arbeitszeit der arbeitenden Bevölkerung abzüglich wirtschaftskrisenbedingter und individuell persönlich bedingter „Brüche in der Erwerbsbiographie“ (lies: weniger Verdienst und damit auch weniger Beitragszahlungen in die DRV!) richten!

Alles andere ist schlichtweg und besonders nach zwei so schwerwiegenden Einbrüchen wie einer Hyperinflation und einer Großen Wirtschaftskrise NICHT dauerhaft und für alle beteiligten Generationen einigermaßen gerecht finanzierbar und einsichtig!

Individuelle Härten werden sich wahrscheinlich nicht vermeiden lassen. Denkbar ist hierbei, dass z.B. Personen mit zu langen „Beitragszahlerlücken“ in ihrem jeweiligen Erwerbsleben bei entsprechend zufriedenstellendem Gesundheitszustand gemäß amtärztlicher Untersuchung durch die DRV „nacharbeiten“ müssen oder hohe Rentenabschläge hinnehmen müssen!

Es wird sich eine Art „Rentner-Arbeitsmarkt“ mit einfacheren und insgesamt weniger anstrengenden Tätigkeiten vornehmlich im persönlichen Dienstleistungsbereich wie er heute schon in den USA existiert, entwickeln müssen/werden. Aber die Ernsthaftigkeit der gesamtwirtschaftlichen Situation lässt leider keine anderen Möglichkeiten zu. Der heutige gültige „Umverteilungsmechanismus“ ist mit den Lastenausgleichsmaßnahmen“ völlig erschöpft und nicht wieder belebbar.

Noch eine interessante Information für Sie zum Abschluss. Laut Ambrose Evans-Pritchard's Artikel „Should Germany bail out Club Med or leave the euro altogether?“ vom 31. Jänner 2010 im Daily Telegraph beträgt der Handelsüberschuss Deutschlands und der Benelux-Staaten von November 2008 bis November 2009 211 Milliarden US-Dollar, d.h. ca. 150 Milliarden Euro mit den europäischen Südstaaten. Ich gehe vereinfacht gerechnet von 103 Millionen Gesamtbevölkerung aus. Damit würde der deutsche Anteil ca. 168 Milliarden US-Dollar oder ca. 120 Milliarden Euro bei einem USD-Euro von 1,40 USD für 1 Euro betragen. (Vorausgesetzt alle hätten in Relation den gleichen Handelsüberschuss!) Nach einer anderen Quelle, die ich momentan nicht benennen kann, betrug der Überschuss der 4 seriösen Eurostaaten

Deutschland, Österreich, Niederlande und Finnland, von dem die anderen Euromitglieder seit Einführung des Euros vor 10 Jahren partizipieren jährlich ca. 400 Milliarden US-Dollar oder ca. 280 Milliarden Euro. Die österreichische Bevölkerung beträgt ca. 8,5 Millionen; die finnische ca. 5,5 Millionen und die niederländische ca. 15,5 Millionen. In Summa beträgt sie mit den 82 Millionen Menschen in der BRD 112 Millionen. Wiederum gehe ich aus Rechenvereinfachungsgründen von in Relation den gleichen Handelsüberschüssen aus!

In diesen zehn Jahren sind dies anteilmäßig ca. 2,0 Billionen Euro gewesen (= 2000 Milliarden Euro), die dem deutschen Volksvermögen gestohlen wurden! Zum Vergleich und zum Nachdenken: die gesamten Schulden des Bundes betragen Anfang 2010 ca. 1,6 bis 1,8 Billionen Euro. Die gesamten Hartz-IV-Ausgaben mit Unterbringungskosten sollen jährlich um die 50 Milliarden Euro sein. Eine Rentenerhöhung um 25 Prozent würde jährlich ca. 58 Milliarden Euro kosten! Ca. 200.000 Lehrer und Lehrerinnen, Ausbilder und Ausbilderinnen könnten für ca. 14 Milliarden Euro jährlich beschäftigt werden! Tausende von Schulen und Ausbildungszentren könnten gebaut und unterhalten werden. Und, und, und

Aber Hauptsache, den „Club Med“ Staaten und ihren weniger leistungsfähigeren Bevölkerungen geht es gut!

Bei uns kommt dann zum Ausgleich eine Krankenkassenzusatzprämie!

Das zahlen wir gerne, wenn der Bailout (finanzielle Rettung) Griechenlands uns nur 100 Milliarden zusätzliche Schulden kostet!

Wäre es Ihrer Meinung nach falsch, in diesem Zusammenhang vom größten Tribut-Raubzug seit dem Versailler Vertrag 1919 am vom deutschen, österreichischen, finnischen und niederländischen Volk erarbeiteten Volksvermögen zugunsten der weniger leistungsfähigen Mitglieder von Euroland zu sprechen?

Wohlgemerkt, es geht mir nicht um nationalistische Untertöne, sondern nur darum, dass das Volksvermögen bei denen verbleibt, die es fleißig und mühsam erarbeitet haben!

So verrückt es klingen mag in Ihren ungläubigen Ohren, die DRV wäre sogar nach herkömmlichen Bedingungen ohne die o.g. Reformvorschläge zu retten

(gewesen?). Keine Angst, ich bin nicht verrückt geworden. Lesen und studieren Sie nur meine nachfolgenden Ausführungen.

Eigentlich beträgt der Gesamtbetrag zur Rentenzwangsversicherung bereits HEUTE 30 Prozent. Diese dreißig Prozent setzen sich zusammen aus derzeit knapp 20 Prozent Rentenversicherungsbeiträge geleistet in etwa zu gleichen Teilen durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer

plus

ca. 6 Prozent umgerechneten Zuschuss aus dem Bundeshaushalt der BRD

plus

ca. 4 Prozent des fragwürdigen Riester-Rürup-Kapitalsparmodells, das letztendlich das größte Konjunkturprogramm für die deutsche Versicherungswirtschaft und Finanzbranche darstellt und weniger den tatsächlichen Erfordernissen der Einzahler Rechnung trägt, dafür umso mehr der Profitmaximierung der Versicherungs- und Finanzbranche.

Meine 14 ketzerischen Thesen lauten nun

1. Anhebung des Rentenversicherungsbeitrags auf 30 Prozent, wovon die Arbeitnehmer 18 Prozent (= 60 %) und die Arbeitgeber 12 Prozent (= 40 %) zu leisten hätten.
2. Gleichzeitig müsste die Einbeziehung aller Werkstätigen, egal ob sie Beamte, Selbständige, Freiberufler oder unselbständig Beschäftigte sind, in die DRV erfolgen. Freiberufler und Selbständige könnten sich für die fehlenden Jahre mit entsprechenden Aufschlägen „nachversichern“. Bei den Beamten sollte der „Dienstherr“ und die Beamten selbst diese Nachzahlungen gestreckt über einen Zeitraum von 15 Jahren ab einem bestimmten Beamtenjahrgang z.B. 1990 übernehmen! Die genauen Modalitäten sollen die Fachleute errechnen. Die zu beziehende DRV-Rente sollte in etwa dem 1. Rentenmodell der Schweiz entsprechen. D.h. auch Manager und Unternehmer mit einem Jahreseinkommen in Millionenhöhe müssten einzahlen, aber sie erhielten dennoch nur eine bestimmte „gedeckelte“ Rente.
3. Die Pensionen der Beamten, die nicht unter die Neuregelung fielen, und die derzeit durchschnittlich 2.700 Euro brutto im Monat betragen, müssten mit geringfügiger Berücksichtigung individueller Faktoren der Durchschnittsbruttomonatsrente von ca. 1.100 Euro angepasst werden

(beide Werte wurden in der ARD Sendung von Anne Will am 31. Jänner 2010 genannt). Pensionsrechtliche Verhinderungsgründe mussten angesichts der Ernsthaftigkeit außer Kraft gesetzt werden.

4. Die derzeitigen Westrentenbezieher mussten entweder eine sofortige 10-prozentige Rentenkürzung hinnehmen oder 3 Nullrunden bei non-hyperinflationären Verhältnissen.
5. 1990 wurde aus dem Volksvermögen (ja: erarbeitet vom Volk und nicht von irgendwelchen Bankstern, Politikerhuren oder Wirtschaftsführern“) der DDR über die „Treuhand“ NICHTS an die Rentenversicherung als eine Art Kapitalstock und als eine Art „Beitragszahlungs-Ersatz“ überstellt. Stattdessen wurde das Volksvermögen – erarbeitet von fleißigen DDR-Bürgern in 40 Jahren DDR – von der Treuhand oft unter sehr fragwürdigen (betrügerischen?) Umständen verschleudert und verschachert. Diese Ausplünderung der DDR-Bürger durch sogenannte „deutsche Landsleute“ aus dem Westen stellt die Demontage und Reparationsleistungen an die UdSSR sicher weit in den Schatten! Die „Runden Tische“ und diversen Bürgerbewegungen in der DDR haben es in sträflicher Unkenntnis versäumt, sich um die Sicherung der VEBs (Volkseigenen Betriebe), deren Vermögens und des Volksvermögens der DDR insgesamt zu kümmern. Denn NICHT alle Betriebe der DDR waren marode und pleite! Das Gros der DDR Bevölkerung zeigte leider NULL Interesse für diese volkswirtschaftlich wichtigen Belange. Stattdessen schielte es nur zu begierig auf die DM West „Kommt die Mark nicht zu uns, kommen wir zu ihr!“, um die frisch erhaltenen DM wie im Rausch in westliche Konsumprodukte umzusetzen. Die Strafe kam postwendend:
 - a) Der fast schon kriechenden frei gewählten, letzten DDR-Regierung de Maizière wurden die Wiedervereinigungsbedingungen effektiv vom Übervater Kohl diktiert.
 - b) Obwohl der Potentat Kohl vom Bundesbankpräsident Pohl wiederholt von einem günstigen Umtauschkurs für die wertlosen DDR Aluchips gegenüber der Westmark gewarnt wurde, setzte unser pfälzerischer Saumagenfreund ob seiner fulminanten volkswirtschaftlichen Kenntnisse diesen verhängnisvollen Umtauschkurs durch!

- c) In Folge kollabierten die meisten Kombinate und VEBs weil sie weder auf dem Weltmarkt noch im COMECON Handel mehr konkurrieren konnten!
- d) Massenarbeitslosigkeit in der ehemaligen DDR verbunden mit hohen Abwanderungsquoten. Finis Germaniae Orientalis.

Die Quittung für die DDR-Rentner, die auf langen Strecken ihrer Erwerbsbiographien nichts in die westdeutsche DRV eingezahlt haben, jetzt bestünde in einem sofortigen 15-prozentigen Rentenabschlag oder 5 Nullrunden.

- 6. Kürzung der Renten von sogenannten „Spätaussiedlern“, d.h. „Volksdeutschen“ aus der UdSSR, Polen, Rumänien, die nichts eingezahlt haben, um sofort 20 Prozent. Ihr Trost: Sie dürfen jetzt als gleichwertige Bürger in der BRD leben und gelten nicht mehr als „Gitleristi“ (Anm. im Russ. gibt es kein H!) oder „Faschisti“!
- 7. Die sofortige Herausnahme versicherungsfremder Leistungen wie z.B. der Zahlung von Renten an Opfer des Krieges und der Rassenverfolgung etc. Mir ist nicht bekannt, dass der Vorläufer der DRV am 1. September 1939 die Grenze nach Polen überschritt und somit den 2. Weltkrieg auslöste! Mir ist aber sehr wohl bekannt, dass die WEHRMACHT als ARM des Deutschen Reichs (= Staates) die Grenze überschritt. Folglich müssten diese „Versicherungsfremden Leistungen“ aus dem Staatsbudget der BRD und nicht aus den Beitragsleistungen der BRD-Arbeitgeber und –nehmer bezahlt werden.

Merke: Beitragsleistungen sind wie von Ihnen erbrachte Versicherungsprämien!

Stellt dieser „ständige Griff des Staates“ in die Beitragskasse aufgrund von diversen Bundesregierungen, insbesondere des Regimes Kohl, herbeigeführten politischen Entscheidungen bereits den Tatbestand der Veruntreuung und des Betruges am Volk dar???

- 8. Reduzierung des Bundeszuschusses auf ca. 10 Prozent, d.h. ein Drittel des heutig gewährten Zuschusses. Diese Zusatzeinnahmen in Form von Steuern, Bundesvermögen (Immobilien), Edelmetallen etc. etc. sollten „thesauriert“ werden und für schlechte Tage angespart werden. Ein gesetzliches Verbot der Entnahme aus diesen Rücklagen müsste

- verankert werden, notfalls per Grundgesetz-Änderung! Dieser Bundeszuschuss müsste solange geleistet werden, bis die bisherigen politisch bedingten Entnahmen aus dem Vermögen der DRV (lies: Diebstahl am Volksvermögen!) zurückbezahlt wären!
9. Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre für alle Werkstätigen ab einem bestimmten Jahrgang. Die Arbeitgeber müssten per Gesetz angehalten werden, ältere Arbeitnehmer auf altersgerechte Arbeitsplätze umzusetzen.
 10. Wiedereinführung der krankheits- und behinderungsbedingten „Frührente“ mit einer Begrenzung des Rentenabschlags auf 5 Prozent. Für Krankheit oder Behinderung kann kein Mensch etwas!
 11. Im Gegenzug sollte ein jegliches Verbot der diversen „Vorruhestandsregelungen“ erfolgen, wo gesunde und fitte Arbeitnehmer zu Lasten der Versicherungsgemeinschaft aufgrund der Kumpanei zwischen Politikern, gierigen Unternehmern und den üblichen blöden, nicht über den Tellerrand schauenden Gewerkschaftlern, in den Ruhestand im Wohnmobil oder in Thailand geschickt werden. Hingegen mancher Schwerbehinderter MUSS trotz Schmerzen und chronischem Leiden weiter arbeiten. Mir persönlich ist der Fall eines blinden mehrfachbehinderten jungen Mannes in einer sogenannten „Beschützenden Werkstatt“ (lies: Behinderten-KZ!) bekannt, dem bei ärztlich attestiertem Kranksein und Arbeitsausfall ohne Simulantentum aufgrund eines seiner schweren Leiden ein halber Tag Urlaub abgezogen wird! Und KEINER von diesen Gewerkschaftsschranzen hat sich jemals in dieser „Beschützenden Werkstatt“ blicken lassen und die dort herrschenden Arbeitsbedingungen beobachtet!
 12. Die diversen Versorgungswerke für Ärzte, Apotheker etc. etc. könnten mit der Auflage weiterbestehen, dass 20 Prozent ihrer Einnahmen und 20 Prozent ihres Kapitalstocks als „Subventionierung“ an die DRV zu übergeben ist. Denn schließlich bleibt diesen Herrschaften noch mehr als genug Rente übrig. Bevorzugen würde ich allerdings die Übernahme in die DRV.
 13. Renten an in die Heimat zurückgekehrte „Gastarbeiter“ sollten generell um mindestens 10 Prozent aufgrund des meistens in ihren Heimatländern

bestehenden Kaufkraftvorteils gekürzt werden. Gleichzeitig sollten die Krankenkassenleistungen für im Ausland lebende Rentner gekürzt werden.

14. Die rentenrelevanten Ersatzanrechnungszeiten sollten auf folgende begrenzt werden
- a) Wehrdienst-, Kriegsdienst und Zeiten der Kriegsgefangenschaft und der Zwangsarbeit der leidgeprüften Weltkrieg-II-Männer- und Frauengeneration, die oft Heimat, Angehörige, Gesundheit, Besitz und viele Lebensjahre verloren
 - b) Anrechnungszeiten der „Trümmerfrauen“-Generation
 - c) Anrechnungszeiten der politisch Verfolgten des SED-Unrechtsregimes in der DDR
 - d) Wehrdienstzeiten der Bundeswehrsoldaten, Zivildienerezeiten in eventuell halber Höhe.
 - e) Ausbildungs- und Studienzeiten bis 8 Jahre, weil die Akademiker hinterher oft auch wesentlich höhere Beiträge an die DRV entrichteten
 - f) Kindererziehungszeiten für Frauen der älteren Generation
 - g) Kindererziehungszeiten nur für die Frauen mit Beruf der jüngeren Generation, die vorher und nach der Geburt der Kinder Rentenbeiträge ab einer bestimmten Höhe entrichtet haben. Damit fördert man indirekt das Gebärverhalten der gut ausgebildeten Frauen und NICHT das der Hartz-IV-Frauen.

Aber leider wird es für all diese Reformen zu spät sein! Schade! Denn an und für sich hat das umlagenfinanzierte deutsche Rentenversicherungssystem seine Brauchbarkeit, Belastbarkeit und Krisenfestigkeit in ca. 100 Jahren mit drei Staatsbankrotten (inkl. DDR), einer Hyperinflation, zwei Währungsreformen und zwei Weltkriegen hinreichend unter Beweis gestellt!

Aber alle Chancen zu einer dauerhaften Sicherung des umlagefinanzierten Systems wurden vertan! Nach der Wiedervereinigung wären bei wahrheitsgemäßer Offenlegung der tatsächlichen finanziellen Situation und unter Bürgerbeteiligung die Deutschen, egal, ob in Ost oder West, zu Einschnitten und Opfern angesichts der friedlich errungenen Einheit bereit gewesen!

Aber genauso wenig wie das Regime Kohl den Mut hatte, über die Wiedervereinigung die Bürger und Bürgerinnen in Ost und West per Volksentscheid abstimmen zu lassen, genauso wenig wie das Regime Kohl den Mut hatte, einen „verfassungsgebenden Nationalkonvent“, wie er eigentlich im Grundgesetz im Falle der Wiedervereinigung notwendig gewesen wäre, einzuberufen und das Deutsche Volk in seiner Gesamtheit über den Verfassungsentwurf abstimmen zu lassen, genauso wenig wie das Regime Kohl den Mut hatte, das Volk über die Gebietsabtretungen an Polen und Russland abstimmen zu lassen, genauso wenig erlaubte uns das Regime Kohl, per Volksentscheid über die Annahme oder die Verweigerung des Euro abzustimmen. Und genauso wenig fehlte dem Regime Kohl, der Nachfolge-Regierung Schröder und der jetzigen Regierung Merkel der Mut, eine wahrheitsgemäße und dauerhafte Reform der DRV anzugehen und so die Altersversorgung der BRD-Bevölkerung auf eine dauerhafte zum Leben ausreichende und sichere Basis zu stellen.

Damit tritt vor den Reformen nach der Währungsreform erst einmal der Kollaps der Rentenzahlungen ein.

Trotz all der aufgezeigten Schwächen und zu reparierender Großschäden an dem deutschen umlagefinanzierten Rentensystem halte ich es dennoch für dasjenige, das die kommende Weltwirtschaftskrise 2.0 mit Hyperinflation weit besser überstehen könnte als all die börsen- und kapitalabhängigen Privatrentensysteme, die mehrheitlich (90 %?) nicht einmal das Papier der Versicherungspolicen, auf denen sie gedruckt sind, wert sein werden!

Und auch der immens soziale Aspekt der gesetzlichen Rentenversicherung mit Anrechnung von Kriegsdienstzeit, Kriegsgefangenschaftszeit, „Trümmerfrauenzeit“ für unsere leidgeprüfte Großeltern- und Elterngeneration, die ihre Jugend und oft auch Gesundheit für diesen vermaledeiten Schickelgruber und seinen Eroberungswahn opfern mussten, der Anrechnung von Kindererziehungszeiten für unser Mütter, die oft sonst nicht genug Jahre für eine eigenständige kleine Rente zusammenbekommen hätten, sei kurz erwähnt. Viele chronisch Kranke und Schwerbehinderte, die aufgrund ihrer

Leiden frühzeitig aus dem Berufsleben aussteigen mussten und ohne die gewährten „Erwerbsminderungsrenten“ sonst bitterste Not leiden müssten, können aufgrund des SOLIDARCHAKTERS der DRV ein zwar bescheidenes, aber menschenwürdiges Leben führen!

Allein dadurch ist die DRV jedem kapitalistischem Privatrentensystem weit überlegen! Danke sei an dieser Stelle auch all den Zehntausenden von Mitarbeitern der DRV und anderer gesetzlicher Rentenversicherungen gesagt, die trotz der von unseren Polit-Terroristen (lies: Politikern) angerichteten Schadens treu und aufopferungsvoll ihren Dienst im Interesse der 20 Millionen Rentner und Rentnerinnen und der ca. 35 Millionen Beitragszahler verrichten genauso treu wie uns unsere Soldaten und Polizisten vor äußeren und inneren Bedrohungen schützen.

15. Die überlebenden Überreste des heutigen Sozialstaates: Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung

Nach unserer Einschätzung werden von all den staatlichen Sozialleistungen nur diejenigen auf wesentlich reduziertem Niveau übrig bleiben, die der Bürger über seine Zahlungen in Form von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträgen gesondert geleistet hat und weiterhin leistet. Der Rentner hat jahrzehntelang (bitte nochmals lesen: jahrzehntelang!) in die Zwangsrentenversicherung eingezahlt. Jeder muss Krankenkassen- und Pflegeversicherungsbeiträge entrichten. Jeder Arbeitnehmer, so denn er denn nicht geringfügig beschäftigt ist, muss in die Arbeitslosenversicherung einzahlen. Allerdings werden die Auswirkungen der radikalreformierten Steuer- und Sozialabgaben auf das Einkommen der Bürger gewaltig sein.

15.1 Die Auswirkungen der radikalreformierten Steuer- und Sozialabgabensätze auf den Bürger und sein Einkommen

Nehmen wir das Beispiel eines ledigen Erwerbstätigen mit ca. 42.000 Euro Bruttojahresverdienst.

Heute bleiben dieser Person ohne die Berücksichtigung der indirekten Verbrauchssteuern knapp die Hälfte davon als sogenanntes verfügbares Nettoeinkommen. Der Rentenversicherungsbeitrag beträgt knapp 20 Prozent, der Beitragssatz zur sogenannten gesetzlichen Krankenversicherung knapp 14

Prozent, der Beitragssatz für die sogenannte „Pflegeversicherung“, die bereits jetzt pleite ist, ca. 3 bis 4 Prozent und schließlich der Beitragssatz zur sogenannten Arbeitslosenversicherung nochmals ca. 1,8 Prozent. Das ergibt zusammen knapp 40 Prozent, wovon der Arbeitgeber etwas weniger als die Hälfte zahlt.

Unserem gewählten Herrn oder Frau Mustermann werden also mehr als 20 Prozent Sozialabgaben abgezogen. Die restlichen knapp 30 Prozent setzen sich aus der Lohn/Einkommenssteuer und 5,5 Prozent davon als „Solidaritätszuschlag“ für den nie endenden „Aufbau Ost“ und ca. 8 Prozent von der Lohn/Einkommenssteuer als Kirchensteuer zusammen.

Unserem fleißigen Erwerbstätigen verbleiben also von 3.500 Euro Bruttomonatsverdienst nur knapp die Hälfte, nämlich weniger als 1.750 Euro netto! Steuergruppenvorteile, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, andere Steuervorteile habe ich dabei bewusst aus Vereinfachungsgründen außen vor gelassen.

Und jetzt stellen wir uns die Situation nach der Währungsreform vor.

Herr oder Frau Mustermann gehört zu den 50 Prozent Glücklichen, die ihren Job behalten konnten. Allerdings verdient er oder sie jetzt nur noch die Halbte, nämlich ca. 1.750 Euro brutto (umgerechnet in der dann nicht mehr existierenden Eurowährung). Lohn- und Einkommenssteuer sowie „Soli“ müssen sie nicht mehr bezahlen, der Kirchensteuersatz ist krisisbedingt auf 5 % der fiktiven früheren Lohnsteuer abgesenkt worden. Dies entspricht etwa einem Prozent des neuen Bruttoeinkommens.

Da die neu konzipierte Rentenversicherung effektiv nur eine Art Grundeinkommen für die allernötigsten Basisbedürfnisse ohne Luxus und ohne „Rentner überwintern in Thailand“ darstellt und überdies erst ab dem 67. bis 70. Lebensjahr gezahlt wird, um der längeren Lebenserwartung Rechnung zu tragen, oder ab dem 65. Lebensjahr mit erheblichen Abschlägen, könnte der Beitragssatz auf 14 Prozent konstant reduziert werden.

Davon zahlt unser Erwerbstätiger und sein Arbeitgeber jeweils die Hälfte. Die staatliche Pflegeversicherung ist in der Hyperinflation bankrottiert wie viele Alten- und Pflegeheime auch. Zum Aufbau eines neuen Pflegeversicherungssystems muss Herr oder Frau Mustermann 2 Prozent vom Bruttoverdienst beitragen. Derzeit findet die meiste Pflege im häuslichen

Bereich statt. Die Arbeitsgesetze wurden so liberalisiert, dass jeder problemlos und sehr günstig angesichts des Überangebots von sehr gut qualifizierten arbeitslosen Pflegekräften entsprechende Pflegekräfte zur Pflege von Angehörigen anstellen kann. Die sehr günstigen Immobilien machen den Umzug in eine pflegegeeignete Wohnung sehr leicht.

Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung wurde im Rahmen der Massenarbeitslosigkeit auf ca. 4 Prozent erhöht und bleibt auch nach der Währungsreform wegen der vielen Arbeitslosen vorerst noch auf diesem hohen Niveau. Die Krankenkassenbeiträge liegen bei 10 Prozent, weil es nur noch ca. 20 Krankenkassen in der BRD gibt. Außerdem werden keine Sportunfälle, Schönheitsoperationen, Abtreibungen, Tattoo-Entfernungen, Alkohol- und Drogenentzug etc. etc. mehr bezahlt und die Einsparungen bei dem um 90 Prozent reduzierten Verwaltungsaufwand sind enorm!

Die Sozialbeiträge betragen also insgesamt 30 Prozent. Davon zahlt Herr oder Frau Mustermann 15 Prozent und 15 Prozent der Arbeitgeber.

Durch geschicktes Wirtschaften wie z.B. der Selbstversorgung mittels eines Nutzgartens und der Mitarbeit in einem oder mehreren Tauschringen und durch einen bescheidenen Lebensstil zahlen Herr und Frau Mustermann effektiv nicht mehr als ca. 9 Prozent vom Bruttoeinkommen an indirekten Verbrauchssteuern.

Zusammen mit der Kirchensteuer ergibt das eine Steuerquote von 10 Prozent. Insgesamt müssen sie also vom Bruttoeinkommen 25 Prozent Abzüge subtrahieren (10 Prozent Steuern und 15 Prozent Sozialabgaben)

1.750 Euro – 437,50 Euro = 1.312,50 Euro

Dieses Nettoeinkommen wird in einer wertbeständigen inflationsgeschützten Bi-Edelmetallwährung ausbezahlt.

In Eurowerten bezogen auf das Bruttoeinkommen wird der Größenunterschied noch deutlicher:

Vorher verdienen Herr / Frau Mustermann brutto 3.500 Euro, d.h. 1.750 Euro mehr. Sie erhielten NETTO aber nur die Hälfte, nämlich 1.750 Euro.

Jetzt verdienen sie zwar BRUTTO nur noch 1.750 Euro, erhalten aber 1.312,50 Euro in der neuen Bi-Edelmetallwährung NETTO ausbezahlt.

Obwohl die Lebensmittelpreise und die Preise für Energie wahrscheinlich auch nach der Währungsreform auf dem ca. 3fachen Niveau von heute sein werden,

dürfte die Gesamtkaufkraft dennoch, bedingt durch das wesentlich niedrigere Lohngefüge und die billigen Mieten, insgesamt angewachsen sein. Und die Preisstabilität wird ob des jetzt wieder mit Edelmetallen gedeckten Geldes und des verfassungsmäßig verankerten Verbotes für die Exekutive und Legislative, mehr Geld auszugeben, als eingenommen wird, auch so erhalten bleiben!

Allerdings wird dem Bürger wohl angeraten sein, angesichts des erheblich zusammengestrichenen „Sozialstaates“, Geld für Alter, Krankheit und Pflege zur Seite zu legen, d.h. zu sparen.

Denn der erheblich reduzierte Sozialstaat wird im wesentlichen nur noch aus den folgenden 7 Elementen, erbracht durch die Gemeinschaft, bestehen:

- a) einer einkommensreduzierten staatlichen Renten“versicherung“ mit Basis-Einkommenscharakter für das wirklich nur Allernotwendigste
- b) einer reduzierten Arbeitslosen“versicherung“, wo für finanzielle Transferleistung sofort eine Arbeitsleistung vom Arbeitslosen zugunsten der Gemeinschaft abverlangt wird. Das schließt „Bummelantentum“ und „Liegen in der sozialen Hängematte“ definitiv aus!
- c) einer reduzierten Pflegeversicherung im Aufbau. Viele Pflegeleistungen werden vorerst notgedrungen im familiären Bereich erbracht werden müssen oder der kluge Investor bezahlt seine Pflegekräfte mit dem richtigen Geld!
- d) einer Krankenversicherung im wesentlichen auf dem 80%-Niveau von heute ohne den bereits genannten dekadenten „Wohlstandsschnickschnack“. Denn nur eine gesunde Bevölkerung vermag die Leistungen zu vollbringen, die ihr insbesondere beim Wiederaufbau der Wirtschaft nach der Hyperinflation abverlangt werden!
- e) einer minimalen, aber ausreichenden kirchlichen „Armenfürsorge“ (sorry, aber dieser politisch unkorrekte Begriff trifft es am besten!) für die durch die Hyperinflation völlig verarmten, unvorbereiteten alten Menschen, Behinderten, Kranken, Kinder etc. Allerdings für Alleinerzieher, Alkoholiker, Drogenabhängige, Arbeitsunwillige, Migranten ohne Integrationswillen und –bereitschaft etc. etc. wird es KEINE „Armenfürsorge“ ohne zu erbringende Gegenleistung geben. Ihnen winkt die „Dienstverpflichtetenagentur“, wo sich für jede(n) eine situationsbedingte Beschäftigung finden wird. Die Alleinerzieherin kann

z.B. einer alten (pflegebedürftigen?) Frau, die im gleichen Haus wohnt, im Haushalt helfen etc. Sie muss dann nicht einmal einen großen Arbeitsweg auf sich nehmen. Übrigens, die „Gegenleistung“ der durch die kirchliche Armenfürsorge Wohltaten erfahrenden „Armen“ besteht darin, für ihre Wohltäter und die Mitglieder der Kirchengemeinden zu beten!

- f) Stiftungen und Privatinitiativen
- g) Hilfe und Unterstützung aus dem familiären Umfeld, sofern vorhanden, und dem Freundeskreis.

Die Familie wird wieder, wie während der längsten Periode der Sozialgeschichte, zum wichtigsten und entscheidendsten Element des „Sozialstaates“ dicht gefolgt von der karitativen „Armenfürsorge“ der christlichen (Groß-)Kirchen.

Das „8. Element“, das ich fast geneigt bin, an die erste Stelle zu platzieren, ist die gezielte und systematische Eigenvorsorge durch einfaches Sparen auf der Kasse oder auch in Gold- und Silbermünzen im Schließfach. Denn mit einer wertbeständigen Bi-Edelmetallwährung bei vielleicht leicht deflationären Preisen kann sich jede(r) Bürger(in) mit Mathematikkenntnissen der 3. Grundschulklasse ausrechnen, wie viel er oder sie für einen ca. 20jährigen Ruhestand ab dem 65. oder 70. Lebensjahr inklusiv 5 bis 10 Jahre Pflege braucht. Denn endlich muss er nicht mehr den Räuber „Inflation“ im Auftrag des Räuber No. 1, des Staates, mit in das Kalkül ziehen müssen!

Zu erzielende Sparzinsen können dann völlig außer Acht gelassen werden. Denn der Kapitalerhalt ohne wesentliche Abstriche ist ja bereits durch die Edelmetallwährung garantiert! Sollte es dennoch zu Preissteigerungen bei Lebensmitteln, Energie und Pflegeleistungen kommen, so dürfte diese Teuerung durch die Wertzunahme der Edelmetalle, die in immer geringeren Mengen gefördert werden, ausgeglichen werden!

Für all die gold bugs und silver bugs, denen beim Ende der Krise und der Hyperinflation noch genügend „Rettungsboote“ zum Investieren in ein großstädtisches Zinshaus oder einen Bauernhof oder eine Firma mit Zukunftsperspektive verblieb, ist die Altersabsicherung eh „eine gemachte Wiesen“ auch ohne ausreichende staatliche und private Rentenauszahlungen. Allerdings heißt dies für Sie konkret, heute umzuschichten, heute

Konsumverzicht einzuüben, auch wenn es schwer fällt, und auch während und nach der Hyperinflation nicht in Saus und Braus zu leben!

Denn nur durch rechtzeitiges Handeln und durch Konsumverzicht heute zugunsten des Sparens in wertbeständigen „assets“ werden Sie später dann über die notwendige „Pol Position“ verfügen, um sich auch mit eher bescheidenen Rettungsbooten gut in eine sorgenfreie Zukunft nach der Währungsreform investieren zu können!

Wir können schon die Proteste der Alleinerzieherinnen, der Familien mit Kindern, der Weniger-Gut-Verdienenden, der „Hartzler“ etc. etc. etc. hören (bitte KEINE entsprechenden emails!): „Wir verdienen nicht so viel“. „Wir brauchen Stütze vom Amt“. Aber halten Sie bitte in Ihrem Protest inne und bedenken Sie bitte:

- a) Die ganze Welt mit all ihren Ländern und ungedeckten Scheingeld-Währungen ist von der Großen Depression und von der Hyperinflation „rasiert“ worden und völlig verarmt. Manche Länder und Regionen sind noch ärmer geworden als sie es eh schon waren.
- b) Es wird ein globaler Wettbewerb um die letzten verbliebenen solventen (lies: edelmetallbesitzenden!) Investoren anbrechen
- c) Länder in Südamerika mit angenehmerem Klima, liberaleren bis teilweise die persönliche Lebensführung wie z.B. den Bau eines Familienhauses gar nicht einschränkenden Gesetzen, genauso stabilen oder instabilen Verhältnissen wie bei uns, und ebenfalls mit Bi-Edelmetall-Währungen oder gar nur Silberwährungen wie z.B. dem klassischen Silberproduzentenland Mexiko locken mit lebenslanger Steuerfreiheit oder nur sehr minimalen Steuern bei Investitionen ab xy Euro im Land
- d) In diesen Ländern hat es NIE eine blutsaugende „Staatskrake“ mit einem überbordenden Sozialstaat gegeben und wird es diese auch NIE geben. (Korruption außen vor!)
- e) „Lastenausgleichsabgaben“ könnten in solchen Ländern ebenfalls wesentlich niedriger ausfallen.

Wo glauben Sie, werden die letzten verbliebenen solventen Investoren versucht sein, hin auszuwandern, vor allem wenn der „Modellstaat BRD“ ein hyperinflationärer Trümmerhaufen ist und nach den gewaltigen Lastenausgleichsabgabenzahlungen schon wieder zusätzliche hohe Steuern

und Sozialabgaben zugunsten von Ihnen und anderen „Transferleistungersatzehinkommensbeziehern“ drohen?

Das ist sicher so wie das Amen in der Kirche: im Nu gibt es keine solventen Investoren mehr in der BRD und damit auch keine Steuer- und Sozialabgabeneinnahmen mehr und damit auch NULL Transferleistungen für Sie und Ihresgleichen!

Denn der radikale Umbau des Steuerwesens und des Sozialbereiches bringt Ihnen auch unschätzbare Vorteile:

1. NULL Einkommens-, Lohnsteuer und NULL Soli
2. keine Mehrwertsteuer auf alle Güter des täglichen Bedarfs
3. infolge der liberaler gehandhabten Steuer- und Arbeitsgesetze mehr Möglichkeiten zum Verdienen im offiziellen und im inoffiziellen Sektor des Kleinhandwerks und des Kleingewerbes
4. infolge der staatlichen und kommunalen Förderung des Kleingartenwesens die Möglichkeit für Sie, selbst günstige und gute Nahrung auf der eigenen Parzelle anzubauen, Kleintiere zu züchten und so den Preisauftrieb bei Nahrungsmitteln wenigstens teilweise aufzufangen
5. infolge des gesunkenen allgemeinen Lohnniveaus leichter eine Teilzeit- oder Vollzeitstelle bei zunehmender wirtschaftlicher Besserung wieder zu bekommen und lohnabhängige Dienstleistungen wie z.B. Reparaturen auch viel günstiger als heute zu bekommen
6. viel günstiger als heute zu mieten oder eventuell sogar eine Immobilie zu erwerben, weil Millionen von Wohnungen leer stehen werden
7. aus der Unmündigkeit als „Stütze ziehendes“ Staatsmündel entlassen zu werden und endlich wieder Verantwortung für Ihr eigenes Leben und das Ihrer Familie zu übernehmen!
8. eigene Fähigkeiten zu entwickeln statt weiter auf der staatalimentierten Stelle zu treten.

Natürlich heißt das ganz konkret für Sie, völlig politisch unkorrekt gesagt:

Sie müssen, sofern Sie noch im arbeitsfähigen Alter sind,

- a) jede Art von moralisch und gesundheitlich vertretbarer Arbeit suchen und annehmen,

- b) die Zähne zusammenbeißen, auch wenn die Arbeit NICHT Ihren persönlichen Wunschvorstellungen entspricht
- c) sparsam und bescheiden leben (zu lernen und beizubehalten), das Rauchen aufgeben
- d) den Familienzusammenhalt aktiv suchen und dann
- e) auch zusammenziehen, um unnötige Wohnraumkosten zu sparen!
- f) Versuchen, in der neuen harten Währung durch eisernes Einsparen und / oder einen kleinen Zusatzjob systematisch und regelmäßig (monatlich!) eine kleine Summe zur Seite zu legen. Denn aus einer anfänglich kleinen Summe wird nach ein paar Jahren ein nettes Sümmchen, das vielleicht für eine kleine Investition in eine Selbständigkeit reicht?
- g) keine Investitionsrisiken in angeblich todsichere Investments eingehen!

Der „Vater Staat“ verlangt zum Neustart Opfer von uns allen. Die einen müssen vielleicht ca. 50 Prozent ihres verbliebenen Restvermögens für die diversen Lastenausgleichsabgaben über mehrere Jahrzehnte abzahlen. Die anderen werden dienstverpflichtet und müssen ihren „Nationalen Aufbaubeitrag“ durch ihrer Hände und Köpfe Arbeit entrichten. Wir alle werden den bisherigen Fürsorgestaat verlieren, aber unsere ökonomische und vor allem persönliche Freiheit als autonome Subjekte wiedergewinnen.

Nur zusammen werden wir den Restart unseres Gemeinwesens erfolgreich hinbekommen.

Verweigert sich nur ein Teil von uns, droht uns allen Anarchie, Elend und Not ohne zeitliches Ende.

Das will keiner von uns. Und auch hoffentlich Sie nicht! And there ain't no such thing as a free lunch!

Die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung haben wir bereits eingehend diskutiert. Nun noch ein paar Gedanken zur Arbeitslosenversicherung.

15.2 Die Arbeitslosenversicherung

Derzeit beträgt der Beitrag ca. 1,8 % vom Bruttogehalt. Offiziell gibt es knapp 3,7 Millionen Arbeitslose im Dezember 2009. Wenn man die „versteckten“ Arbeitslosen in Schulungsmaßnahmen etc. hinzuzählt, dürfte die Dunkelziffer eher bei ca. 5 Millionen Arbeitslosen liegen. Ledige und Verheiratete ohne

Kinder erhalten derzeit 60 Prozent Arbeitslosengeld (= ALG 1) vom letzten Nettogehalt, mit Kindern ca. 68 Prozent.

Was wird aber geschehen, wenn die Gesamtzahl der Arbeitslosen von derzeit ca. 5 Millionen auf 15 bis 17 Millionen, d.h. auf bis zu 50 Prozent der Erwerbstätigen, anschwellen sollte?

Und gleichzeitig die Löhne und Gehälter der noch in Arbeit befindlichen Menschen auf ca. 50 Prozent des heutigen Niveaus fallen werden?

Folgende zwingende Schlussfolgerungen für die Arbeitslosenversicherung ergeben sich dadurch:

1. Der Beitragssatz muss mindestens auf ca. 4,0 bis 4,5 Prozent angehoben werden, wenn man noch KEIN hyperinflationierendes Geld frisch aus der Druckerpresse mit starker Wertverlusttendenz auszahlen will, um die ca. 3- bis 3,5fache Anzahl von Arbeitslosen wenigstens notdürftigst versorgen zu können.
2. Das auszuzahlende Arbeitslosengeld muss angesichts des um 50 Prozent reduzierten Lohnniveaus auf 50 Prozent bzw. 56 Prozent für Familien um ein Sechstel gekürzt werden.
3. Nach einem Jahr Arbeitslosigkeit erfolgt eine weitere Kürzung auf 45 Prozent für Ledige und Ehepaare bzw. 51 Prozent für Familien mit Kindern. Damit wäre das Arbeitslosengeld im Vergleich zu heute um 25 Prozent gekürzt! Dieses Arbeitslosengeld könnte dann 4 bis 5 Jahre ohne Bedürfnisnachweis gewährt werden, wenn
4. über einen verhältnismäßig langen Zeitraum von Minimum 5 bis 10 Jahren Einzahlungen in das „System“ erfolgt sind.
5. Jugendliche Arbeitslose und Arbeitslose ohne den Nachweis über die Minimaleinzahlperioden erhalten KEIN Arbeitslosengeld. Diese sind an die Familie und die Fürsorge der Kirchen zu verweisen.
6. „Ältere“ Arbeitslose ab 50 bis 55 Jahre erhalten 2 Jahre länger Arbeitslosengeld als Anerkennung für ihre oft jahrzehntelangen Einzahlungen. Für Schwerbehinderte ab einem GdB von 60 Prozent gilt analoges.
7. Umschulungsmaßnahmen müssen um die Bereiche Nahrungsmittelversorgung (Landwirtschaft und Gärtnerwesen), Versorgung mit Basisbedürfnissen wie z.B. Bekleidung und Schuhwerk,

Reparatur etc. etc. kreisen. Junge und jugendliche Arbeitslose sollen vorrangig in die Landwirtschaft „dienstverpflichtet“ werden.

15.3 Hartz IV Leistungen ohne erbrachte Gegenleistung – ein Auslaufmodell?

„Hartz IV“ würde erheblich abgesenkt und nur noch in Sachleistungen wie z.B. Strom, Heizung, Bekleidung aus den gut sortierten Kleiderkammern, Lebensmittel etc. gewährt. Der Vorschlag des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch im Jänner 2010, Hartz IV nur noch gegen sofortige Abforderung einer Zwangsarbeitsleistung zu gewähren, sollte schleunigst umgesetzt werden.

Der WELT ONLINE Artikel von D. Siems und S. von Borstel vom 22. Jänner 2010 „Ökonomen bestätigen Roland Kochs Hartz-IV-Kritik“ unterstützt Kochs Aussage, dass es eine „Perversion des Sozialstaatsgedankens“ sei, wenn hart arbeitende Bürger erkennen müssten, „dass sie folgenlos annähernd das gleiche Einkommen erhalten könnten, wie diejenigen, die sich nicht anstrengen und das System ausnutzen!“ Damit sei der Grundsatz des deutschen Sozialrechts, das sogenannte „Lohnabstandsgebot“ nicht mehr gewährt. Hilmar Schneider, der Direktor für Arbeitsmarktpolitik des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) unterstützt den Vorstoß Kochs und fordert sogar: „Wenn ein Hartz-IV-Empfänger ohnehin für die Transferleistung arbeiten muss, steigt der Anreiz, sich eine reguläre Arbeit zu suchen“ (WELT ONLINE, S. 2) ... „Kochs Ansatz, von Hartz-IV-Empfängern eine Gegenleistung in Form von Arbeit zu fordern, ist zwar höchst unpopulär, aber dennoch sinnvoll.“

Die um mindestens 50 Prozent abgesenkten Hartz IV Sätze angesichts der nationalen Notlage solletn nur zeitlich begrenzt für maximal 3 Jahre pro Bürger gewährt werden. Zuerst sind immer die Angehörigen in die Pflicht zu nehmen: z.B. bei Alleinerzieherinnen mit Kindern von diversen „Lebensgefährten“ sollen die Kindsväter zuerst zahlen.

Gegebenenfalls wird der Alleinerzieherin ein Darlehen gewährt, dass sie mit für sie möglichen Arbeiten wie z.B. mit Putzen bei älteren und behinderten Menschen im Haus abarbeiten kann. Natürlich erfolgt für alle Hartz IV-Leistungsempfänger sofort eine „Dienstverpflichtung“. Großzügige Wohnungen sollten nicht mehr über Hartz IV subventioniert werden. Denn es muss an allen

Ecken und Enden gespart werden, um das schlingende Staatsschiff und das von Verarmung bedrohte Volk sicher durch die Weltwirtschaftskrise 2.0 und die Hyperinflation zu bringen! Nach der Währungsreform ist sachzwangbedingt sowieso Schluss mit staatlich gewährtem Hartz IV jeglicher Art, weil es der erheblich geschrumpfte Staatsetat nicht mehr zulässt! Die einzige Möglichkeit für die neue Form von staatlicher Minimalunterstützung gegen Gegenleistung könnte ich mir noch in einer Art von Roosevelt'schen „CIVIC CONSERVATION CORPS“ (lies: Arbeitsdienst, begründet von Reichskanzler Brüning!) aus „Hartzern“ vorstellen. Sie würden dort Kost, Logis und Unterkunft unter militärähnlichen Bedingungen plus ein sehr kleines Taschengeld und Möglichkeiten zum Nachholen und Erwerben von dringend gebrauchten schulischen und beruflichen Grundkenntnissen, sowie nichtakademischen Schul- und Berufsabschlüssen erhalten!

Letzteres würde den meisten Hartzern mehr helfen als eine großzügige Alimentierung als eigentlich fremdbestimmte „Staatsdrohne“ ohne Würde, ohne Selbstwertgefühl und ohne sinnvolle Aufgabe in Form einer jeden Arbeit!

„Arbeit adelt“ – dieser alte Spruch aus den Anfängen der Arbeiterbewegung trifft auch heute noch zu! Natürlich müsste dieser „Arbeitsdienst“ ein finanzielles Plus für das Staatsäckel erwirtschaften!

Nochmals, wir beabsichtigen ganz und gar nicht, Stimmung gegen Arbeitslose, Hartzler, Alleinerzieherinnen etc. zu machen. Wir wollen nur aufzeigen, was allen Transferleistungsempfängern blühen könnte (Konjunktiv!), wenn der Staat infolge absolut leerer Kassen die Notbremse ziehen muss (Indikativ!), und mit welchen Kürzungen Sie insbesondere als Altersrentner(in) rechnen müssten. Wir halten Rentner und ALG 1 – Bezieher derzeit noch am besten geschützt, weil sie sich ihre Renten bzw. ihr Arbeitslosengeld durch oft mehrfachzehntelanges Einzahlen in die entsprechenden Systeme „erarbeitet“ haben.

Damit müssen Leistungsempfänger, die eine große Vorleistung erbracht haben, selbst bei sehr angespannter Kassenlage bevorzugte und üppigere Leistungen erhalten als z.B. „Hartzler“, die oft so gut wie nichts in die öffentlichen Kassen eingezahlt haben.

Außerdem muss bei Rentnern und älteren Arbeitslosen das vorgerückte Alter und eine eventuell nur noch sehr eingeschränkte Arbeitsfähigkeit wohlwollend berücksichtigt werden.

Hingegen die Arbeitsfähigkeit und vor allem Arbeitswilligkeit der sogenannten Hartz IV-Leistungsempfänger auch bei unattraktiven Arbeiten muss im Gemeinschaftsinteresse absolut in den Focus rücken. Es darf keinesfalls mehr angehen, dass es sich für Angehörige der sogenannten unteren Lohngruppen mehr lohnt, mit Hartz IV-Leistungen für die Familie zu Hause zu bleiben anstatt jede Arbeit aufzunehmen!

Grundsätzlich muss es für einen jeden von uns heißen: „Arbeit muss sich wider lohnen“! D.h. der Abstand zwischen Sozialleistungen irgendwelcher Art und Arbeit muss so groß zugunsten der Arbeit sein, dass sich die Aufnahme von jeder Art von Arbeit rentiert!

Bei allem Verständnis für die Steuer- und sozialen Transferleistungen zugunsten finanziell und anderweitig schlechter gestellter Personengruppen in unserer Bevölkerung kann es NICHT mehr angehen, dass folgende Belastungen den Steuer- und Abgabenbürger, wie der Aufsatz eines anonymen österreichischen Mittelständlers vom Jänner 2010 auf www.hartgeld.com „Die wahre Steuerbelastung“ belegt, mit voller Wucht treffen: Sein Musterehepaar verdient ca. 5.000 Euro brutto (mit Arbeitgeberanteilen zu den Sozialversicherungen ca. 6.000 Euro) im Monat. Von diesen 5.000 Euro Bruttoverdienst verbleiben rund 2.850 Euro NETTO bei der Familie.

Von seiner realistischen Kostenaufstellung für Auto, Mietzins, Wohnungsnebenkosten, Lebensmitteln etc. etc. in Höhe von 2.850 Euro gehen nochmals ca. 1.216 Euro, d.h. ca. 42,67 Prozent, an indirekten Steuern an den „Größten Räuber aller Zeiten, dem Vater Staat“. Dies entspricht 1.634 Euro wirklichen verfügbaren NETTO-Verdienst! D.h. in Wirklichkeit verbleiben nur 57,33 % des Nettoverdienstes zum eigentlichen Konsumieren und Sparen im Geldbörserl der Familie. Vom Bruttoverdienst von 5.000 Euro verbleiben also nur 1.634 Euro oder nur 32,68 %. Die restlichen 67,32 Prozent raubt „Vater Staat“ der armen Familie! Darum bleibe ich bei der Forderung „Arbeit muss sich für den, der die Arbeit erbringt, wieder lohnen“! Er und seine Familie müssen primär die Früchte seiner Mühen und seiner Arbeit und seiner vollbrachten Leistung genießen können und NICHT ein Heer von

nichtarbeitenden Transferleistungsbeziehern wie unseren oft der Arbeit entwöhnten „Hartzern“!

Bitte genau lesen und keine Protest-e-mails schicken! Sie möchten auch nicht, dass Ihnen effektiv zwei Drittel Ihrer vollbrachten Arbeitsleistung vom Staat abgenommen werden! D.h. von Jänner bis einschließlich August arbeiten Sie nur für den Staat und erst ab dem 1. September tröpfelt der erste Cent in Ihr Börserl. Wenn Sie die Arbeitgeberleistungen zu den Sozialversicherungen mitberücksichtigen arbeiten Sie erst ab Anfang Oktober für Ihr eigenes Börserl! Die extreme Belastung der geleisteten Arbeit insbesondere der nicht-selbständigen Mittelschichtangehörigen mit Steuern und Sozialausgaben muss massiv heruntergefahren werden, damit sich deren Leistung wieder lohnt!

Im Gegenzug muss die Besteuerung der Oberschicht, die dieser oft legal entflieht, über den Lastenausgleich nach der Währungsreform erhöht werden. Und die derzeit untätigen Angehörigen der Unterschicht müssen über die beschriebenen Maßnahmen wieder zum Arbeiten gebracht werden! Ich bin kein Neocon oder Wirtschaftsliberaler im Milton Friedman'schen Sinne.

Mir geht es eigentlich nur darum, einen modus vivendi, einen praktikablen Weg aus dem Schlamassel ohne irgendwelche ideologischen Scheuklappen aufzuzeigen. Mehr nicht.

Und Sie sollen natürlich selbst zum eigenständigen Denken und Handeln angeregt werden!

15.4 Der gewandelte Arbeitsmarkt als Auffangbecken für Niedrigqualifizierte

Infolge des erheblich gesunkenen Lohngefüges wird wieder ein Arbeitsmarkt für Null- bzw. Niedrigqualifizierte entstehen können. Dort können diese minderqualifizierten Menschen, die heute im wesentlichen den Großteil der Hartz IV-Empfänger ausmachen, Dienstleistungen ohne besonderen langjährigen Qualifizierungsbedarf aus den Bereichen Häusliche Dienstleistungen wie Hauspersonal, Pflegehilfe, klassische, aber notwendige Hilfsarbeitstätigkeiten aus dem Produktions- und Servicebereich, die infolge des zu hohen Lohnniveaus für diese Arbeiten durch Maschinen ersetzt wurden oder ganz verschwunden sind wie z.B. der Beruf des Tankwart, Scherenschleifers etc. etc. anbieten und sich damit ihr Brot verdienen.

Auch Einpackhilfen und günstige Boten aller Art wären für viele Menschen eine große Hilfe.

Es gibt für alle Menschen etwas zu tun. Das Problem ist nur die heutige Unbezahlbarkeit der Arbeit.

Gerade für Sie als Rentner, als alter Mensch, bringt die neue Zeit nach der Währungsreform gute Chancen, Ihre krankheits- und altersbedingten Einschränkungen durch den Einsatz von günstigem Personal wenigstens teilkompensieren zu können.

Putzhilfen, Haushaltshilfen und Helfer im Garten und sogar wieder Wäscherinnen und Büglerinnen werden sich Ihnen geradezu aufdrängen wollen. Auch arbeitslose Pflegekräfte aus vielen geschlossenen Heimen werden froh sein, Ihnen gegen im Vergleich zu heute geringer Bezahlung die Pflege eines schwerkranken Angehörigen abzunehmen.

Voraussetzung für Sie als Rentner(in) ist allerdings, dass Sie möglichst viel von Ihren Vermögenswerten durch Umschichten unbeschadet durch die Hyperinflation und die Währungsreform getragen haben und so gerettet haben. Damit sind Sie danach auch „flüssig“ genug und können sich genug persönliche Dienstleistungen erkaufen.

16. Aus einem gesundem menschlichen Sozialverhalten erwachsende gemeinschaftliche Autarkiebestrebungen und die dafür notwendigen staatlichen Minimalvorgaben

Und ganz wichtig für die meisten Deutschen (und nicht nur für diese!) ist es, endlich ihre abgöttische Staatsgläubigkeit mit dem Wunsch nach einem von „Vater Staat“ abgeordneten Polizisten an jeder Hausecke zum Schutze Ihres Eigentums und Ihres Lebens abzulegen!

Glauben Sie nicht, dass wir Bürger und Bürgerinnen in der baldigen Superkrise vom bequemen Fernsehsessel aufstehen müssen und vieles von dem selbst in Eigenregie organisieren und bewerkstelligen müssen, was bisher Staat und Kirchen mit ihren untergeordneten Einrichtungen für uns taten? Wenn diese ausfallen?

Wir werden selbst eine grobe Müllabfuhr in unserer Wohnstraße zur Müllabfuhr per PKW / LKW / Leiterwagen organisieren dürfen.

Wir werden selbst im schlimmsten Fall eine Wasserversorgung über die im Stadtgebiet verteilten Brunnen organisieren müssen.

Wir werden selbst definitiv pro Familie und im Kollektiv der Hausgemeinschaft die bisherige langweilige und nutzlose Rasenfläche umstechen müssen und in einem gemeinsamen Kartoffelacker und in kleine individuelle, von jeder Partei im Haus zu bearbeitenden Anbauparzelle, Gartenstückchen verwandeln müssen.

Und natürlich werden wir gemeinsam im Schichtdienst unseren Erdäpfelacker und unsere Einzelgärtchen be w a c h e n dürfen!

Gemeinsam werden wir eine Alternative zur kollabierten Gasheizung infolge einer Gasliefersperre aus der Russischen Föderation schnell suchen, installieren und betreiben müssen. Wenn es eine Holz- und Kohlenherdbefeuern sein sollte, müssen wir gemeinsam Beistellherde, Notkamine, Holz und Kohle und einen Ofenbaumeister auftreiben. Gemeinsam müssen wir Holz hacken und einen eventuellen Hauptofen im Schichtdienst befeuern und reinigen.

Aber alle Aktivitäten setzen ein funktionierendes und normales Sozialverhalten unter uns Menschen voraus!

Und da sehe ich bei unseren ich-verliebten und wohlstandsverwöhnten Deutschen derzeit eher schwarz!

Sorry, aber wenn es die germanischen „Wohlstandskrüppel“ nicht schnell wieder lernen, gehen sie unter und die Zukunft findet mehrheitlich ohne sie statt!

Die russischen Völker haben den Zusammenbruch der SSSR deshalb so gut überlebt, weil

- a) sie über familiären Zusammenhalt und Kooperationswillen verfügten
- b) sie über genügend Überlebensfertigkeiten verfügten
- c) sie mehrheitlich vom maroden Staat NICHTS mehr erwarteten außer Wasser und Strom, dem Bleiberecht in ihren Wohnungen, den Öffis, der Versorgung mit Brot, Salz, Zucker und Speiseöl, den mageren Pensionen, dem Schulbesuch ihrer Kinder und einer minimalen medizinischen Basisversorgung
- d) sie im wesentlichen fast alle Selbstversorgung aus den „Datschas“ betrieben

e) sie Tauschhandel jeglicher Art trieben.

Alle diese Faktoren zusammen, die Überlebensfähigkeiten der leidgeprüften UdSSR- und Ostblockbevölkerung und ihre äußerst niedrige Erwartungshaltung an Komfort und an den Staat und eine jahrzehntelange gelebte Disziplin verhinderten Chaos, totale Anarchie und Sich-Gegenseitig-Bestehlen (Detaillierte Informationen hierzu finden sich in dem exzellenten englischsprachigen Buch zur Krisenvorbereitung „Reinventing Collapse. The Soviet Example and American Prospects“, New Society Publishers 2008 von Dmitry Orlov. Schriften von ihm finden sich auch auf www.energybulletin.net und www.lifeaftertheoilcrash.net. Dmitry Orlov, ein in die USA ausgewanderter Russe, kann auf seiner Website eventuell auch auf Russisch kontaktiert werden. Vielleicht gibt es manche seiner wertvollen Aufsätze auch auf Russisch?)

Damit hätten wir die minimalen Basisprämissen, die uns allen, egal ob Rentner(innen) oder nicht, ein bereits sehr komfortables Überleben in der Weltwirtschaftskrise 2.0 und in einer Hyperinflation ermöglichen würde – ungeachtet des dann vorherrschenden Lohn- und Rentenniveaus:

1. die aus einem normalen menschlichen Sozialverhalten und einer religiös-ethischen Begründung sich ableitenden notwendigen Basis-Überlebensfähigkeiten und -fertigkeiten mit Rücksichtnahme auf schwache zur Eigenversorgung unfähige menschliche Mitglieder unserer Gesellschaft
2. die Eigenmotivation und Eigenorganisationsfähigkeit ohne staatliche Vorgaben (d.h. autonomes Tätigwerden ohne Papa Staats Fürsorge und Weisungen)
3. die Wiedererlangung der engen Kooperation im familiären und nachbarschaftlichen Rahmen ungeachtet irgendwelcher Zerwürfnisse in der Vergangenheit (Let bygones be bygones!)
4. die Wiedererlangung der wenigstens teilweisen Selbstversorgung mittels Nutz- und Schrebergärten und eventueller Kleintierzucht (Hühner, Kaninchen)
5. die Wiedererlangung von Basisfertigkeiten wie z.B. Nähen, Stricken, Reparieren etc.
6. das Vorhandenseins folgender staatlicher Grunddienstleistungen

- 6.1 der Wasser-, Strom-, Heizungsversorgung und Abwasserentsorgung (wenigstens zeitweise und regelmäßig!)
- 6.2 ein Minimum an öffentlicher Ordnung und Sicherheit ohne größere bürgerkriegsähnliche Unruhen
- 6.3 einer erheblich reduzierten Grundversorgung mit Nahrungsmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs
Minimum: Erdäpfel, Salz, Zucker, Mehl, Brot, Speiseöl, Milch, einmal wöchentlich Fleisch, Bier, Tabak, Sprit, Nähstoff, -zeug, Schuhwerk
- 6.4 das ungestörte Funktionieren der Flussschifffahrt, Züge, Öffis und Schulen und Ausbildungseinrichtungen
- 6.5 den Schutz der Landesgrenzen
- 6.6 dem wenigstens zeitweise Offensein von Geschäften, Post, Banken und Tauschbörsen
- 6.7 das Weiterbetreiben des landwirtschaftlichen Anbaus notfalls per Zwangsmaßnahmen
- 6.8 das Weiterbezahlen von selbst erheblich abgesenkten Löhnen und Renten notfalls in Notwährung oder Warengutscheinen.
Auf den Punkt „Geld-Bereitstellung“ in Bargeld kann noch am ehesten verzichtet werden, solange Sie, wie Anfang der Neunziger Jahre in der Sowjetunion, auch bei Nichtbezahlung weiterhin Strom, Gas, Wasser bekommen, ärztlich versorgt werden, in Ihren Wohnungen weiterhin leben können und die o.g. Minimal-Versorgung gewährleistet ist. In diesem Fall wäre das alte kommunistische Motto „Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen!“ wahr und zutreffend!
- 6.9 das Aufrechterhalten einer medizinischen Minimalversorgung
- 6.10 ein befristetes Bleiberecht in den Wohnungen auch ohne Miet- und Stromzahlungen und ggf. ohne Kreditraten
- 6.11 eine Deckelung der Mieten und aller mit dem Wohnen verbundenen Nebenkosten
- 6.12 den Weiterbetrieb wichtiger zur Basisversorgung der Bevölkerung notwendiger Betriebe und Industrien
- 6.13 notfalls der Einführung einer Rationierung von Lebensmitteln und anderer wichtiger Grundstoffe und Güter

Dennoch wird der Umfang der eigenverantwortlich und autonom (von jeglicher staatlicher (In-)Aktivität) vorgenommenen Tätigkeiten durch Individuen, Familien, Hausgemeinschaften, Krisenvorbereitungsgruppen und anderen Kollektiven wesentlich größer, wichtiger und lebensbestimmender werden als die o.g. staatlichen Restaktivitäten es noch sein werden! Viele von uns werden die o.g. Liste der staatlichen Restaktivitäten noch weiter zusammenstreichen können, weil sie bereits einen höheren Stand der wiedergewonnenen eigenverantwortlichen Selbstvorsorge errungen haben. Je autarker und vorbereiteter Sie werden, umso weniger sind Sie von staatlichen „Dienstleistungen“ wie z.B. einer ungehinderten und andauernden Rentenauszahlung – egal in welcher Höhe und mit welchem tatsächlichen Wert – abhängig!

Letztendlich haben Sie Ihren künftigen Autarkiestand durch individuelle und gemeinschaftliche Anstrengungen jetzt selbst in der Hand!

17. Unsere erforderlichen Änderungen in der geistigen Einstellung und in der daraus resultierenden persönlichen Lebenspraxis

Wir alle, egal ob Junge, Mittelalterliche, Alte mit/ohne gerettetem Vermögen, Hartzler, Arbeitsplatzinhaber, wir alle werden schnell gelernt haben müssen, mit einem um ca. 30 bis vielleicht sogar 50 Prozent reduziertem Wohlstandsniveau zurecht zu kommen. KEINER wird mehr auf üppig sprudelnde Sozialleistungen bestehen können, wenn einfach KEIN Geld mehr da ist. Wir alle werden lernen müssen, jegliche Art von Arbeit bei erheblich geringerer Entlohnung akzeptieren zu müssen, und ohne dabei eine individuelle, „gravierende, psychotherapie-behandlungsbedürftige Wohlbefindlichkeitsstörungen“ zu erleiden.

Kurz, wir werden wieder lernen müssen, mit viel weniger mit eigener Hände Arbeit Verdientem zufrieden zu sein!

Weiters müsste ein jeder von uns auch wieder lernen, das Sprichwort „Jeder ist seines Glückes Schmied“ oder treffender „Jeder ist seine Unglückes Schmied“ in seiner individuellen Lebensplanung und Lebensgestaltung zu befolgen.

Aus langjähriger Beratungserfahrung können wir die folgenden, oft extremes persönliches Unglück, finanzielle, wirtschaftliche und sonstige Notlagen hervorrufende Entscheidungs- und Handlungsmuster benennen:

1. Alkohol- und Drogensucht

Als Alkoholiker und Suchtgiftler wird keiner von uns im Normalfall, außer, wenn wir von süchtigen Müttern geboren werden, zur Welt kommen. Die Aufklärungs- und Informationsflut über die Gefahren des Alkohol- und Drogenmissbrauchs ist riesig. Und jeder kann „nein“ zum ersten Joint oder zum ersten Glas Schnaps sagen!

2. Falsche Ehe- und Lebenspartner oft aus nichtkompatiblen Religions- und Kulturkreisen

Binationale und gemischtreligiöse Ehen können funktionieren. Allerdings ist ihr Risiko zu scheitern, wesentlich höher.

Und das „Scherbengericht“ hinterher ist auch meist schlimmer, wie die leidgeprüften Erfahrungen vieler (meist Frauen) zeigen. Und die Kinder sind die eigentlichen Leidtragenden.

3. der unrealistische Wunsch, vom Märchenprinz / der Märchenprinzessin in das Wunderland der totalen Wunscherfüllung geholt zu werden

4. überzogene Konsumwünsche bei oft nicht vorhandenem Budget und oft

5. einhergehend mit der allzu schnellen unüberlegten Bereitschaft, sich bei Freunden und Verwandten, Kaufhäusern, Banken usw. zu verschulden

6. überzogenes Anspruchsdenken an die Mitmenschen, den Partner, die Gesellschaft, den Staat bei gleichzeitiger eigenen Minimalanstrengungen

7. Überzogene Erwartungen an das Leben mit seinen oft eher eingeschränkten Möglichkeiten einhergehend mit einer zu niedrigen Toleranz, Schwierigkeiten und Misserfolge auszuhalten lernen und dann zu überwinden.

8. mangelnder Eifer und Ausdauer, ein einmal gestecktes Ziel, wie einen Schul- oder Berufsabschluss auch zu erreichen (versuchen)

9. Die falsche Berufs- oder Studienwahl aufgrund von familiärem Druck wie der Übernahme des elterlichen Betriebes oder aus Prestige Gründen heraus.

Alle diese „Ingredienzien“ reichen zum Brauen eines wirklich teuflischen Unglücksgebräus, das sicher ein Leben lang reicht.

Und alle diese lebenszerstörenden Elemente lassen sich mit ein wenig „Aude sapere!“ (= Mensch, wage dich deines Verstandes zu bedienen!) vermeiden, zumal wenn man auch den Punkt 10 nicht ganz außer Acht lässt.

10. Vertraue auf Gott und tue den Teil, den du mit deinen Fähigkeiten und Beschränkungen in der jeweiligen Situation tun kannst! Unsere Vorfahren wussten schon, warum sie diese Maxime „Jeder ist seines Glückes Schmied“ formulierten und dann befolgten. Wir brauchen es ihnen, so altmodisch es klingen mag, nur gleich tun, um Unglück nach Möglichkeit zu vermeiden, mit den unwägbareren Restrisiken des Lebens leben zu lernen und letztendlich trotz aller Widrigkeiten – auch die einer Weltwirtschaftskrise – ein bescheidenes Lebensglück zu finden!

Das gilt für Sie als Rentner(in) mit Ihren spezifischen Herausforderungen des Altes genauso wie für einen jeden von uns. Im Vertrauen auf Gottes segnende Hand werden Sie dann nicht nur mit den krisentypischen Schwierigkeiten, sondern vor allem auch mit Ihren altersspezifischen Herausforderungen fertig. Das wünscht Ihnen der Autor von ganzem Herzen.

Zum Schluss ein persönliches Dankeswort an meine liebe Gattin, ohne deren intelligente Mithilfe, Anregungen, Recherchen und vor allem „Computer Literacy“ KEIN Artikel jemals geschrieben worden wäre.

© Robert Klíma, 13.02.2010

e-mail: robert-klima@t-online.de

Disclaimer:

Wir möchten feststellen, dass wir keine Finanzberater sind. Dieser Artikel ist daher als völlig unverbindliche Information anzusehen und keinerlei Anlage- oder sonstige Finanzierungsempfehlung – wie ein Zeitungsartikel. Wir verkaufen auch keine Finanzanlagen oder Kredite. Jegliche Haftung irgendwelcher Art für den Inhalt oder daraus abgeleiteter Aktionen der Leser wird ausdrücklich und vollständig ausgeschlossen. Bitte wenden Sie sich für rechtlich verbindliche Empfehlungen an einen lizenzierten Finanzberater oder eine Bank.